

Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen
der europäischen Gemeinschaft
für Kohle und Stahl auf den westdeutschen
Steinkohlenbergbau

von

JÜRGEN BUSSIEK

DIE BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHEN AUSWIRKUNGEN DER
EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL
AUF DEN WESTDEUTSCHEN STEINKOHLENBERGBAU.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer
Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
an der
Ludwig-Maximilians-Universität
zu München



vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Jürgen Bussiek
München 1958

Referent: Prof. Dr. R. Rodenstock
Koreferent: Prof. Dr. L. Beckmann
Tag der mündlichen Prüfung: 25.2.1959

I n h a l t s ü b e r s i c h t

Seite

Vorwort

A. DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL	1
1. Die geschichtliche Entwicklung	1
2. Der Vertrag und seine Bestimmungen	5
21. Grundsätzliches über den Vertrag	5
22. Organe der Gemeinschaft	8
221. Die Hohe Behörde	8
222. Der Ministerrat	9
223. Die Gemeinsame Versammlung	10
224. Der Gerichtshof	11
23. Wirtschafts- und Sozialbestimmungen	13
231. Allgemeiner Überblick	13
232. Abgaben und Lasten	16
B. DIE AUSWIRKUNGEN DES VERTRAGES	19
1. Auswirkungen durch die den Absatz betreffenden Vorschriften	19
11. Allgemeines	19
12. Untersuchungen der Einzelprobleme	22
121. Die Zölle und Kontingente	22
122. Die Preise und Lieferbedingungen	24
123. Die Subventionen und Sonderlasten	32
124. Die Frachttarife	35
125. Die Absatzverschiebungen	39
126. Die Kartelle	41
127. Die Zusammenschlüsse	47
128. Der Werkselbstverbrauch	54
129. Die Eingriffe in Krisenzeiten	57
13. Abschliessende Stellungnahme	61
2. Die Auswirkungen auf die Investitionen	64
21. Die Allgemeine Lage im deutschen Bergbau	64
22. Die Begriffsbestimmung Investitionen	68
23. Die rechtlichen Grundlagen der Einflussnahme	69
durch die Hohe Behörde	69

24. Die indirekte Einflussnahme auf die Investitions- tätigkeit	71
241. Die Meldungen an die Hohe Behörde	71
242. Die Stellungnahmen	74
243. Die Verbote	78
244. Die Beratung und Unterrichtung durch die Hohe Behörde	80
245. Tatsächliche Lenkung?	81
25. Finanzielle Hilfe	83
251. Allgemeines	83
252. Die Grundlagen der Kreditwürdigkeit der Hohen Behörde	84
2521. Die Steuerhoheit	85
2522. Der Garantiefonds	86
2523. Das besondere Pfand	87
253. Durchführung der Anleihe- und Kreditopera- tionen.	89
254. Die Anleihen der Hohen Behörde und ihre Verwendung	94
2541. Die erste U.S.-Dollaranleihe	94
2542. Weitere fünf Anleihen	97
2543. Die Schweizer Anleihe	97
2544. Zweite U.S.-Anleihe	99
2545. Gesamtüberblick über die Anleihe- und Kreditoperationen	99
255. Weitere durch Einfluss der Hohen Behörde gewährte Kredite	102
256. Übernahme von Gewährleistungen	103
257. Beurteilung der Kreditfähigkeit der Hohen Behörde aus betriebswirtschaftlicher Sicht	104
2571. Vergleich des Kreditvolumens mit den gesamten Investitionsaufwendungen	105
2572. Der Garantiefonds als Sicherheit	108
2573. Die sonstigen Kreditbedingungen	113
2574. Zusammenfassende Beurteilung	118
26. Die technische Forschung	120
261. Vertragliche Regelung	120
262. Massnahmen der Hohen Behörde	123

3. Auswirkungen durch die das Arbeitskräfteproblem betreffenden Vorschriften	128
31. Die Beschäftigungslage im Kohlenbergbau	128
32. Berufsausbildung	131
33. Arbeitsbedingungen	132
34. Lohn- und Sozialpolitik	135
35. Anpassung	137
36. Die Freizügigkeit	141
37. Wohnungsbau	143
38. Zusammenfassende Beurteilung	150
4. Die Auswirkungen auf die Kosten- und Erlösrechnung	152
41. Die Kostenrechnung als Kontrollmittel der Hohen Behörde	152
411. Die vertragliche Regelung	152
412. Der internationale Kostenvergleich und seine Schwierigkeiten	153
413. Die erforderliche Umstellung der Kosten- rechnung	156
4131. Grundsätzliche Umstellung und Ver- einheitlichungen	156
4132. Abschreibungen	160
4133. Der Kapitaldienst	169
4134. Sonstige Kostenarten	175
4135. Die Erlöse	177
42. Die Kosten- und Erlösrechnung als Spiegelbild der Auswirkungen	179
421. Allgemeines	179
422. Veränderungen der Kosten	179
4221. Die Arbeitskosten	179
4222. Kapitalkosten	184
4223. Abschreibungen	186
4224. Sachliche Kosten	186
4225. Gemeinkosten	187
4226. Die Vertriebskosten	189
423. Veränderungen der Erlöse	190
4231. Erlösveränderungen durch die allge- meine Preisentwicklung	190
4232. Sonderpreise	193
424. Zusammenfassende Beurteilung	195

SCHLUSSBETRACHTUNG

199

Literaturverzeichnis



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555221_0032

V o r w o r t

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch unternommen, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Montanunion auf den westdeutschen Steinkohlenbergbau zu untersuchen. Es ergibt sich dabei als notwendige Folge, dass jegliche andere Betrachtungsweise, insbesondere die volkswirtschaftliche, soziologische oder politische, auszuschalten bzw. nur als Ergänzung und Erklärung zur betriebswirtschaftlichen heranzuziehen ist.

In diesem Zusammenhang soll "betriebswirtschaftlich" aber nicht in seiner engen Auslegung, d.h. nur im Hinblick auf die Kostenrechnung verstanden werden, sondern auch die Auswirkungen innerhalb eines Betriebes, die sich nicht unbedingt in der Kostenrechnung niederschlagen, sollen in dieser Arbeit unter den betriebswirtschaftlichen Auswirkungen erfasst werden.

Obwohl die Errichtung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nicht nur auf dem Gebiet des Steinkohlenbergbaues spürbar geworden ist, soll sich die Untersuchung nur mit dem Steinkohlenbergbau befassen und nur zur Ergänzung und Abrundung des Bildes manchmal auf andere Zweige der Montanindustrie hingewiesen werden. In Anbetracht der Tatsache, dass das Ruhrrevier ca. 95% der Steinkohlenförderung der Bundesrepublik - wobei das Saargebiet noch nicht einberechnet ist - aufbringt, wurden die Untersuchungen vor allem auf Unterlagen aus dem Ruhrgebiet aufgebaut.

Im ersten Teil der Arbeit wird ein Überblick über die Montanunion als solche gegeben, um dem Leser zum besseren Verständnis der darauf folgenden Untersuchungen ein Bild von dem gesamten Bereich zu vermitteln. In den weiteren Ausführungen werden dann die einzelnen Probleme ausführlich behandelt. Wegen des großen Umfanges der in den letzten Jahren entstandenen Probleme ist es aber nicht möglich, alles genauestens zu behandeln. Es werden daher nur die besonders wichtigen Fragen aus diesem Problemkreis herausgegriffen, um wenigstens diese einer genaueren Untersuchung unterziehen zu können.

Da nur wenig Literatur über das zu behandelnde Gebiet vorhanden ist, musste das Material aus Fachzeitschriften, Verbandsnachrichten u.a., sowie insbesondere aus persönlichen Rücksprachen bei zuständigen Stellen zusammengestellt werden. Besonderen Dank gebührt in diesem Zusammenhang den Herren der Hohen Behörde, des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, der Ruhrkohlen-Beratungs-GmbH., sowie einiger massgebender Unternehmen des Ruhrgebietes, die dem Verfasser bereitwilligst mit entsprechenden Auskünften und Unterlagen zur Verfügung standen.

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL

1. Die geschichtliche Entwicklung

Am 9.Mai 1950 brachte der damalige französische Außenminister Robert Schumann auf einer Presse-Konferenz einen Vorschlag vor, der überall stärksten Widerhall fand. In seinen Ausführungen sagte er unter anderem: "Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame Hohe Behörde zu stellen, in einer Organisation, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offensteht." Weiter heisst es: "Durch die Zusammenlegung der Grundindustrien und die Errichtung einer neuen Hohen Behörde, deren Entscheidungen für Frankreich, Deutschland und die anderen teilnehmenden Länder bindend sein werden, wird dieser Vorschlag den ersten Grundstein einer europäischen Föderation bilden, die zur Wahrung des Friedens unerlässlich ist"¹⁾.

Nachdem am 25.Mai 1950 die in Frage kommenden Regierungen auf diplomatischem Weg von den französischen Vorschlägen durch ein Memorandum genau in Kenntnis gesetzt worden waren, erklärten Deutschland, Belgien, die Niederlande, Luxemburg und Italien sofort ihre Zustimmung.

Wie kam es nun zu dieser Erklärung und was ging ihr voraus?

1) Aus der Erklärung des französischen Außenministers in Hahn, Der Schumann-Plan, a.a.O., Seite 9 .

Wenn man sich über die Gründe klar werden will, die zur Entwicklung des Schumann-Planes führten, so muss man erkennen, dass der Schumann-Plan politische und wirtschaftliche Forderungen und Ideen in sich vereinigt. Daher muss man auch unterscheiden zwischen den politischen und wirtschaftlichen Gründen, die zu diesem Plan führten.

Politisch gesehen, bedeutet der Schumann-Plan einen Schritt zur Verwirklichung des Zieles, ein vereinigtes Europa zu schaffen. Gerade nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Wunsch nach einem politischen Zusammenschluss der europäischen Staaten angesichts der Bedrohung aus dem Osten wieder stärker. Es waren schon eine Anzahl von Organisationen entstanden, die sich diesen Zusammenschluss zum Ziel gesetzt hatten.

Den eigentlichen Anstoss zum Schumann-Plan aber gaben mehr wirtschaftliche Fragen, insbesondere die Notwendigkeit, zu grösseren einheitlichen Wirtschaftsräumen kommen zu müssen. Für Frankreich wurden ein vergrößerter Absatzmarkt und ein erleichterter Zugang zur billigen und guten Ruhrkohle besonders wichtig, da durch den Monnet-Plan die französische Stahlindustrie dermassen ausgebaut worden war, dass der inländische Markt für sie zu klein wurde.

Während z.B. die französische Rohstahlproduktion 1938 nur 6,2 Millionen t ausgemacht hat, bestimmte der Monnet-Plan eine endgültige französische Stahlkapazität von 15 Millionen t zusätzlich 3 Millionen t gusseiserner Erzeugnisse.

Diese Planungen erfolgten Ende 1946, als Deutschland gegenüber seiner Vorkriegs-Produktion von 18 Millionen t Rohstahl nur eine Produktion von 5,7 Millionen t gestattet war¹⁾.

Auch spielte bei Frankreich die Überlegung eine Rolle, dass das Ruhrproblem einer endgültigen Regelung bedürfe, denn man erkannte, dass das Ruhrstatut auf die Dauer nicht haltbar war.

So kann man also sagen: Politisch gesehen lag der Grund für den Schumann-Plan in dem Wunsch nach einem vereinigten Europa, in dem die alte Rivalität vor allem zwischen Frankreich und Deutschland beseitigt werden sollte und das stark genug war, der Gefahr aus dem Osten zu widerstehen.

wirtschaftlich gesehen ergab sich für Frankreich auf Grund des Monnet-Planes die Notwendigkeit, den französischen Markt auf einen europäischen zu erweitern, um erleichterten Zugang zu der Ruhrkohle zu erhalten und den Absatz der französischen Stahlindustrie zu sichern.

Für die Bundesrepublik Deutschland waren für die Zustimmung zum Vertrag vor allem politische Gründe massgebend. In erster Linie ergab sich durch den Schumann-Plan die Möglichkeit zur Wiedergewinnung ihrer Freiheit und die Beendigung des Ruhrstatuts. Die Bundesrepublik Deutschland konnte mit Hilfe dieses Vertrages wieder gleichberechtigt neben die anderen europäischen Völker treten. Die Vorteile lagen somit auf politi-

1) Haussmann F., Der Neuaufbau der deutschen Kohlenwirtschaft im internationalen Rahmen S. 18 .

sohem Gebiet, während auf wirtschaftlichem Gebiet doch erhebliche Opfer gebracht werden mussten. Bei der Beurteilung, ob der Schumann-Plan für Deutschland zu begrüßen war, darf man neben den wirtschaftlichen Betrachtungen also nicht die positive Seite auf politischem Gebiet vergessen. Ausserdem kann wohl als sicher angenommen werden, dass ein Weiterbestehen des Ruhrstatuts auch auf wirtschaftlichem Gebiet noch grössere Nachteile für die deutsche Wirtschaft mit sich gebracht hätte, zumal die Industrie in der Höhe ihrer Produktionskapazität erheblichen Beschränkungen unterworfen war.

Ebenfalls für die anderen europäischen Staaten gab es mancherlei Schwierigkeiten. Trotzdem erklärten sich neben der Bundesrepublik Deutschland u. Frankreich auch Italien und die drei Benelux-Länder zur Mitarbeit bereit, und im Sommer 1950 bereits begann die Einzelarbeit der Formulierung des Vertrages. Neben dem in der Erklärung Schumanns aufgestellten Grundsatz von der Produktionsvereinheitlichung und der Investitionslenkung spielten aber auch bald Fragen des Monopol- und Kartellverbotes, sowie Preisprobleme eine Rolle. Auch die Idee des "Freien Europäischen Marktes" drängte sich mehr und mehr in den Vordergrund. Schliesslich konnte der Vertrag am 18. April 1951 von den Regierungen der 6 Mitgliedstaaten unterzeichnet werden und nach Ratifizierung durch die Parlamente am 23. Juli 1953 in Kraft treten.

2. Der Vertrag und seine Bestimmungen

21. Grundsätzliches über den Vertrag

Das am 18. April 1951 unterzeichnete Vertragswerk zerfällt in eine Reihe von selbständigen Abkommen. Diese sind:

1. Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit den Anlagen: Bestimmung der Begriffe Kohle und Stahl, sowie Vorschriften über Schrott und Edelmetalle. Er wird im folgenden kurz der Vertrag genannt.
2. Das Abkommen über die Übergangsbestimmungen (Ü.A.)
3. Das Protokoll über die Privilegien und die Immunitäten der Gemeinschaft.
4. Das Protokoll über die Satzung des Gerichtshofes.
5. Das Protokoll über die Beziehung zum Europarat.
6. Der Briefwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der französischen Republik über die Saar.

Das einzige Exemplar des Vertragswerkes ist in französischer Sprache verfasst und in den Archiven der französischen Republik hinterlegt. Alle Regierungen der ande-

ren Unterzeichnerstaaten haben eine beglaubigte Abschrift erhalten. Die durch den Vertrag gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (E.G.K.S.) beruht nach Artikel 1 auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe. Gemeinsamer Markt, das heisst nach Artikel 4 ein Markt ohne Zollerhebungen und Mengenkontingentierungen, ein Markt ohne Diskriminierung einzelner Marktpartner. Subventionen oder Sonderlasten, sowie Praktiken, die auf eine Aufteilung des Marktes hinauslaufen, sind nicht gestattet.

Der Vertrag bestimmt eine Anlaufzeit, während der die nötigen Voraussetzungen zur Errichtung des gemeinsamen Marktes geschaffen und unter anderem die Organe der Gemeinschaft eingesetzt werden sollten. Die Anlaufzeit endete mit der Errichtung des gemeinsamen Marktes. Mit diesem Zeitpunkt hatten die Mitgliedstaaten innerhalb der Gemeinschaft grundsätzlich alle Ein- und Ausfuhrzölle, Abgaben gleicher Wirkung und mengenmässige Beschränkungen jeder Art für den Verkehr mit Kohle und Stahl zu beseitigen (§ 9 Ü.A.). Für Kohle, Eisenerz und Schrott wurde der gemeinsame Markt am 10. Februar 1953, für Stahl am 1. Mai 1953 und für Edelmetalle am 1. August 1954 errichtet. Die damit begonnene Übergangszeit endete 5 Jahre nach Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle, also am 10. Februar 1958.

Das Vertragswerk gilt für die Dauer von 50 Jahren seit dem Inkrafttreten. Sein territorialer Geltungsbereich ist auf die europäischen Gebiete der Mitgliedstaaten begrenzt. Damit hat vor allem Frankreich in Bezug

auf Kohle und Stahl eine Stellung auch ausserhalb der Montanunion. Seine Produktion in Afrika wird durch den Montanvertrag nicht berührt. Die besondere Stellung der Saar wurde in der Weise geregelt, dass vorerst die Interessen der Saar von Frankreich noch wahrgenommen werden, dass aber die endgültige politische Regelung einem späteren Abkommen überlassen wurde, das ja auch inzwischen zustande gekommen ist.

Neben dem eigentlichen Vertragswerk entwickelte sich im Laufe der Zeit ein Recht der Montanunion, das Entscheidungen, Entschliessungen und Verordnungen der Organe enthält.

22. Organe der Gemeinschaft

Zur Erfüllung ihrer Ziele und Aufgaben sind für die EGKS vier Institutionen gebildet worden: die Hohe Behörde, der Ministerrat, die Gemeinsame Versammlung und der Gerichtshof.

221. Die Hohe Behörde

Die Hohe Behörde ist der eigentliche Träger der Befugnisse, die der Gemeinschaft übertragen worden sind und ist somit das zentrale und wichtigste Organ, das für die Erreichung der Ziele des Vertrages in erster Linie verantwortlich ist.

Die Hohe Behörde besteht aus 9 Mitgliedern. Deutschland und Frankreich stellen je 2 Mitglieder, die übrigen Staaten je eins. Das neunte Mitglied wird anschliessend aus dem Kreis der Staaten, die nur ein Mitglied haben, von den 8 ernannten gewählt. Die Amtszeit beträgt 6 Jahre mit der Massgabe, dass alle zwei Jahre ein Drittel der Sitze neu besetzt wird, und zwar abwechselnd durch Ernennung durch die Regierungen und Hinzuwahl mit einfacher Mehrheit der verbleibenden Mitglieder. Unabhängig davon werden der Präsident und der Vizepräsident der Hohen Behörde alle zwei Jahre von den Regierungen aus dem Kreise der Mitglieder gewählt. Die Mitglieder der Hohen Behörde haben ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit im allgemeinen Interesse der Montanunion auszuüben. Sie dürfen keine Anweisungen von einer Regierung oder anderen Stelle einholen oder solche entgegennehmen. Sie dürfen nichts tun, was mit dem überstaatlichen Charakter der Hohen Behörde nicht in Einklang steht.

Zur Erfüllung der ihr übertragenen Aufgaben erlässt die Hohe Behörde Entscheidungen, spricht Empfehlungen aus oder gibt Stellungnahmen ab (Art. 14). Die Entscheidungen sind in allen Teilen verbindlich, dahingegen sind die Empfehlungen nur hinsichtlich der von der Hohen Behörde bestimmten Ziele verbindlich, lassen dem einzelnen aber die Wahl der Mittel, das Ziel zu erreichen. Die Stellungnahmen entsprechen nur Ratschlägen und sind unverbindlich.

Für die Durchführung ihrer Arbeit kann die Hohe Behörde besondere Kommissionen einsetzen ; daneben steht ihr ständig ein sogenannter beratender Ausschuss zur Seite, der in bestimmten, vom Vertrag vorgeschriebenen Fällen oder auf Wunsch der Hohen Behörde zu hören, an dessen Stellungnahme die Hohe Behörde aber nicht gebunden ist. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Ministerrat ernannt. Der Ausschuss setzt sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Industrie, der Arbeitnehmer und der Konsumenten einschliesslich der Händler zusammen. Die Mindestzahl der Mitglieder ist 30, die Höchstzahl 51 Mitglieder.

222. Der Ministerrat

Nach dem Vertrag haben die Mitgliedstaaten einen Teil ihrer Souveränität auf dem Sektor der Montanwirtschaft der Gemeinschaft übertragen. Da die Politik der Hohen Behörde auf montanwirtschaftlichem Gebiet Rückwirkungen auf die Gesamtwirtschaft der einzelnen Staaten haben muss, ist ein Koordinierungsorgan erforder-

lich. Diese Aufgabe der Koordinierung wurde dem Ministerrat übertragen. Im Vertrag selbst sind einige Fälle ausdrücklich aufgeführt, in denen die Hohe Behörde den Rat zu konsultieren hat. In bestimmten Fällen darf sie nur mit Zustimmung des Rates - in einigen Fällen ist sogar eine einstimmige Zustimmung erforderlich - entscheiden. Der Rat besteht aus den Vertretern der Mitgliedstaaten, die gewöhnlich ein Mitglied ihrer Regierung entsenden. Die Zustimmung des Rates gilt als erteilt, soweit nicht ausdrücklich Einstimmigkeit gefordert ist, wenn der absoluten Mehrheit ein Mitglied angehört, das 20% des Aufkommens der Montanindustrie produziert. Hält bei einer evtl. Stimmengleichheit des Rates die Hohe Behörde ihre Entscheidung aufrecht, so gilt eine Stimmengleichheit des Rates als Zustimmung, wenn Deutschland und Frankreich sich unter den Zustimmenden befinden. Obwohl im Rat also jede Nation nur durch einen Vertreter repräsentiert ist, ist die besondere Stellung Deutschlands und Frankreichs berücksichtigt worden.

223. Die Gemeinsame Versammlung

Die Gemeinsame Versammlung ist nach Artikel 20 eine Vertretung der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten. Sie übt die Kontrollbefugnis aus, die ihr nach dem Vertrage zusteht. Diese Kontrollbefugnis ist allerdings nicht sehr gross. Sie kann nach Artikel 23 Auskunft von der Hohen Behörde verlangen. Zur allgemeinen Auskunfterteilung wird ihr jährlich der Jahresbericht der Hohen Behör-

de vorgelegt. Auf Grund dieses Berichtes kann sie einen Misstrauensantrag stellen, der mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen und der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder der Versammlung angenommen werden muss. Ist der Antrag angenommen, müssen die Mitglieder der Hohen Behörde geschlossen zurücktreten. Ausserdem ist bei einer "kleinen Revision" nach Artikel 95 ihre Zustimmung erforderlich.

Obwohl die Versammlung allgemein als Montanparlament bezeichnet wird, hat ihre Stellung nur wenig mit dem Begriff eines Parlaments nach westeuropäischem Staatsrecht zu tun, da sie weder das Recht der Gesetzgebung noch das Budgetrecht besitzt.

Die Mitglieder der Versammlung werden in den Mitgliedstaaten einmal jährlich entweder von den Parlamenten aus deren Mitte ernannt oder in allgemeiner direkter Wahl gewählt. Bisher wurden sie nur durch die Parlamente gestellt. Die wirtschaftliche Marktstellung der einzelnen Staaten ist bei der Verteilung der Sitze berücksichtigt. So haben Deutschland, Frankreich und Italien je 18, Belgien und Holland je 10 und Luxemburg 4 Abgeordnete. Die Vertreter der Bevölkerung des Saargebietes sind vorerst noch in der Zahl der französischen Delegierten einbegriffen.

224. Der Gerichtshof

Das einzig machtvolle Gegengewicht zur Hohen Behörde stellt der Gerichtshof dar, dessen Kompetenzbereich besonders auf Initiative der deutschen Delegation sehr

ausgedehnt wurde¹⁾.

Der Gerichtshof hat die Aufgabe, die Wahrung des Rechtes bei der Auslegung und Anwendung des Vertrages und der Durchführungsvorschriften zu sichern (Artikel 31). Die einzelnen Regierungen bestellen die 7 Richter auf 6 Jahre. Vorschriften über die Staatsangehörigkeit oder Bestimmungen, wieviel Richter einer Nation angehören dürfen, fehlen vollkommen. Die Richter müssen lediglich jede Gewähr für ihre Unabhängigkeit und Befähigung bieten.

Alle an der Montanunion Beteiligten - z.B. die Organe, die Unternehmungen, die einzelnen Staaten - können beim Gerichtshof gegen die Hohe Behörde Klage erheben wegen Unzuständigkeit, Verletzung wesentlicher Formvorschriften, wegen Verletzung des Vertrages oder irgend einer bei der Durchführung des Vertrages anzuwendenden Rechtsnorm oder wegen Ermessensmissbrauch. Nach Artikel 37 ist der Gerichtshof ermächtigt, wenn durch Massnahmen der Hohen Behörde in einem Lande tiefgreifende und anhaltende Störungen hervorgerufen werden, auch die materielle Rechtslage nachzuprüfen. In diesem Fall ist der Gerichtshof in Abweichung von Artikel 33 verpflichtet, sogar die wirtschaftlichen Umstände oder Tatsachen zu untersuchen, die zu den angefochtenen Entscheidungen der Hohen Behörde Anlass geben. Die Entscheidungen des Gerichtshofes werden im Amtsblatt veröffentlicht.

1) Hahn a.a.O. Seite 55

23. Wirtschafts- und Sozialbestimmungen

231. Allgemeiner Überblick

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die massgebenden Wirtschafts- und Sozialbestimmungen gegeben werden, um eine Grundlage für die Erörterung der Einzelprobleme zu schaffen und einen zusammenhängenden Überblick zu ermöglichen. Bei den speziellen Fragen erst sollen dann die einzelnen Bestimmungen genauer untersucht und ihre Auswirkungen auf den Betrieb behandelt werden.

In Artikel 46 des Vertrages werden die Aufgaben und Befugnisse der Gemeinschaft in Form allgemeiner Bestimmungen zusammenfassend dargestellt. Danach soll die Hohe Behörde die Marktentwicklung und Preistendenzen fortlaufend untersuchen und in regelmässigen Zeitabständen Programme für Erzeugung, Verbrauch, Ausfuhr und Einfuhr unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Entwicklung aufstellen, die als Hinweise dienen sollen.

Weiter ist die Hohe Behörde verpflichtet, in regelmässigen Zeitabständen allgemeine Ziele für die Modernisierung, die Orientierung der Fabrikation auf lange Sicht und die Ausweitung der Produktionskapazität anzugeben. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik muss sie sich auf Antrag der Regierungen an der Untersuchung darüber beteiligen, welche Möglichkeiten bestehen, die durch die Marktentwicklung oder die technische Umgestaltung frei gewordenen Arbeitskräfte wieder zu beschäftigen. Desweiteren muss sie Auskünfte einholen, die zur Beurteilung der Verbesserungsmöglichkeiten für die Le-

bens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterschaft in den zu ihrem Aufgabenkreis gehörenden Industrien und zur Beurteilung der Gefahren erforderlich sind, die diese Lebensbedingungen bedrohen.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist die Hohe Behörde befugt, alle nötigen Auskünfte einzuholen. Jedoch darf sie die Auskünfte nicht bekannt geben, wenn sie dem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen. Dazu gehören vor allem Auskünfte über Geschäftsbeziehungen und Kostenelemente.

Neben der Erhebung von Umlagen - auf die noch besonders eingegangen werden wird - kann sich die Hohe Behörde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel auch durch Anleihen verschaffen und unentgeltliche Zuwendungen entgegennehmen. Die durch Anleihen aufgebrauchten Mittel dürfen aber nur zur Gewährung von Krediten verwandt werden. Bei der Durchführung von Investitionen kann die Hohe Behörde durch Kredite behilflich sein. Sie hat allerdings auch gewisse Kontroll- und Lenkungsbefugnisse auf diesem Gebiet, um eine Koordination der Investitionen zu erreichen und Fehlinvestitionen oder Investitionen, die zur Störung des Marktes führen, zu vermeiden. Desweiteren unterstützt die Hohe Behörde die technische Forschung durch finanzielle Mittel, sowie durch Untersuchungen und allgemeine Unterrichtung. Bei Arbeitslosigkeit greift die Hohe Behörde unter bestimmten Voraussetzungen helfend ein und gewährt Mittel zur Anpassung, Umschulung und Überbrückung der Zeit bis zur Wiedereinstellung der Arbeiter.

In Krisenzeiten, d.h. bei Absatzkrisen oder Mangellage, hat die Hohe Behörde weitgehende Befugnisse, in das Marktgeschehen einzugreifen, um einen Ausgleich zu schaffen und eine geregelte Produktion oder Versorgung sicherzustellen. Bei der Preisbildung besteht der Grundsatz der Preisfreiheit. Jedoch sind bei der Preisstellung jegliche Diskriminierungen untersagt, d.h. es wird Preisgleichheit für alle in vergleichbarer Lage befindlichen Verbraucher gefordert. In bestimmten Fällen ist die Hohe Behörde auch befugt, Höchst- und Mindestpreise einzuführen. Um den normalen Wettbewerb zu sichern, sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmern, die diesen verhindern, einschränken oder verfälschen, verboten. Nur in Ausnahmefällen können solche von der Hohen Behörde genehmigt werden. Ebenfalls bedürfen Zusammenschlüsse von Unternehmen einer Genehmigung der Hohen Behörde, um evtl. Monopolstellungen eines Unternehmers von vornherein zu verhindern.

Desweiteren wird den Kohle- und Stahlfacharbeitern durch den Vertrag die Freizügigkeit garantiert. Eingriffe in die Lohnpolitik durch die Hohe Behörde sind nur in ganz einzelnen Fällen möglich. Grundsätzlich bleibt die Festsetzung von Löhnen und Sozialleistungen in den Mitgliedstaaten unberührt. Auch hinsichtlich der Transporttarife sind Diskriminierungen verboten.

Sollten Massnahmen eines Mitgliedstaates oder eines dritten Staates störende Auswirkungen auf den Gemeinsamen Markt und seine Wettbewerbsbedingungen haben, so hat auch hier die Hohe Behörde die Möglich-

keit zu intervenieren. Ausserdem werden ihr in Bezug auf Zölle, sowie Ein- und Ausfuhrlicenzen im Verkehr mit dritten Ländern der Gemeinschaft Vorschlags- und Kontrollrechte zugebilligt. Dabei ist zu bemerken, dass der Interzonenhandel in Deutschland nicht als Handel mit dritten Ländern betrachtet, sondern als innerdeutscher Handel angesehen wird, was eine Sonderregelung notwendig machte, da ja nur die Bundesrepublik der Montanunion angehört¹⁾.

232. Abgaben und Lasten

Nach Artikel 49 ist die Hohe Behörde berechtigt, sich durch Erhebung von Umlagen auf die Erzeugung von Kohle und Stahl die erforderlichen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zu beschaffen. Die Festsetzung und Einziehung der Umlage, die auch als erste europäische Steuer bezeichnet wird, ist Sache der Hohen Behörde. Übersteigt die Belastung 1% des Durchschnittswertes der Erzeugnisse, so muss der Rat vorher zustimmen. Im ersten Rechnungsjahr sind die Umlagen für Januar, Februar 1953 in Höhe von 0,3%, für März, April mit 0,5% und für Mai, Juni mit 0,7% erhoben worden. Seit dem ersten Juli 1953 betrug die Umlage 0,9%. Inzwischen wurde die Umlage auf 0,35% des Produktionswertes gesenkt²⁾. Allerdings ist dabei zu beachten, dass die Durchschnittswerte - nach denen die Umlage berechnet wird - heraufgesetzt wurden. Aus dem Ertrag der Umlage sind zu decken:

1) Vergleich § 22 U.A.

2) Lt. Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Essen.

1. die Verwaltungsausgaben der Organe der Gemeinschaft,
2. die nicht zurückzahlungspflichtigen Anpassungsbeihilfen nach Artikel 56 des Vertrages,
3. Ausfälle im Anleihendienst und Verpflichtungen aus der Gewährleistung für Anleihen der Unternehmen,
4. Aufwendungen zur Förderung der technischen und wirtschaftlichen Forschung nach Zustimmung des Ministerrates.

Da nur die Höhe der Verwaltungsausgaben vorbehaltlich ausserordentlicher Ausgaben, die jederzeit beschlossen werden können, feststeht, besteht keine feste Beziehung zwischen Einnahmen und Ausgaben. Der Gemeinsamen Versammlung wird lediglich zusammen mit dem Tätigkeitsbericht der Hohen Behörde der Voranschlag der Verwaltungsausgaben vorgelegt, sowie der Bericht des Rechnungsprüfers. Dieser beschränkt sich jedoch auf die Ordnungsmässigkeit der Buchführung und der Finanzgebarung der verschiedenen Organe. Ein Budgetrecht der Versammlung besteht also, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, nicht. Neben dieser allgemeinen Umlage wurde für die Dauer der Übergangszeit eine Ausgleichsumlage auf die Kohlenproduktion der Länder, in denen die durchschnittlichen Gestehungskosten unter dem gewogenen Mittel der Gemeinschaft liegen, erhoben. Diese Beträge, die von Deutschland und den Niederlanden bezahlt werden mussten, gingen an die belgischen und italienischen Kohlenbergwerke unter der Bedingung, dass Regierungssubventionen mindestens in gleicher Höhe bezahlt wurden. Diese Unterstützung diente dazu, den belgischen und italienischen Kohlenbergbau im Laufe der Übergangszeit konkurrenzfähiger gegenüber den anderen Revieren zu machen. Die Ausgleichsumlage betrug in den Jahren der Übergangszeit:

vom 15.3.1953 bis 10.2.1955	65 Pfg.pro t Kohle	65 Pfg.pro t Koks
" 10.2.1955 bis 10.2.1956	43 " " t "	58 " " t "
" 10.2.1956 bis 10.2.1957	31 " " t "	41 " " t "
" 10.2.1957 bis 10.2.1958	16 " " t "	22 " " t " ¹⁾

Bei der Berechnung wurde $t = t$ zugrunde gelegt.

Über die Problematik dieser Umlagen, vor allem die Garantiefunktion der allgemeinen Montanumlage, soll im Zusammenhang mit den jeweiligen Fragen gesprochen werden. An dieser Stelle sollte nur mit der Tatsache als solche bekannt gemacht werden, um diese in den folgenden Kapiteln voraussetzen zu können.

Neben diesen Umlagen kann die Hohe Behörde in zahlreichen Fällen Geldbussen und Zwangsgelder gegen Unternehmen verhängen, die vollstreckbare Titel darstellen. Die Zwangsvollstreckung aus diesen Entscheidungen der Hohen Behörde erfolgt nach dem geltenden staatlichen Verfahrensrecht der jeweiligen Mitgliedstaaten. Die Zwangsvollstreckung kann nur durch eine Entscheidung des Gerichtshofes ausgesetzt werden. Bei diesen Geldbussen und Zwangsgeldern handelt es sich nicht um eine Bestrafung im kriminellen Sinne, sondern um wirtschaftlich begründete Zwangsmassnahmen, die etwa mit den Vertragsstrafen der Kartelle zu vergleichen sind ²⁾.

1) lt. Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Essen

2) Montanunion, Eisen- und Stahlwerke, a.a.O., Seite XXVI

DIE AUSWIRKUNGEN DES VERTRAGES

1. Auswirkungen durch die den Absatz betreffenden Vorschriften

11. Allgemeines

"Durch diesen Vertrag begründen die Hohen Vertragsschliessenden Teile unter sich eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl; sie beruht auf einem gemeinsamen Markt, verfolgt gemeinsame Ziele und hat gemeinsame Organe", heisst es im Art. 1 des Vertrages. An erster Stelle steht also die Forderung nach einem gemeinsamen Markt. Demgemäss betrafen auch die ersten Massnahmen der Hohen Behörde das Marktgeschehen. Da der Bergbau aber in der Hauptsache nur als Verkäufer auftritt, ist für ihn nur der Absatzmarkt von Interesse.

Für jeden Produktionsbetrieb gibt es viele Faktoren, die für ihn in seiner Beziehung zum Absatzmarkt wichtig sind. So ist es eine alte betriebswirtschaftliche Tatsache, dass für einen Betrieb eine grosse Elastizität in Qualität und Quantität seines Angebotes sehr vorteilhaft ist. Aber der Bergbau hat sowohl bezüglich Qualität als auch bezüglich Quantität eine sehr geringe Angebotselastizität. Er ist in Bezug auf Qualität an die naturgegebenen Vorkommen gebunden und kann diese in keiner Weise beeinflussen. Die einzige Möglichkeit, die ihm im geringen Ausmass gegeben ist, ist die, dass bestimmte Kohlensorten und Arten stärker abgebaut oder vernachlässigt werden können. Aber auch hierbei ist eine Anpassung an die Marktbedürf-

nisse nicht in kurzer Zeit möglich, so dass man ohne Zweifel von einem unelastischen Angebot bezüglich der Qualität der Güter sprechen muss. In Hinsicht auf die Quantität ist der Bergbau ebenso unelastisch. Es können nicht bestimmte, einmal vorhandene Grubenabschnitte vorübergehend stillgelegt und später wieder benutzt werden. Würden Grubenabschnitte stillgelegt werden, so würden sie in kurzer Zeit verfallen und im Grundwasser verkommen. Wenn Grubenabschnitte also zeitweise nicht weiter abgebaut werden können, so muss auf jeden Fall die sehr kostspielige Unterhaltung dieses Abschnittes fortgesetzt werden, wodurch der sowieso schon sehr hohe fixe Kostenanteil im Verhältnis zum Umsatz noch erhöht wird.

Aus diesen Gründen ist der Bergbau auf eine möglichst gleichmässige und gleichartige Nachfrage angewiesen. Wohl wird der Betriebsaufbau von der Produktionsseite her bestimmt, und der Bergbau zählt damit zu den produktionsbedingten Wirtschaftszweigen. Aber gerade weil durch den produktionsabhängigen Betriebsaufbau dem Bergbau eine gewisse betriebswirtschaftliche Starrheit arteigen ist, ist er gegenüber Nachfrageveränderungen besonders empfindlich und spürt sie in weiten Bereichen des innerbetrieblichen geschehens. Daher wird auch im Bergbau die Absatzentwicklung genau beobachtet und jede Störung mit Sorge betrachtet.

Mit der Errichtung der EGKS traten aber Faktoren in das Marktgeschehen, die auf dem Markt mehr oder weniger starke Veränderungen und Entwicklungen hervorriefen. Es ist nach dem oben Gesagten wohl durchaus verständlich, dass der Bergbau das Wirksamwerden der

Hohen Behörde auf dem Markt sehr aufmerksam und mit Sorge verfolgt. Wenn die von der Hohen Behörde getroffenen Massnahmen bezüglich des Marktgeschehens im Grunde auch volkswirtschaftlicher Art sind, so haben sie dennoch ihre Auswirkungen auf den Einzelbetrieb und bilden somit auch ein mehr oder weniger starkes betriebswirtschaftliches Absatzproblem. Im folgenden Abschnitt sollen nun diese hauptsächlich volkswirtschaftlichen Massnahmen auf ihre betriebswirtschaftlichen Auswirkungen hin untersucht werden, d.h. wie der einzelne Betrieb diese Massnahmen spürt. Es wird also das Problem nur aus der Sicht des einzelnen Betriebes gesehen und nicht aus allgemeinwirtschaftlicher Perspektive. Soweit sich in diesem Zusammenhang kostenmässige Veränderungen ergeben, werden diese noch nicht in den folgenden Kapiteln behandelt werden, sondern darauf soll in einem späteren Abschnitt näher eingegangen werden.

12. Untersuchungen der Einzelprobleme

121. Die Zölle und Kontingente

Nach Artikel 4 des Vertrages sind Ein- und Ausfuhrzölle oder Abgaben gleicher Wirkung, sowie mengenmässige Beschränkung des Warenverkehrs, verboten. Daher mussten mit Errichtung des Gemeinsamen Marktes alle Zölle und Kontingentierungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes aufgehoben werden. Für Kohle, Erz und Schrott gab es allerdings schon vor dem 10. Februar 1953 keine Zölle mehr, dagegen unterlagen die Kohle Einfuhrbeschränkungen und alle drei Erzeugnisse Ausfuhrbeschränkungen. Diese einseitig von den Staaten angewandten Beschränkungen sind am 10. Februar 1953 gefallen. Gleichzeitig wurden Abkommen dahingehend getroffen, dass die für Käufer in den anderen Ländern der Gemeinschaft erforderlichen Devisen auf Antrag automatisch zur Verfügung gestellt werden, so dass auch von dieser Seite her der freie Warenaustausch nicht mehr behindert werden kann. Damit die Regelung ohne Ausdehnung auf dritte Länder möglich war, sind vom Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) hinsichtlich der mengenmässigen Beschränkungen und von der Organisation des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) bezüglich Zölle Ausnahmegewilligungen erreicht worden. Für die Bundesrepublik ist eine Bekanntmachung vom 10. Februar 1953 über die Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle, Erz und Schrott innerhalb der Mitgliedstaaten im Bundesanzeiger Nr. 36 vom 21. Februar 1953 erschienen.

Da für Kohle bereits vor dem Gemeinsamen Markt keine Zölle erhoben wurden, wirkte sich die Vorschrift über den Fortfall der Zölle im Einzelbetrieb nicht aus. Durch die vorher bestehende Kontingentierung jedoch wurde der Absatz in geographisch günstig gelegene Gebiete erschwert. Im Zusammenhang mit weiteren Massnahmen der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Transporttarife und Preise wurden diese Gebiete für die einzelnen Unternehmen nun zugänglich, was eine Absatzverschiebung hervorrief, auf die aber in einem späteren Abschnitt noch eingegangen werden soll.

Diese erleichterte Ausfuhr der Kohle ist für die deutschen Zechen betriebswirtschaftlich aber erst dann interessant, wenn im innerdeutschen Raum Absatzschwierigkeiten auftauchen sollten, während in anderen Mitgliedstaaten trotzdem starke Nachfrage herrscht. Bislang war es aber immer so, dass bei Absatzschwierigkeiten der gesamte westeuropäische Raum betroffen wurde, wie das aus den Absatzkrisen 1954 und 1958 zu ersehen ist. Für die ausserdeutsche Industrie und insbesondere für die ausserdeutsche Eisen- und Stahlindustrie dagegen ist diese Neuregelung von Bedeutung, da sie nun die billige und hochwertige Ruhrkohle leichter beziehen kann. Dieses wiederum hat Rückwirkungen auf die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, da einerseits ihre Konkurrenz nun dieselben billigen Bezugsquellen hat, andererseits sie bei Kohlenmangel sogar in die Lage kommen kann und auch gekommen ist, dass sie sich mit teurer Importkohle versorgen muss, weil ein Teil der Ruhrkohle ins

Ausland fließt. Diese Gefahr besteht vor allem deshalb, weil die Ruhrkohle-Verkaufsgesellschaften bei erhöhter Nachfrage die ausländischen Abnehmer in demselben Verhältnis zu ihren früheren Abnahmemengen beliefern müssen wie die inländischen Abnehmer und die inländischen somit keineswegs bevorzugt werden dürfen. Auf das Problem der Verteilung in Krisenzeiten soll aber noch in einem anderen Kapitel ausführlicher eingegangen werden.

Hier kann zusammenfassend noch einmal festgestellt werden, dass für den deutschen Steinkohlenbergbau der Wegfall der Zölle und Kontingentierungen keine bemerkenswerten Auswirkungen gezeigt hat, wenn man davon absieht, dass verschiedentlich eine Änderung der Absatzgebiete zu verzeichnen ist, eine Entwicklung, die aber auch auf andere Faktoren zurückzuführen ist.

122. Die Preise und Lieferbedingungen

In Deutschland war der Kohlenpreis schon seit Jahrzehnten kein Wettbewerbspreis mehr, sondern ein festgesetzter Höchstpreis. So wurde das Kohlenpreinsniveau - stets mit politischer Begründung - von 1924 - 1948 unverändert gehalten, während sich die Preise der übrigen Industriegüter lt. Grosshandelsindex von 1924 = 100 auf 1948 = 152 erhöhten. Es ergab sich dadurch, dass 1948 den über 33 RM/t betragenden Kosten Erlöse von nur rd. 14,50 RM/t gegenüberstanden. Angesichts dieser Tatsache sah man sich gezwungen, in den folgenden Jahren den Kohlenpreis laufend zu erhöhen, zumal die Kosten infol-

ge steigender Löhne auch immer weiter stiegen. Dabei wurden aber die Preise differenziert, d.h. die Preise für den Absatz im Ausland lagen höher als die normalen Inlandspreise. Im Inland selbst aber gab es wiederum verschiedene Schonpreise z.B. für Hausbrand, Bundesbahn, Hochseefischerei, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt etc. Der Durchschnittspreis für normalen Inlandsabsatz lag 1952 bei 47,90 DM¹⁾.

Das war die Situation auf dem Gebiet der Preise kurz vor Eröffnung des Gemeinsamen Marktes. Durch den Vertrag wurde dann die Preishoheit von den einzelnen Regierungen an die Hohe Behörde abgetreten. Diese ist hinsichtlich ihrer Preispolitik an die einzelnen Vorschriften des Vertrages gebunden. So hat sie unter anderem darauf zu achten, dass die Vorschriften des Artikels 4 b genau eingehalten werden. Darin heisst es, dass Massnahmen und Praktiken hinsichtlich der Preise und Lieferbedingungen, die eine Diskriminierung zwischen Erzeuger oder Käufer oder Verbraucher herbeiführen, verboten sind. Es ist damit also gesagt, dass alle Abnehmer vom Erzeuger gleich zu behandeln sind und dass keinem irgendwelche Vorteile bezüglich Preise und Lieferbedingungen geboten werden dürfen. Die erste Folge davon war, dass die Inlandspreise nicht mehr niedriger sein durften als die Auslandspreise²⁾. Daher glich bereits kurz vor Eröffnung des Gemeinsamen Marktes die Regierung der Bundesrepublik den Inlandspreis den Auslandspreisen an. Desweiteren durften keine Schonpreise oder Vorzugspreise für bestimmte Abnehmer gewährt werden.

1) Bei den Zahlenangaben handelt es sich um Angaben, die aus Unterlagen des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau stammen. Sie können gegenüber anderen Angaben leicht differieren, da bei der Berechnung der einzelnen Positionen infolge verschiedenartiger Zusammenstellung leicht geringe Differenzen auftreten können.

2) Näheres siehe Kapitel Sonderpreise.

Diese Schonpreise wurden später von der Hohen Behörde selbst abgebaut.

Eine weitere Vorschrift besagt, dass die Hohe Behörde nach Artikel 3 c auf die Bildung niedrigster Preise dergestalt zu achten hat, dass die Preise nicht eine Erhöhung der von demselben Unternehmen bei anderen Geschäften angewandten Preise oder der Gesamtheit der Preise während eines anderen Zeitabschnittes zur Folge haben; hierbei sind die erforderlichen Abschreibungen zu ermöglichen und den hereingenommenen Kapitalien normale Verzinsungsmöglichkeiten zu bieten. Ist aber nach Ansicht der Hohen Behörde unter Berücksichtigung aller Umstände, die auf die Preise von Einfluss sind, im Zeitpunkt der Entscheidung eine Preisentwicklung zu erwarten, die mit den in Artikel 3 genannten Zielen unvereinbar ist, so ist die Hohe Behörde nach Artikel 61 ermächtigt, nach Anhören des beratenden Ausschusses und des Rates Höchst- oder Mindestpreise festzusetzen. Gemäss dieser Vorschrift bestanden auch für Ruhrkohle bis zum 1. April 1956 von der Hohen Behörde vorgeschriebene Höchstpreise. Diese Festsetzung von Höchstpreisen war aber für den Ruhrbergbau keinesfalls eine Neuerung, denn an der Ruhr bestanden schon - wie bereits oben erwähnt - seit 1919 ununterbrochen Höchstpreise für Kohle. Der einzige Unterschied, der sich ergab, war der, dass nun die Preise von der Hohen Behörde anstatt von der Regierung festgesetzt wurden. In der Handhabung der Höchstpreise war die Hohe Behörde auch keineswegs strenger als die Bundesregierung. Eher kann man sagen, dass die Hohe Behörde für die schlechte Ertragslage des Ruhrbergbaues mehr Verständnis

zeigte, als die Regierung der Bundesrepublik. Wenigstens in der Folgezeit, vor allem bei der Preiserhöhung im Oktober 1957 - die allerdings nicht mehr zur Zeit der Höchstpreise stattfand - war die Hohe Behörde mehr geneigt, einer Preiserhöhung zuzustimmen.

Wie schon gesagt, wurde am 1. April 1956 der Preis für Ruhrkohle von der Hohen Behörde freigegeben. An dieser Stelle muss dabei darauf hingewiesen werden, dass diese Preisfreigabe wohl kaum so schnell erfolgt wäre, wenn die Preishoheit noch bei den zuständigen Regierungen gelegen hätte. Die Preisfreigabe an der Ruhr ist demnach mit voller Berechtigung als Auswirkung des Montanvertrages anzusehen. Demgegenüber muss aber auch festgestellt werden, dass diese Preisfreigabe keineswegs wirklich freie Preise - also Marktpreise - zur Folge hatte, sondern dass diese Preisfreiheit mehr oder weniger nur eine formelle Freigabe darstellt. In Artikel 3 c wird nämlich eindeutig vorgeschrieben, dass nur der betriebswirtschaftlich und kostenmässig vertretbare niedrigste Preis verlangt werden darf, unabhängig davon, wie die Marktlage ist. Damit aber ist ohne Zweifel die Forderung nach Kostenpreisen aufgestellt und der Marktpreis abgelehnt worden. Diese Regelung erinnert stark an die in Deutschland bekannte Preisberechnung nach den Vorschriften der LSÖ/LSP. Da aber nicht jede Zeche einzeln ihren Preis macht und an ihren Kosten ausrichten kann, sondern der Verkauf von mehreren Zechengesellschaften gemeinsam über eine Verkaufsgesellschaft erfolgt, wird der Preis von den Verkaufsgesellschaften an den Durchschnittskosten ihrer

Mitgliedszechen ausgerichtet. An Stelle der im freien Wettbewerb üblichen Tatsache, dass sich der Marktpreis nach den Grenzkosten richtet, wird in diesem Fall der Preis nach den Durchschnittskosten festgelegt. So sagt auch selbst Professor Hallstein in Frankfurt: "Niedrigste Preise sind ferner das Ziel. Das ist deshalb erwähnenswert, weil sich hier eine der wesentlichsten Durchbrechungen eines Prinzips vorfindet, das sonst für die Gemeinschaft massgebend ist, nämlich das Prinzip des Wettbewerbs. Bei einer völlig freien Marktwirtschaft werden die Preise steigen, bis zu den Preisen derjenigen Produzenten, deren Produktion gerade noch erforderlich ist, um den Markt mit Gütern zu versorgen ("Grenzproduzenten")."¹⁾

Diese Forderung nach an den Kosten ausgerichteten Preisen hat natürlich zur Folge, dass von den Bergwerken eine genaue Darlegung ihrer Kosten verlangt wird und der Hohen Behörde darüber Auskunft gegeben werden muss. Die Hohe Behörde stützt sich dabei auf Artikel 5 Absatz 2 und Artikel 47. So sind die Bergwerksgesellschaften verpflichtet, vierteljährlich eine Aufstellung ihrer Kosten an die Hohe Behörde zu geben. Über die Schwierigkeiten und das Verfahren als solches soll aber erst im Kapitel "Kosten- und Erlösrechnung" gesprochen werden. An dieser Stelle sei lediglich festgestellt, dass die Unternehmen zu Meldungen ihrer Kostenlage verpflichtet sind. Somit unterstehen die Unternehmen einer scharfen Kontrolle bezüglich ihrer Preispolitik und können, selbst wenn keine Höchstpreise festgesetzt sind, ihre Preise nicht nach eigenem Ermessen an der Marktlage ausrichten.

1) Frankfurter Universitätsreden Seite 10 Hallstein W., der Schumann-Plan Heft 5, Vittorio Klostermann Verlag Frankfurt 1951

ten. Es ist ihnen damit also im Gegensatz zu anderen Industriezweigen die Möglichkeit genommen, in Zeiten der Hochkonjunktur Reserven für schlechte Zeiten zu bilden, bzw. sie sind dabei weitgehend von dem Einverständnis der Hohen Behörde abhängig. Um allen Preisdifferenzierungen vorzubeugen und um der Hohen Behörde eine Kontrollmöglichkeit zu geben, müssen die einheitlichen Preise samt allen zusätzlichen Bedingungen in einer Preisliste veröffentlicht werden. Die so festgesetzten Preise gelten als anerkannt, wenn sie fünf Tage vor ihrem Inkrafttreten der Hohen Behörde mitgeteilt worden sind. Für die Unternehmen des Ruhrbergbaues und Belgiens erfuhr diese Vorschrift noch eine Verschärfung. Die Hohe Behörde sah sich nämlich veranlasst, dem Bergbau an der Ruhr und in Belgien durch besondere Entscheidung die Verpflichtung aufzuerlegen, ihre beabsichtigten Preisänderungen schon 4 Wochen vor Beginn der Fünf-Tage-Frist mitzuteilen. Die Hohe Behörde kann, wenn sie es für erforderlich hält, diese zusätzliche Frist verdoppeln. In den Preislisten müssen die genauen Preise pro t für jede Kohlensorte und Kohlenart angegeben werden, ferner evtl. Abschläge oder Zuschläge für bestimmte Lieferungen (z.B. Sommerabschläge bei Lieferungen in bestimmten Sommermonaten), Lieferart, Art der Preisstellung, mit der Verladung zusammenhängende zusätzliche Kostensätze, Lieferungs- und Zahlungsbedingungen etc. An diese veröffentlichten Preislisten sind die Unternehmen in jedem Fall bis zur Veröffentlichung einer neuen Preisliste gebunden. Es ist offensichtlich, dass hierdurch die Unternehmen in ihrer Preispolitik sehr unelastisch werden, da es ihnen nicht möglich ist, kurzfristig für bestimmte Fälle Sonderpreise zu machen.

Selbst die evtl.möglichen Zu- und Abschläge müssen vorher schon als allgemein gültige Regeln veröffentlicht werden. Die einzige Möglichkeit, die die Unternehmen haben, ist die, dass sie sich mit ihren Preisen einem im Preise niedriger liegenden Konkurrenzunternehmen angleichen, dürfen es aber nicht unterbieten. Die Unternehmen sollen damit vor der ruinösen Konkurrenz geschützt werden.

So wertvoll auch stabile Preise sowohl für den Erzeuger als auch für den Verbraucher sind und so schädlich sich auch Preiskämpfe oder überhöhte Preise auswirken, so ist die mit den Listenpreisen getroffene Regelung, die im Prinzip bereits in Artikel 60 vorgeschrieben ist, zu starr für eine elastische Marktanpassung der Unternehmen. Eine Zeitlang hatte die Hohe Behörde auch Abweichungen vom Listenpreis um $\pm 2,5\%$ gestattet, eine Massnahme, die von der Industrie sehr begrüsst wurde. Doch gegen diese Entscheidung der Hohen Behörde klagte die französische Regierung auf Ermessensmissbrauch der Hohen Behörde, und der Gerichtshof kam zu der Meinung, dass diese erweiterte Auslegung des Artikels 60 nicht möglich wäre. Der Rabatt durfte somit nicht weiter gewährt werden. Trotzdem von der Hohen Behörde die Notwendigkeit einer solchen oder ähnlichen Regelung eingesehen wird und man schon seit langem bemüht ist, eine ähnliche mit dem Vertrag zu vereinbarende Regelung zu treffen, ist man bis jetzt noch nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Man kommt also um die Feststellung nicht herum, dass formell der Preis zwar freigegeben ist, dass die Frei-

gabe aber nur eine Fiktion ist. Einerseits kann der Preis nur nach Einreichung und Veröffentlichung der Preislisten erhöht werden, andererseits liegt auch der Artikel 61 aufgeschlagen auf dem Tisch, nach dem die Hohe Behörde wieder jederzeit Höchst- und Mindestpreise einführen kann.

Auf jeden Fall wird die Hohe Behörde darauf achten, dass die Preise nicht höher als die Durchschnittskosten steigen. Damit aber werden sie - von Ausnahmen abgesehen - wohl immer unter dem Marktpreis liegen. Liegt aber ein Preis unter dem Marktpreis, so ist die Nachfrage grösser als das Angebot und die Folge ist, dass nicht die gesamte Nachfrage befriedigt werden kann.

Um aber nun getreu dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung eine möglichst gleichmässige Verteilung auf alle Nachfragenden zu erreichen und keinen zu benachteiligen, ist es unumgänglich, dass ein Verteilungsplan aufgestellt wird. Daher sind die Verkaufsgesellschaften des Ruhrgebietes gezwungen, der Hohen Behörde Lieferpläne vorzulegen und genehmigen zu lassen, bei denen jeder Abnehmer auf Grund einer Referenzmenge berücksichtigt werden muss. Dabei wurden die Abnehmer aber nicht wie bei langfristigen Vertragsabschlüssen verpflichtet, auch bei einem Überangebot diese Mengen abzunehmen. Dem Verbraucher werden also Rechte eingeräumt, ohne ihm jedoch die entsprechenden Pflichten aufzuerlegen. Erst nachdem im Sommer 1958 ein Überangebot an Kohle aufgetreten ist, hat die Hohe Behörde auf die Vorlage von Lieferplänen verzichtet und den Verkaufsgesellschaften Vertragsabschlüsse nach ihrem eigenen Ermessen freigestellt.

Damit ist aber nicht gesagt, dass die Hohe Behörde bei zu starker Nachfrage nach der billigen Ruhrkohle nicht wieder zu dieser Massnahme greifen kann.

Man kann also zusammenfassen: Die Unternehmen sind gezwungen, Preise und Lieferbedingungen aufzustellen, die für jeden Abnehmer gültig sind. Sie dürfen also nicht einzelnen Abnehmern, an denen sie besonders interessiert sind, in preislicher Hinsicht entgegenkommen. Lediglich eine Angleichung nach unten an Preise eines Konkurrenzunternehmens werden geduldet. Darüberhinaus kann die Hohe Behörde, wenn es nach ihrer Ansicht notwendig ist, Höchst- und Mindestpreise festsetzen, und damit die Preisgestaltung ganz in die eigene Hand nehmen. Die Unternehmen haben also auf keinen Fall volle Preisfreiheit, sondern sind davon abhängig, ob die Hohe Behörde ihre Preise für gerechtfertigt hält oder nicht. Diese Abhängigkeit in Fragen der Preise ist aber keine Folge der Bildung der EGKS., denn schon seit Jahrzehnten wurden den Zechen im Ruhrgebiet Höchstpreise vorgeschrieben. Als Auswirkung der Montanunion kann man im Gegenteil sagen, dass eine wenn auch geringe Lockerung bei der Preisfestsetzung eingetreten ist und die Unternehmen in gewissem Masse wieder auf die Preisgestaltung Einfluss nehmen können.

123. Die Subventionen und Sonderlasten

Im engen Zusammenhang mit der an den Kosten ausgerichteten Preisstellung steht die Frage: Welche Sonderlasten muss das Werk neben den reinen betriebs-

notwendigen Aufwendungen tragen und welche Subventionen fließen dem Werk zu? Da sowohl die Subventionen wie auch die Sonderlasten die Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens verfälschen, untersagt in Artikel 4 c der Vertrag jegliche vom Staat bewilligten Subventionen oder Beihilfen oder von ihm auferlegte Sonderlasten. Für die Übergangszeit hat allerdings die hohe Behörde gewisse Subventionen gestattet, um eine allmähliche Angleichung zu ermöglichen. Sie hat sogar selbst Subventionen an den belgischen und italienischen Bergbau gezahlt. Grundsätzlich aber mussten sämtliche Subventionen abgebaut werden. Für den Ruhrbergbau hatte dieses zunächst keine Folgen, da er keinerlei Subventionen erhielt, die unter das Verbot fielen. Die Erleichterungen für den Bergbau auf Grund des Investitionshilfegesetzes stellen keine Subventionen in diesem Sinne dar. Die Frage der Subventionen wurde erst erneut akut, als der Bund, um eine Preiserhöhung zu vermeiden, sich bereit erklärte, bestimmte Lasten aus dem Steueraufkommen zu zahlen. So konnte ab 15.2.1956 aus dem Lohnsteueraufkommen bei den Zechen eine Schichtprämie oder Bergmannsprämie gezahlt werden, die für jeden Untertagearbeiter im Schichtlohn DM 1.25 und im Gedingelohn DM 2.50 pro verfahrenene Schicht ausmachte.

Desweiteren übernahm der Bund ab 1.4.1956 die Zahlung von 6,5% zur Rentenversicherung der Knappschaft, so dass die Unternehmen nur noch 8% und nach der Reform der Knappschaftsversicherung 8,5% zu tragen hatten.

Diese Unterstützung durch den Bund, vor allem die Zahlung der Bergmannsprämie, wurde von Anfang an von verschiedenen Seiten als unvereinbar mit dem Vertrag

angesehen und bekämpft. Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, sich mit der rechtlichen Zulässigkeit auseinanderzusetzen. Hier sei nur festgestellt, dass die Frage in der Weise geregelt wurde, dass die Bergmannsprämie aus dem Lohnsteueraufkommen weiterhin bestritten werden darf, während der Bundeszuschuss zur knappschaftlichen Rentenversicherung in Höhe von 6,5% ab 1.4.1958 wieder von den Bergwerksgesellschaften getragen werden muss. Der von den Bergwerksgesellschaften aufzuwendende Betrag für die knappschaftliche Rentenversicherung beläuft sich nach einer weiteren Erhöhung damit auf 15% des versicherungspflichtigen Einkommens. Darüberhinaus werden für die knappschaftliche Krankenversicherung von den Zechengesellschaften 3,9% aufgebracht.

Wie oben erwähnt, sind ausser Subventionen aber auch Sonderlasten verboten. Derartige Sonderlasten bestanden für den Ruhrbergbau darin, dass bestimmten Abnehmergruppen Schonpreise gewährt werden mussten, d.h. Preise, die unter den normalen Preisen lagen. Die dadurch entstehenden Erlösschmälerungen hatte der Bergbau zu tragen. Derartige Schonpreise bestanden für Hausbrand, Hochseefischerei, Seeschiffahrt, nicht bundeseigene Eisenbahnen, Bundesbahn, Binnenschiffahrt, Elektrizitäts- und Gaswerke für Haushaltstrom und Gas. Auf das Einschreiten der Hohen Behörden hin fielen die letzten Vergünstigungen für bestimmte Abnehmergruppen am 31.3.1954 weg. In der Zeit vom 1.5.1952 bis 31.3.1954 hatte der Bergbau aber immerhin Erlösausfälle auf Grund von Schonpreisen in Höhe von insgesamt 415.020.000.- DM zu tragen.¹⁾

1) Vergleich Kapitel Sonderpreise S. 193

Als zusammenfassende Beurteilung zur Regelung von Subventionen und Sonderlasten kann man aus betriebswirtschaftlicher Sicht sagen, dass diese Vertragsvorschrift durchaus zu begrüßen ist, da sie ein Schritt zur Preiswahrheit ist. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Preise so gestellt werden können, dass keine Subventionen erforderlich sind, um das Werk zu erhalten. Andernfalls würde der Wegfall von evtl. Subventionen nur eine zusätzliche Belastung des Bergbaues zur Folge haben.

124. Die Frachttarife

Der Gemeinsame Markt soll die rationellste Verteilung der Erzeugung auf dem höchsten Leistungsstande sichern. Dies setzt eine rationelle Wahl des Lieferanten durch die Verbraucher voraus. Der Verbraucher trifft seine Wahl auf Grund eines Vergleiches der Einstandspreise, d.h. Preise ab Werk oder Zeche + Transportkosten bis zum Standort des Verbrauchers. Jede Diskriminierung auf dem Transportsektor verfälscht daher die Wettbewerbsbedingungen, weil sie die Einstandspreise verändert. Welche Rolle aber die Transportkosten bei Massengütern wie Kohle, Eisenerz und Stahl spielen, ersieht man daraus, dass für manchen Verbraucher die Transportkosten bis zu 50% der Einstandspreise betragen.¹⁾ Aus diesem Grund wird im Artikel 70 der Hohen Behörde die Auflage gemacht, zu sorgen für

- a) Beseitigung der Diskriminierungen, die auf dem herkunfts- oder Bestimmungsland der Erzeugnisse
-

1) Europa im Aufbau, a.a.O., Seite 30

beruhen. Es handelt sich dabei um Frachten und Frachtbestimmungen, die lediglich der Wirtschaft des eigenen Landes zugute kommen, jedoch für den ausländischen Verbraucher oder Verwender keine Gültigkeit haben.

- b) Beseitigung der Unterschiede in der Degression der Tarife, je nachdem, ob die Strecke ausschliesslich innerhalb bestimmter Landesgrenzen verläuft oder die Grenze überschreitet.
- c) Beseitigung der Unterschiede in der Tarifierung je nach dem Gebiet, auf dem der Transport durchgeführt wird.

Die gesetzgeberischen Befugnisse auf dem Gebiet des Verkehrswesens verbleiben nach dem Vertrag aber noch bei den Regierungen der Mitgliedstaaten (Artikel 70), so dass die Befolgung der Vorschriften des Vertrages nicht allein in der Macht der Hohen Behörde liegt. Von den Regierungen wurde daher ein Sachverständigenausschuss ernannt, der von der Hohen Behörde beauftragt wurde, die entstandenen Probleme durchzuarbeiten und den Regierungen Vorschläge für die zu ergreifenden Massnahmen zu machen.

Seit Errichtung des Gemeinsamen Marktes konnte durch die Arbeiten des Ausschusses eine vollständige Beseitigung der eigentlichen Diskriminierungen im Eisenbahnverkehr erreicht werden.

Weit wichtiger und spürbarer waren jedoch die Massnahmen, die zum direkten internationalen Eisenbahntarif führten. Während nämlich im Binnenverkehr der Fracht-

satz pro t km kontinuierlich mit der Anzahl der durchlaufenen km abnimmt, wurde diese Frachtendegression im grenzüberschreitenden Verkehr dadurch unterbrochen, dass die Bahnverwaltung des Einfuhrlandes die Frachtberechnung ab Grenzbahnhof wieder mit dem Höchstsatz des Tarifes, d.h. ab km Null, aufnahm.

Hinzu kam, dass im Binnenverkehr eine Abfertigungsgebühr nur am Versand- und am Bestimmungsbahnhof erhoben wird, während im grenzüberschreitenden Verkehr auf Grund der Fiktion einer Umladung am Grenzbahnhof sowohl von der Bahnverwaltung des Ausfuhrlandes, als auch von der Bahnverwaltung des Einfuhrlandes, sowie von den Transitländern noch eine zusätzliche Abfertigungsgebühr berechnet wurde. Daraus ergab sich für die Güter der Gemeinschaft bei vergleichbaren Transportstrecken eine wesentliche Erhöhung der Transportkosten und damit des Einstandspreises für die aus einem anderen Land der Gemeinschaft beziehenden Verbraucher.

Dieser wettbewerbsverfälschende Charakter wurde durch die Aufstellung sogenannter direkter internationaler Eisenbahntarife beseitigt. Das bedeutet, dass für die Frachtendegression wie im Binnenverkehr die Gesamtentfernung ohne Berücksichtigung der durchlaufenen Landesgrenzen zu Grunde gelegt wird. Ausserdem fallen die zusätzlichen Abfertigungsgebühren fort. Diese Regelung wurde ab 1.Mai 1955 in drei Etappen eingeführt und ist seit 1.Mai 1957 in vollem Umfang in Kraft getreten.¹⁾

Neben der Beseitigung des Frachtenbruches und der mehrfachen Abfertigungsgebühr ist es aber auf die Dauer

1) Informationsdienst der Hohen Behörde Europa im Aufbau, Seite 31 Luxemburg 1957

erforderlich, dass die Tarife in den Ländern und ihre Tarifdegression vereinheitlicht werden. Dieses unter der Bezeichnung Abstimmung der Tarife oder Harmonisierung bekannte Problem ist aber nicht so leicht zu lösen, da eine rigorose Angleichung der einzelnen Tarife zu schwerwiegenden Störungen und Veränderungen führen würde. Daher konnten diese Fragen auch noch nicht endgültig geklärt werden, wenn auch schon im Zusammenhang mit der Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife eine Teilharmonisierung durchgeführt werden konnte. Bei dieser Harmonisierung handelt es sich nicht allein um die Höhe des Tarifes und ihre Berechnung, sondern auch um die Abstimmung der einzelnen Warengattungen. Es erwies sich daher als notwendig, eine einheitliche Warennomenklatur einzuführen, was in der Zwischenzeit auch geschehen ist.

Hauptziel der Beseitigung der Frachtdiskriminierungen und der Aufstellung direkter internationaler Eisenbahntarife für die Güter der Gemeinschaft war die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. Sie haben jedoch ausserdem zu einer wesentlichen Senkung der Transportkosten auf einer Reihe von wichtigen Strecken geführt, wie folgende Aufstellung zeigt:¹⁾

	Eisenbahnfracht Abnahme		
	1.1.1953	1.5.1957	
<u>Koks</u> von Gelsenkirchen nach Homécourt (Lothringen)	27,60 DM	20,10 DM	- 27%
<u>Steinkohle</u> von Reden (Saar) nach Regensburg	3187 ffrs	2341 ffrs	- 27%
<u>Eisenerz</u> von Sancy (Lothringen) nach Ougree-Marhay (Belgien)	850 ffrs	634 ffrs	- 25%
<u>Schrott</u> von Lyon nach Turin	2149 ffrs	1795 ffrs	- 17%
<u>Walzstahlerzeugnisse</u> von Oberhausen nach Paris	56,20 DM	46,30 DM	- 18%
von Luxemburg nach Rotterdam	470 bfrs	411 bfrs	- 13%

1) Europa im Aufbau, a.a.O. S.32

Der Anwendungsbereich dieser internationalen direkten Tarife wurde durch ein Abkommen mit der Schweizer Regierung, das im Juli 1956 ratifiziert wurde, auf den Transitverkehr durch dieses Land ausgedehnt. Ein ähnliches Abkommen wurde mit Österreich getroffen.

Für die Binnenschifffahrt und den Strassenverkehr sollen noch ähnliche Regelungen getroffen werden, um wettbewerbsverfälschende Faktoren auszuschalten.

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, war teilweise eine sehr erhebliche Senkung der Transportkosten und damit der Einstandspreise bei den Abnehmern die Folge der Massnahme der Hohen Behörde. Das führte naturgemäss zu einer Änderung der Konkurrenzverhältnisse und hatte damit für Lieferanten wie Abnehmer eine Prüfung und evtl. Änderung ihrer langjährigen Geschäftsbeziehungen zur Folge.

125. Die Absatzverschiebungen

In den obigen Kapiteln wurde ausgeführt, wie durch Eingreifen der Hohen Behörde sich bei verschiedenen Marktdaten tiefgreifende Änderungen vollzogen haben. Die gesetzlichen Behinderungen des freien Austausches der Güter fielen weg, die Diskriminierungen und Bevorzugungen bei Preisstellungen wurden beseitigt, ungleiche Lasten und vergünstigungen zum grössten Teil aufgehoben, sowie die Berechnung der Tarife im internationalen Verkehr grundlegend geändert. Die Absicht aller dieser Massnahmen war, den internationalen Austausch der Güter weitgehend zu erleichtern

und dem inländischen Handel gänzlich anzugleichen. Als wirtschaftliche Folge ergab sich, dass nun keine künstlichen Verfälschungen der Standortfaktoren mehr bestanden und die einzelnen Standorte ganz neue Gewichte bekamen. So blieb es nicht aus, dass sich Abnehmer nach anderen günstigeren Lieferanten umsahen und die Lieferanten begannen, neue Absatzgebiete zu erschliessen. Die folgende Aufstellung zeigt deutlich, wie sich der internationale Austausch der Güter beträchtlich intensiviert hat, nachdem die Schranken im internationalen Verkehr beseitigt wurden.

Aussenhandelsvolumen der Länder der Gemeinschaft¹⁾

Jahr	1952 = 100				Zusammen Erzeugnisse EGKS	Alle übrigen Erzeugnisse
	Eisen- erz	Schrott	Stahl	Kohle		
1952	100	100	100	100	100	100
1953	112	226	127	111	121	115
1954	117	434	191	125	160	138
1955 ²⁾	137	457	251	140	193	159

Im ganzen kann man sagen, dass sich eine Absatzverschiebung in der Weise bemerkbar gemacht hat, dass sich die Richtung der Verkehrsströme im umgekehrten Sinne des Uhrzeigers leicht gedreht haben. Die Ruhr und Niedersachsen liefern verstärkt nach den Niederlanden und dafür relativ weniger nach Süddeutschland. Das Limburger Revier und Belgien haben neue Abnehmer im Süden, insbesondere in Frankreich, gefunden, während Frankreich und die Saar sich stärker nach Süddeutschland ausgerichtet haben.

1) Mengen, bewertet mit den Preisen des Jahres 1952

2) Erstes Halbjahr

126. Die Kartelle

In den obigen Kapiteln wurde dargelegt, welche Massnahmen die Hohe Behörde ergriffen hat, um den normalen Wettbewerb zu fördern. Damit der Erfolg dieser Massnahme nicht durch wettbewerbseinschränkende Absprachen zwischen den einzelnen Unternehmen verhindert werden kann, wurde im Vertrag durch Artikel 65 ein Kartellverbot ausgesprochen. Danach sind alle Vereinbarungen zwischen Unternehmern, alle Beschlüsse von Verbänden von Unternehmen und alle verabredeten Praktiken, die darauf abzielen würden, auf dem Gemeinsamen Markt unmittelbar oder mittelbar den normalen Wettbewerb zu verhindern, einzuschränken oder zu verfälschen, verboten. Insbesondere fallen unter dieses Verbot Absprachen über die Festsetzung von Preisen und Aufteilung der Märkte.

Für den Ruhrbergbau ist dieses Kartellverbot vor allem deshalb von Wichtigkeit, weil es im besonderen Masse seine Absatzorganisationen betroffen hat.

Infolge der geringen Möglichkeiten des Bergbaues, das Angebot kurzfristig auszudehnen, und infolge des aus natürlichen Gegebenheiten kaum beeinflussbaren Sortenanfalls ist für die Kohle nicht die Angebotselastizität gegeben, die für das reibungslose Funktionieren des freien Wettbewerbs nötig ist. Darüberhinaus sind auch die Verbraucher nicht ohne weiteres in der Lage, beliebig von einer Sorte zur anderen überzugehen, so dass auch die Nachfragelastizität Einschränkungen erfahren muss.

Aus diesem Sortenproblem heraus entwickelt sich im Grunde auch das Problem des Beschäftigungsausgleiches, d. h. die Aufgabe, über das ganze Revier hinweg eine möglichst gleichmässige Beschäftigung zu halten. Für den Ruhrbergbau ist dieses Problem von ganz besonderer Bedeutung, weil hier die Zusammenballung von Menschen auf engem Raum und ihre Abhängigkeit vom Bergbau unverhältnismässig gross sind.

Auf Grund dieser Verhältnisse im Bergbau wurde bereits 1893 eine einheitliche Absatzorganisation, das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, gegründet. Im Jahre 1945 wurde das RWKS von den Alliierten im Zuge der allgemeinen Entflechtungspolitik aufgelöst. Die Notwendigkeit, die kohlenwirtschaft einer gewissen Ordnung zu unterwerfen, zwang aber auch die Alliierten, zentrale Verkaufsorganisationen zu schaffen. Unter wechselnden englischen Namen bestand daher von 1945 bis 1947 eine straffe Absatzorganisation für Ruhrkohle, die 1947 durch den Deutschen Kohlenverkauf (DKV) ersetzt wurde. Nach Ansicht der Schöpfer des Montanvertrages war in dieser letztgenannten Organisation jedoch eine unzulässige Machtzusammenballung zu sehen, die der Durchsetzung des Wettbewerbs entgegenstand. Ihre Auflösung wurde zur Bedingung für das Wirksamwerden des Schumann-Planes gemacht. Im Jahre 1953 wurde daher an Stelle des DKV die Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle (GeOrg) ins Leben gerufen. Die Alliierte Hohe Kommission vertrat die Auffassung, dass in dem Organisationsaufbau der GeOrg den Wettbewerbsvorstellungen, die im Schumann-Plan Ausdruck fanden, zunächst Rechnung getragen sei.

Zusammen mit der Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle wurden sechs Verkaufsgesellschaften gegründet, die für den Absatz der Ruhrkohle Sorge zu tragen hatten. Die Gesellschafter der GeOrg wie auch der Verkaufsgesellschaften waren die Zechengesellschaften des Ruhrgebietes. So war es möglich, dass trotz der Auflösung des DKV in sechs Gesellschaften die notwendige Koordinierung durch die GeOrg durchgeführt werden konnte. Nach Ansicht der Hohen Behörde war aber auch die GeOrg nicht mit dem Artikel 65 vereinbar, da die Koordinierungsaufgaben der GeOrg die Selbständigkeit der einzelnen Verkaufsgesellschaften weitgehend einschränkte.

Am 1. April 1956 traten daher an die Stelle der Gemeinschaftsorganisation und der sechs bisherigen Verkaufsgesellschaften drei neue Gesellschaften, die mit dem Vertrieb der im Ruhrgebiet geförderten Kohle beauftragt wurden. Hierbei wurde zur Bedingung gemacht, dass die Verkaufsaufgaben von jeder Gesellschaft unabhängig und selbständig wahrgenommen werden. Durch diese Selbständigkeit und den Fortfall der Ausgleichsbefugnisse, die die GeOrg inne hatte, wurde es für die neuen Gesellschaften sehr viel schwieriger, die ihnen gestellten Aufgaben zu bewältigen, als für die frühere zentrale Absatzorganisation.

Da jedoch auch die Hohe Behörde nicht an den speziellen Problemen des Bergbaues, der Notwendigkeit eines Arten- und Sortenausgleichs, eines Beschäftigungsausgleichs und der Beseitigung von Ungleichheiten bei angespannter Lieferlage vorübergehen konnte, wurde die Gründung eines Gemeinschaftlichen Büros durch die drei neuen Verkaufsgesellschaften zugelassen.

Diesem Gemeinschaftlichen Büro wurde ein Teil derjenigen Aufgaben übertragen, die zweckmässigerweise für das ganze Revier gemeinschaftlich gelöst werden sollen. Es handelt sich im wesentlichen um die Aufgaben, für die eine Genehmigung erteilt wurde, nämlich die Erstellung von Vorschauen über Produktion und Absatz, die Regelung von Notstandsfällen, die Beladung von Seeschiffen und die Durchführung von Transportaufgaben. Darüberhinaus ist das Gemeinschaftliche Büro ermächtigt, Aufträge der Bundesbahn und der Grossverbraucher zu den Preisen und Bedingungen der Verkaufsgesellschaften anzunehmen und an diese weiterzuleiten, womit bei rückläufiger Nachfrage der Beschäftigungs- sowie Sortenausgleich gesichert und bei angespannter Lieferlage der Versorgungsausgleich gewährleistet werden sollen. Die Zusammenarbeit der drei Verkaufsgesellschaften im Gemeinschaftlichen Büro darf jedoch nicht über das Mass hinausgehen, das zur Erreichung der gesteckten Ziele unumgänglich notwendig ist. Die Einhaltung dieser Anordnung wird von Organen der Hohen Behörde ständig überwacht, so dass die Koordinierung im grossen Umfang nicht mehr möglich ist.

Desweiteren wurden von den Bergbaugesellschaften der Normenausschuss, die Ruhrkohlenberatungs-GmbH. und die Ruhrkohlenexport-GmbH. als Gemeinschaftsgründung ins Leben gerufen. Der Normenausschuss hat gemeinsame Regeln und Begriffsbestimmungen über den Werkselbstverbrauch, den Landabsatz und für die Durchführung eines Beschäftigungsausgleichs zu beschliessen. Der Ruhrkohlen-Beratungs-GmbH. obliegen allgemeine Untersuchungen, gemeinsame Werbung, Marktforschung und Marktbeobachtung, sowie die Zusammenarbeit mit der

Presse und die Behandlung verkehrspolitischer Fragen. Der Verkauf in dritte Länder, der nicht unter das Kartellverbot fällt, wird von der Ruhrkohlen-Export-GmbH. übernommen. Mit der treuhänderischen Durchführung des Buchungs-, Geld- und Abrechnungsverkehrs, sowie mit der Verwaltung von Vermögensteilen der Zechengesellschaften wurde die Ruhrkohlen-Treuhand-GmbH. betraut, die von den drei Ruhrkohlenverkaufsgesellschaften, sowie von der Ruhrkohlen-Beratungs-GmbH. und der Ruhrkohlen-Export-GmbH. gegründet wurde.

Fragt man sich nun nach den Auswirkungen, die diese Regelung zur Folge hatte, so stellt man fest, dass dadurch betriebswirtschaftlich gesehen unnötige Schwierigkeiten aufgebaut wurden. An Stelle einer Organisation treten jetzt drei. Dies hat natürlich zur Folge, dass die Organisation unnötig erweitert werden muss. Besondere betriebswirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben sich vor allem daraus, dass die drei Verkaufsgesellschaften die nötigen Koordinierungsmassnahmen nicht mehr im notwendigen Umfange durchführen können. Aber der beabsichtigte Zweck dieser Neuregelung, nämlich die Erreichung eines echten Wettbewerbs, wird dadurch nie erreicht werden können. Die Verhältnisse im Bergbau zwingen einfach dazu, dass gewisse Probleme gemeinsam geregelt werden. Dass trotz der vollständigen Trennung der drei Verkaufsgesellschaften diese einheitlich handeln, geht schon allein daraus hervor, dass sich die von ihnen herausgegebenen Preislisten im Inhalt genau gleichen. Im Endeffekt hat sich, marktwirtschaftlich gesehen, also nicht viel geändert. Dies beruht aber nicht auf dem bösen Willen der Unternehmer, sondern ist, wie schon ausgeführt, eine zwingende Notwendigkeit. Auch von der Hohen Behörde

wird dies durchaus erkannt. Trotzdem aber wurde die GeOrg zerschlagen und wie man aus dem Ergebnis sieht, nur um juristisch gesehen den Forderungen des Vertrages nachzukommen. Dabei hätte auch die GeOrg durchaus mit Artikel 65 vereinbar sein können, da die Hohe Behörde die Möglichkeit hat, diese Organisation nach Artikel 65 Absatz 2 zu genehmigen. So heisst es selbst in dem Bericht, den die französischen Abgeordneten Armengaud und Coudé du Forresto im September 1955 dem Rat der Republik vorlegten:

Zweifellos sollte man lieber anerkennen, dass der Wettbewerb bei der Kohle in Deutschland wie in den übrigen europäischen Produzentenländern begrenzt bleiben muss und dass man einer rationell arbeitenden Verteilungsorganisation, die die Kosten senkt, die Versorgung des Verbrauchers erleichtert und den Absatz der geringwertigen Produkte gewährleistet, Platz einräumen muss.¹⁾

Man kann also sagen: Um den Vorschriften zu folgen, wurde die notwendige Einheit der Organisation im Ruhrbergbau gesetzlich zerschlagen. Es hat sich aber herausgestellt, was vor der Auflösung fast sämtliche Experten gesagt haben, dass eine wirtschaftliche Aufteilung nicht möglich ist, weil sie zu unhaltbaren Zuständen führen würde. Damit wurde aber nicht nach dem Sinn und Zweck des Artikels 65 gehandelt, sondern nach den Buchstaben, obwohl sich auch nach den Formulierungen des Gesetzes andere Lösungen ergeben hätten. Betriebswirtschaftlich aber hat die Zerschlagung eine weitgehende Ausweitung und Komplizierung der Verwaltung zur Folge

1) Hoffmann Dr. Ernst, Artikelreihe Montan-Union im Sonderdruck der KWZ, Zuspitzung des GeOrg-Problemes, Seite 62

gehabt. In ganz krassen Worten wurde das von einem Sachbearbeiter der Hohen Behörde selbst ausgedrückt, indem er sagte: Es hat sich weiter nichts geändert als der Name und dass es jetzt statt einem drei Briefkästen, statt einem drei Briefbogenköpfe usw. gibt.

127. Die Zusammenschlüsse

Wie bei Kartellen taucht auch bei Zusammenschlüssen von Unternehmen die Frage nach dem Umfang der Marktbeeinflussung auf. Obwohl die Kartelle und Zusammenschlüsse oft ähnliche wirtschaftliche Wirkungen haben können, unterscheidet der Vertrag ganz klar zwischen diesen beiden Formen wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Während die Kartelle a priori untersagt sind und nur ausnahmsweise genehmigt werden können, besteht nach Artikel 66 für Zusammenschlüsse die Notwendigkeit einer Genehmigung, ein Verbot ist aber nur für äusserste Fälle vorgesehen. Die Tätigkeit der Hohen Behörde im Bereich der Zusammenschlüsse ist aber, wie die Hohe Behörde selbst in ihrem Dokument Nr. 2921/56 Seite 9 ausführte, keineswegs von ihrem Ermessen abhängig hinsichtlich einer Zusammenschlusspolitik, die sie zu führen beschliesst, oder hinsichtlich der Kriterien für Zulässigkeit, die sie aus wirtschaftspolitischen Erwägungen für erwünscht hält. Der Ermessensspielraum ist auf die Beurteilung der Fälle gegenüber den im Vertrag niedergelegten Kriterien beschränkt. Dabei muss sie einerseits die Auswirkungen des Zusammenschlusses auf Preisbildung und Wettbewerb betrachten, andererseits muss sie - was den Umfang der Zusammenschlüsse anbetrifft -

sich an schon bestehenden Grossunternehmen ausrichten. Sie darf also keinem Zusammenschluss die Genehmigung verweigern, weil er zu einem grossen Unternehmen führen würde, wenn bereits ein gleichartiges Unternehmen besteht. Sie stellt auch nur marktwirtschaftliche Überlegungen an, während die Untersuchung, ob der Zusammenschluss auch betriebswirtschaftlich richtig ist, den Werken selbst überlassen bleibt.

Bevor nun aber untersucht werden soll, wie sich diese Regelung bezüglich der Zusammenschlüsse auf die deutsche Industrie ausgewirkt hat, sollen kurz der Wert und die Gründe solcher Zusammenschlüsse dargelegt werden. Dabei wird allerdings nicht auf die alle Industriezweige betreffenden Vor- und Nachteile solcher Zusammenschlüsse eingegangen, sondern nur auf die für diese Fälle spezifischen Umstände.

Bei den Zusammenschlüssen muss man unterscheiden zwischen vertikalen und horizontalen Zusammenschlüssen. Die vertikale Fusion geht meistens von der Stahlindustrie aus. Sie beabsichtigt damit einerseits die Vermeidung grosser Beschäftigungsschwankungen, die hauptsächlich durch Absatz- oder Versorgungsschwierigkeiten hervorgerufen werden, andererseits die rentablere Ausnutzung der Anlagen und der Energiequellen.

Die Notwendigkeit, grosse Beschäftigungsschwankungen zu vermeiden, ist vor allem auf den verhältnismässig hohen Anteil der fixen Kosten in der Montanindustrie zurückzuführen, der ja bekanntlich um so grösser wird, je weniger die Kapazität eines Werkes ausgenutzt ist. Zur Sicherung des Absatzes bemüht sich daher die Stahlindustrie, sich weitgehend mit der verarbeitenden Industrie zu fusionieren.

Um Versorgungsschwierigkeiten zu vermeiden, wird einmal der Anschluss von Erzbergwerken angestrebt. Zum anderen bemühen sich die Hütten um die Angliederung von Zechen. Zu oft haben sie in den letzten Jahrzehnten die Erfahrung machen müssen, dass Kohlen nicht immer in genügenden Mengen auf dem Markt zu haben sind. Aber nicht die Sorge um allgemeinen Kohlenmangel ist der Hauptgrund des Zusammenschlusses, sondern wichtiger noch ist die Notwendigkeit der Versorgung der Hochöfen mit gleichartigem Koks. Die Beeinflussung der Kokskohlen-Qualität kann nach Ansicht von Fachleuten niemals auf vertraglicher Basis sichergestellt werden. Bereits in der Zeche muss die Ausrichtung auf eine bestimmte Koks-sorte beginnen und das ist nur möglich, wenn die enge Zusammenarbeit zwischen Hütten-, Kokerei- und Zechen-leitung innerhalb einer Unternehmung besteht. Untersuchungen eines Hochofenwerkes über den Koks-mehrver-brauch während dreier Monate, in denen mit 33 ver-schiedenen Kokslieferungen gearbeitet werden musste, ergaben folgendes Bild:

	Bestwert	Mittelwert	Schlechtestwert
Reinkoks	91,5%	86,3%	75,0%
Asche	7,2%	8,6%	11,4%
Wasser	1,3%	5,1%	13,6%
Koksverbrauch kg/t RE	1000	1070	1255
Kokspreis frei Hochofen DM/t	69,51	66,02	58,85
Koskosten je t RE DM/t RE	69,51	70,64	73,86

In diesem Hochofen schwankten somit die Koks-kosten pro t Roheisen gegenüber dem Bestwert um DM 4.35. Die Kos-ten pro t Roheisen erhöhen sich aber nicht nur ent-sprechend, den unterschiedlichen Koks-kosten, sondern auch wegen der geringeren Leistungsfähigkeit des Hoch-

ofens. Da es länger dauert, eine grössere Menge Koks durch den Hochofen durchzusetzen, hat ein Ansteigen des Koksverbrauches ein Sinken der Roheisenproduktion zur Folge. Sind, wie in dem obigen Beispiel, die Kokslieferungen unterschiedlicher Qualität, so ist auch der Hochofen jeweils auf die gerade verwendete schlechteste Koksqualität einzustellen, wodurch es häufig zur Vergeudung hochwertigen Kokses kommen muss.

Ein weiterer Grund zur Verflechtung Kohle - Stahl ist der eines energiewirtschaftlichen Verbundes. Sowohl bei der Koks- als auch bei der Roheisenherstellung entstehen grosse Gasmengen als Nebenprodukte, die man früher nutzlos abfackelte. Bei der Verkokung fallen pro t Koks 130 cbm Starkgas, bei der Roheisenherstellung 2500 cbm Gichtgas (Schwachgas) pro t Roheisen an. Die Verbundwirtschaft stellt nun die Verwertung dieser Gase unter den Gesichtspunkt der Erzielung des grössten Nutzens, indem das minderwertige Gichtgas in der Kokerei für die Beheizung der Koksöfen Verwendung findet, während das bei der Verkokung anfallende Starkgas wertvolleren Zwecken im Hüttenwerk zugeführt wird. Der Gasaustausch zwischen Kokerei und reinem Hochofenwerk kann dabei noch nicht die gesamten anfallenden Mengen Gas verwerten. Da aber gerade in den auf die Roheisenerzeugung folgenden Produktionsstufen für die metallurgischen Prozesse der Stahlgewinnung und für die Weiterverarbeitung des Stahls im Walzwerk ausserdem noch für den mechanischen Antrieb grosse Energiemengen benötigt werden, fördert die Verbundwirtschaft auch die vertikale Verflechtung weiter nach oben. Diese letzte Art der Verflechtung ist ausserdem wegen des Arbeitens in einer Hitze notwendig.

Da die aufeinanderfolgenden Produktionsstufen unter Hitze abgewickelt werden müssen, stellt jede Unterbrechung und Abkühlung eine Energieverschwendung dar. Damit bestimmt die Technik hauptsächlich aus energiewirtschaftlichen Gesichtspunkten den Aufbau eines integrierten Hüttenwerkes, welches aus Kokerei, Hochofen, Stahl- und Walzwerk bestehen sollte. In dieser Kombination bleibt dann immer noch ein Gasüberschuss von ca. 10%, der unter Umständen die Angleiderung weiterer Betriebe anregt.

Zu den hier aufgeführten Gründen für einen Zusammenschluss kommt noch hinzu, dass durch eine weitgehende vertikale Fusion ein innerbetrieblicher Ausgleich der Kosten erfolgen kann. Die oft nicht mehr durch Preise gedeckten Kosten der Kohle- und Roheisenerzeugung können in den weiterverarbeitenden Werken aufgefangen werden. So ist es möglich, dass auch unrentable Zechen noch weiter bestehen können, nur weil die Stahlindustrie diese zusätzlichen Kosten gern im Interesse einer gleichmässigen und gleichartigen Versorgung auf sich nimmt.

Neben der vertikalen Konzentration sind auch die horizontalen Zusammenschlüsse für das Ruhrgebiet von Wichtigkeit:

Zur horizontalen Verflechtung Stahl/Stahl führt vor allem die Tatsache, dass gewisse Anlagen, z.B. grosse Walzstrassen, gar nicht von einem mittleren Werk finanziert und ausgenutzt werden können. Auf dem Sektor Kohle sind für horizontale Zusammenschlüsse drei Gründe zu nennen:

Einmal erschwert eine zu enge Kohlenbasis das Sortenproblem der angeschlossenen Kokereien.

Zum andern ist gerade im Kohlenbergbau ein weitgehender technischer Zusammenschluss wünschenswert. Insbesondere handelt es sich hierbei darum, eine grosse Anzahl von überalterten Anlagen mit begrenzter Kapazität durch eine kleinere Anzahl moderner Anlagen mit grosser Kapazität zu ersetzen (Abbauschächte, Wäschereien, Kraftwerke).

Zum dritten kann ein gewisser finanzieller Zusammenschluss dazu beitragen, die Verwirklichung der erforderlichen Investitionen und die Intensivierung der technischen Forschung zu erleichtern.

Aus den oben angeführten Gründen ist ersichtlich, welche Bedeutung die Zusammenschlüsse für die deutsche Montanindustrie und auch für den Bergbau haben. Daher hatte in Deutschland, wie übrigens auch in allen anderen Ländern, gegen Ende des letzten Krieges die horizontale wie die vertikale Konzentration eine sehr hohe Stufe erreicht. Diese grossen Konzerne wurden von den Besatzungsmächten in den Jahren 1945 und 1946 nach dem Kontrollratsgesetz Nr. 52 beschlagnahmt. Gemäss dem Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission vom 16. Mai 1950 wurde dann eine weitgehende Entflechtung der Eisen- und Stahlindustrie und des Kohlenbergbaues vorgenommen, was der deutschen Montanindustrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit einen empfindlichen Schlag versetzte. Für die Montanindustrie war es daher von grosser Wichtigkeit, welche Haltung die Hohe Behörde zu den Bestrebungen einnahm, wieder grössere Einheiten herzustellen. Es ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass trotz der weitverbreiteten gegenteiligen Meinung der Vertrag diese

durch die alliierte Gesetzgebung in Deutschland vorgeschriebene Entflechtung nicht verewigen sollte und auch nicht konnte. Nach Artikel 66 § 2 Absatz 4 hat nämlich die Hohe Behörde bei der Würdigung eines Antrages auf Genehmigung dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung entsprechend zu handeln und die Grösse der innerhalb der Gemeinschaft bestehenden Unternehmen gleicher Art zu berücksichtigen. Die entflochtenen Unternehmen fielen daher mit dem Augenblick der Aufhebung der Beschlagnahme unter Artikel 66 des Vertrages und hatten Anspruch auf Gleichbehandlung mit den anderen Unternehmen der Gemeinschaft.

Dementsprechend hat auch die Hohe Behörde gehandelt und die Zusammenschlussbestrebungen der deutschen Montanindustrie durchaus günstig beurteilt. Es wurde bisher auch noch kein Antrag abgelehnt. So fanden in der Bundesrepublik bis Mai 1957 bereits 15 Zusammenschlüsse von insgesamt 31 in der gesamten Gemeinschaft statt.¹⁾

Man kann also sagen, dass es durch den Montanvertrag der deutschen Montanindustrie möglich wurde, aus dem Stadium der Entflechtung herauszukommen und die notwendigen Zusammenschlüsse wieder durchzuführen. Somit konnte auch sie wieder in den Genuss der betriebswirtschaftlichen Vorteile gelangen, die sich aus solchen Zusammenschlüssen ergeben und über die oben ausführlich gesprochen wurde.

1) Fayat Henri, Bericht über Zusammenschlüsse von Unternehmen in der Gemeinschaft, Dok.Nr. 26, 1956/57, Luxemburg Mai 1957, S.15.

128. Der Werkselbstverbrauch

Die oben aufgeführten Tendenzen zum Zusammenschluss Kohle - Stahl sind - wie ausgeführt wurde - unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass man die Rohstoffversorgung in qualitativer und quantitativer Hinsicht sichergestellt sehen will. Die Hüttenwerke verbrauchen also den grössten Teil der Förderung - oft sogar die gesamte Förderung - ihrer Zechen in eigenen werken. Dieser Absatz der Kohle direkt an die Hütte ohne Einschaltung des Marktes wird Werkselbstverbrauch genannt.

Da die Hohe Behörde für eine geordnete Versorgung des Marktes Sorge tragen muss, war sie aber darauf bedacht, dass durch den Werkselbstverbrauch nicht zu grosse Mengen der billigen Ruhrkohle vom Markt ferngehalten wurden. Daher wurde die Handhabung des Werkselbstverbrauches in Deutschland durch besondere Bestimmungen geregelt, die naturgemäss nur bei Mangellage von Bedeutung sind. Die Bestimmungen über den Werkselbstverbrauch wurden gemäss Entscheidung 8/56¹⁾ von dem Normenausschuss der Ruhrzechen ausgearbeitet und der Hohen Behörde zur Genehmigung gemäss Artikel 65 § 2 vorgelegt. Es ginge zu weit, die Einzelheiten der komplizierten Bestimmungen hier genau zu untersuchen. Im Prinzip enthalten sie folgende Regelung:

Die Gesamtmenge des Werkselbstverbrauches wird nach einer Referenzmenge festgestellt. Diese umfasst die doppelte Menge von 6 aufeinanderfolgenden Monaten des Jahres 1955. Sie kann erhöht werden, wenn infolge Ausweitung des Werkes nachweislich der Bedarf gestiegen ist (z.B. wenn ein neuer Hochofen errichtet wird).

1) Amtsblatt der EGKS 77/56

Die Gesamtabnahmemenge wird unterteilt in eine Festmenge, die 80% der Gesamtmenge ausmacht, und eine Zusatzmenge in Höhe der restlichen 20%.

Die Festmenge in Höhe von 80% des Gesamtbedarfs steht dem Werk grundsätzlich zu, muss aber auch bei Absatzschwierigkeiten vom Werk abgenommen werden. Die Zusatzmenge ist variabel und ihre endgültige Höhe wird jährlich festgesetzt. Grundsätzlich soll sie sich in dem Verhältnis ändern, wie sich die Zuteilungen an die übrige Industrie ändern. Erhält die übrige Industrie z. B. nur 90% der Vorjahresmenge, so darf das Werk auch bloss 90% seiner Zusatzmenge des Vorjahres im Werksebstverbrauch beanspruchen. Über die festgesetzte Höhe des Werksebstverbrauches muss bis zum 10. April des laufenden Kohlenwirtschaftsjahres die Hohe Behörde unterrichtet werden und am 10. April, 10. Juli, 10. Oktober, 10. Januar eines Jahres müssen die im abgelaufenen Vierteljahr gelieferten Mengen, sowie Einzelheiten über einen etwaigen Austausch der Lieferungen gemeldet werden. Wegen der verstärkten Mangel- lage wurde den Werken im Kohlenwirtschaftsjahr 1956/57 aber nur 40% der Zusatzmenge des Vorjahres zugebilligt, während die übrige Industrie 90% ihres Bedarfs der Vorjahre erhielt. Im Kohlenwirtschaftsjahr 1957/58 wurde die Zusatzmenge nochmals um 50% gegenüber 1956/57 reduziert, wohingegen die übrige Industrie wieder 90% der Menge von 1956/57 erhielt, wie folgende Übersicht zeigt:¹⁾

Verbrauch im Kohlenwirtschaftsjahr 1956/57

Haushalte	107% vom Jahresdurchschnitt 1953 - 1955
Industrie	90% vom Jahresdurchschnitt 1953 - 1955
Werksebstverbrauch	40% von der Zusatzmenge 1955

1) Nach Angaben der Hohen Behörde

Verbrauch im Kohlenwirtschaftsjahr 1957/58

Haushalte	104% vom Jahresdurchschnitt 1956/57
Industrie	90% vom Jahresdurchschnitt 1956/57
Werksebstverbrauch	50% der verbliebenen Zusatzmenge von 1956/57

Im Werksebstverbrauch erhielten die Werke 1957/58 also nur 84% ihrer Referenzmenge. Demgegenüber aber stieg der effektive Bedarf mindestens um 16%, so dass der Gesamtbedarf 116% der Referenzmenge betrug. Umgerechnet erhielten die Werke also nur ca. 72% ihres Gesamtbedarfs im Werksebstverbrauch.

Die restlichen 28% mussten die Werke mit teurer Importkohle decken, obwohl ihre eigenen Zechen genügend Kohlen förderten. Praktisch wurde es aber so gehandhabt, dass die Werke für die fehlenden 28% ihres Bedarfs die teure Importkohle kauften, diese den Verkaufsgesellschaften dann an Stelle der von ihnen abzugebenden Ruhrkohle zum Preise der billigen Ruhrkohle zur Verfügung stellten. Für die Verkaufsgesellschaften und Abnehmer war es gleichgültig, ob sie Ruhrkohle oder Importkohle bekamen, wenn nur der Preis der Ruhrkohle bezahlt werden musste. Für die Werke hatte es den Vorteil, dass sie ihre eigenen Kohlen verarbeiten konnten und damit den Schwierigkeiten von wechselnden Sorten aus dem Wege gingen. Ausserdem wurden die Transportkosten von der Küste ins Ruhrgebiet gespart, da die Importkohle gleich Verbrauchern an der Küste zugestellt wurde. Dafür aber mussten die Werke den Mehrbetrag tragen, um den die Importkohle gegenüber der Ruhrkohle teurer war.

Diese Einschränkungen des Werksebstverbrauches sind aber nicht die Folge einer Bestimmung, sondern einer

Vereinbarung zwischen den betreffenden Werken und dem Normenausschuss. Die Werke wurden zu diesem Verzicht aber mehr oder weniger gezwungen, da die Hohe Behörde drohte, die Mangellage nach Artikel 59 zu erklären. Das hätte zur Folge gehabt, dass die Verteilung der gesamten Förderung von der Hohen Behörde vorgenommen worden wäre und die Werke kein Mitspracherecht gehabt hätten, wie im folgenden Kapitel noch näher ausgeführt werden wird.

Im vorigen Kapitel wurde gesagt, dass durch den Montanvertrag der Industrie die Möglichkeit zu Zusammenschlüssen wieder gegeben wurde und die Stahlindustrie so in die Lage gekommen ist, sich zur Sicherung Ihrer Rohstoffversorgung eigene Zechen anzugliedern. Wie aus den obigen Ausführungen aber hervorgeht, wird diese Möglichkeit durch die Bestimmungen über den werk-selbstverbrauch weitgehend eingeschränkt. Danach war es in den vergangenen Jahren wegen der Versorgungsschwierigkeiten den Werken nicht gestattet, ihren ganzen Bedarf aus der Förderung der eigenen Zechen zu decken, obwohl dies technisch möglich gewesen wäre. Eine weitere Einschränkung erhält die Möglichkeit der Rohstoffversorgung durch eigene Zechen noch durch die Vorschriften des Artikels 59.

129. Die Eingriffe in Krisenzeiten

Der Artikel 59 besagt, dass im Falle einer ernsten Mangellage, bei der indirekte Massnahmen nach Artikel 57 nicht mehr genügen, die Hohe Behörde direkte Massnahmen ergreifen kann, d.h. selbst einen Plan zur Verteilung des Aufkommens dem Rat zur einstimmigen Be-

schlussfassung vorlegen kann. Kommt ein einstimmiger Beschluss nicht zustande, so bestimmt die Hohe Behörde selbst die Verteilung auf die Mitgliedstaaten unabhängig vom Standort der Erzeugung. Innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten übernimmt die Verteilung die jeweilige Regierung.

Für den Fall solcher Entscheidung sind also sämtliche Lieferpläne und Übereinkommen über den Werksebstverbrauch hinfällig. "Unabhängig vom Standort der Erzeugung" d.h., nur nach dem Gesichtspunkt der gleichmässigen und nicht der wirtschaftlichen Verteilung wird die Planung erfolgen. Dadurch würden auch sämtliche Vorteile des Werksebstverbrauches wegfallen, da die Werke über ihre eigene Kohle nicht mehr bestimmen können. So erklärte der französische Ministerpräsident vor der Nationalversammlung, dass Deutschland im Falle einer Mangellage das wenige, was ihm von der Verbindung Kohle - Eisen verblieben ist, verliert. In dieser Lage gibt es keine Bindung Kohle an das Werk mehr.¹⁾

Somit sind solche Zusammenschlüsse sinnlos, die nur dazu dienen, für den Fall von Versorgungsschwierigkeiten eigene Rohstoffquellen zu besitzen, da im Fall einer ernsten Mangellage diese Verbindung aufgelöst wird.

Der Artikel 59 stellt also für die Hohe Behörde ein Instrument für sehr weitgehende dirigistische Massnahmen dar, zumal es letzten Endes bei der Hohen Behörde liegt, zu entscheiden, ob Mangellage herrscht oder nicht. Diese Frage war bereits einmal Gegenstand weitgehender Untersuchungen Ende 1956, als

1) Hahn, a.a.O., Der Schumann-Plan S. 85

die Importkohle durch das Ansteigen der Frachtenraten unverhältnismässig teuer wurde. Auf Wunsch der Beteiligten und auf Grund eines einstimmigen Appells an die Hohe Behörde durch die Gemeinsame Versammlung sah die Hohe Behörde damals von der Erklärung der Mangellage ab. Stattdessen wurden von allen Ländern Lieferpläne aufgestellt, wie es an der Ruhr üblich war, und der deutsche werkselbstverbrauch schränkte sich noch mehr ein als die übrige Industrie (siehe oben). Man kam damals zu der Meinung, dass keine Mangellage herrsche, solange jede Menge importiert werden könne, wenn auch der Preis für die importierte Kohle unverhältnismässig hoch wäre.

Wie bei der Mangellage, so hat die Hohe Behörde auch nach Artikel 58 Eingriffsmöglichkeiten bei Absatzkrisen, d.h. sie kann mit Zustimmung des Rates Erzeugungsquoten festsetzen. Sie kann weiter bestimmen, dass die Unternehmen, die die Erzeugungsquote überschreiten, eine Umlage auf die zuviel erzeugte Menge bezahlen müssen. Die Beträge sollen dann zur Unterstützung der Unternehmen verwandt werden, die von der Krise besonders betroffen werden. Bislang hat die Hohe Behörde von dieser Möglichkeit des Artikels 58 keinen Gebrauch gemacht. Sie hat es bisher den einzelnen Organisationen der Reviere überlassen, zeitweise Krisen auf Grund eigener Abmachungen zu überwinden, die allerdings der Genehmigung der Hohen Behörde gegebenenfalls bedürfen. Es sei hierbei auf die Krise von 1958 verwiesen, bei der es die Hohe Behörde z.B. weitgehend den Absatzorganisationen des Ruhrgebietes und dem Unternehmensverband Ruhrbergbau überliess, eine Regelung zu finden.

Diese in der Handhabung des Artikels 58 und 59 gezeigte Haltung der Hohen Behörde ist durchaus zu begrüßen. Gerade bei den Artikeln 58 und 59 hängt es sehr viel von der Einstellung der Hohen Behörde ab, inwieweit es zu dirigistischen Massnahmen kommt oder nicht. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Hohe Behörde sich ihre zurückhaltende Einstellung bewahrt und den einzelnen Unternehmen auch weiterhin weitgehend die Entscheidung über ihre Betriebspolitik überlässt und auch dann nicht sofort meint eingreifen zu müssen, wenn es schwierige Zeiten gibt. Die Unternehmen selbst und die sonstigen Beteiligten sollten aber auch die Haltung aufbringen, nicht nur in guten Zeiten bemüht zu sein, ihre Eigenverantwortlichkeit zu bewahren, sondern auch in krisenhaften Perioden nicht sofort nach Unterstützung rufen. Es geht nicht an, dass man einerseits in guten Zeiten das Eingreifen der Hohen Behörde ablehnt und sie andererseits zu Hilfe ruft, wenn man meint, allein nichts mehr machen zu können. wie so oft, so ist auch hier ein gesunder Mittelweg das vorteilhafteste für alle Beteiligten.

13. Abschliessende Stellungnahme

Will man die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf dem Gebiet des Absatzes, die sich aus der Tätigkeit der Hohen Behörde ergeben, zusammenfassend beurteilen, so kommt man zu folgender Feststellung:

Der im Vertrag vorgeschriebene Wegfall der Zölle und Kontingente war für den Bergbau weniger interessant. Zölle bestanden schon seit langem nicht mehr. Der Wegfall der Kontingentierungen allerdings ermöglichte ihm, günstig gelegene Absatzgebiete für sich zu gewinnen.

Bezüglich der Preise ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Preishoheit von der Regierung der Bundesrepublik auf die Hohe Behörde übergegangen ist. Dies ergab für den einzelnen Betrieb vorerst keine wesentliche Änderung, da vor wie nach Höchstpreise bestanden. Im Laufe der Zeit aber lockerte die Hohe Behörde die Höchstpreisbestimmungen und gab formell den Preis frei, obwohl sie sich weiterhin die Kontrolle vorbehalten hat. Auch auf die ursprünglich noch notwendigen Lieferpläne verzichtete die Hohe Behörde schliesslich. Die individuelle Preisstellung dagegen wurde unmöglich gemacht, da allen Abnehmern gleiche Preise gewährt werden müssen. Durch die lange Frist bis zur Inkrafttretung neuer Preislisten ergibt sich eine gewisse Erschwerung in der Absatzpolitik der Unternehmen. Nach jahrzehntelanger Dauer einer Höchstpreispolitik wurde den Einzelbetrieben jedoch wieder etwas Bewegungsfreiheit in ihrer Preis- und Absatzpolitik gegeben. Es muss aber festgestellt werden, dass diese jederzeit wieder eingeschränkt werden kann und die Hohe Behörde befugt ist, zum alten System der

Höchstpreise zurückzukehren.

Im engen Zusammenhang mit den Preisen stehen auch die Subventionen und Sonderlasten, da diese die Kosten weitgehend beeinflussen können. Für den Ruhrbergbau bewirkte das Eingreifen der Hohen Behörde den Wegfall der Lasten, die er durch die Gewährung von Schonpreisen zu tragen hatte. Demgegenüber aber muss er die Beiträge zur knappschaftlichen Rentenversicherung in voller Höhe wieder selbst tragen.

Auch die Frachttarife hängen mit den Preisen aufs engste zusammen, da sie die Einstandspreise bei den Abnehmern erheblich beeinflussen können. Durch den Wegfall diskriminierender Tarifbestimmungen und durch die Einführung direkter internationaler Eisenbahntarife wurde einerseits eine Gleichstellung aller in vergleichbarer Lage befindlichen Abnehmer erreicht, andererseits hatte diese Massnahme auch umfangreiche Tarifsenkungen zur Folge.

Durch alle diese den Absatz beeinflussenden Massnahmen wurde eine allgemeine Verschiebung des Absatzes hervorgerufen, die sich auch für den Ruhrbergbau bemerkbar machte. So wurde ihm die Absatzmöglichkeit in dem niederländischen Raum erleichtert, dagegen wurde in Süddeutschland die französische und saarländische Konkurrenz spürbarer.

Die Bestimmungen des Kartellverbotes hatten für den Ruhrbergbau die Folge, dass die GeOrg aufgelöst wurde und drei neue Verkaufsgesellschaften gegründet werden mussten, deren Absatz nur in einzelnen Punkten durch ein Gemeinsames Büro koordiniert werden darf. Dieses

hat in erster Linie organisatorische Schwierigkeiten zur Folge, während sich marktwirtschaftlich nicht viel geändert hat, da die Verhältnisse einfach zu gemeinsamen Aktionen zwingen.

Erleichterung erhielt die gesamte deutsche Montanindustrie durch die Vorschriften über die Zusammenschlüsse, da es ihr nun möglich wurde, die vorher entflochtene Verbundwirtschaft wieder aufzubauen. Die Vorteile, die sich aus dem Verbund Stahl - Kohle ergeben, werden aber teilweise - wenigstens so weit es die Versorgung mit Kohle betrifft - durch die Bestimmungen über den Werksebstverbrauch abgeschwächt. Die Bestimmungen des Artikels 59 über die Möglichkeit der Hohen Behörde bei Mangellage kann derartige Vorteile ganz aufheben.

Bislang hat die Hohe Behörde aber weder bei Absatzkrisen, noch bei Mangellage den Einzelbetrieben tiefgreifende Vorschriften gemacht, sondern die Lösung der Probleme ihnen weitgehend selbst überlassen.

Im ganzen kann man zu dem Urteil kommen, dass sich die Tätigkeit der Hohen Behörde auf dem Gebiet des Absatzes für den Ruhrbergbau betriebswirtschaftlich gesehen in einigen Dingen zwar ungünstig ausgewirkt hat, dass auf der anderen Seite aber auch durchaus betriebswirtschaftliche Vorteile zu verzeichnen sind.

2. Die Auswirkungen auf die Investitionen

21. Die allgemeine Lage im deutschen Bergbau

Nachdem die Probleme des Wettbewerbes und Absatzes genauer untersucht worden sind, also Faktoren, die von der Marktseite auf den Einzelbetrieb zukommen, sollen nun die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital einer genauen Betrachtung unterzogen werden. Bekanntlich ist der Steinkohlenbergbau einer der arbeitsintensivsten Industriezweige, wenn man von der Kostenrechnung ausgeht. Allein über 50% der Gesamtkosten sind Arbeitskosten, wodurch schon die besondere Bedeutung des Faktors Arbeit hervorgehoben wird. Auf die Auswirkungen, die die Errichtung der Montanunion auf dem Gebiet der Arbeitskraft hat, soll aber in einem anderen Kapitel näher eingegangen werden.

Neben dem Faktor Arbeit spielt jedoch der Faktor Kapital im Bergbau eine kaum geringere Rolle. Von der Kostenrechnung aus gesehen haben die Kapitalkosten einschliesslich Abschreibungen zwar einen weit geringeren Umfang als die Arbeitskosten, doch ist dies nicht auf eine geringe Kapitalanlage, sondern auf die Langfristigkeit der Kapitalanlage zurückzuführen, was naturgemäss einen geringeren Abschreibungssatz zur Folge hat. Legt man die Bilanz eines Bergwerkes der Betrachtung zugrunde, so kann man mit vollem Recht auch von einem kapitalintensiven Industriezweig sprechen. So verhält sich z.B. im Bergbau das Anlage- zum Umlaufkapital wie 5 : 1, im Gegensatz z.B. zur chemischen Industrie, wo das Verhältnis ca. 1 : 1 beträgt. Ein ähnliches Bild zeigt der Ver-

gleich dieser beiden Industriezweige, wenn man den Jahresumsatz dem betriebsnotwendigen Kapital gegenüberstellt. So verhält sich Umsatz zu betriebsnotwendigem Kapital 1) beim Bergbau wie 1 : 2,4, dagegen in der chemischen Industrie ca 1 : 1. Aus diesen wenigen Zahlen ist schon ersichtlich, welche Bedeutung das Kapital und insbesondere das Investitionskapital für den Bergbau hat. Gerade von dieser Seite her aber sah sich der Bergbau nach dem Krieg vor allergrössten Schwierigkeiten. Durch den Krieg waren viele Anlagen zerstört, andere überaltert und kaum noch zu verwenden, so dass der Bergbau einen grossen Investitionsbedarf hatte. Demgegenüber wurden aber alle verfügbaren Kapazitäten unbedingt benötigt, um wenigstens den dringendsten Bedarf an festen Brennstoffen decken zu können. Nach marktmässigen Überlegungen wäre dieser grosse Bedarf eine ideale Voraussetzung gewesen, um über den Preis die nötigen Investitionsmittel hereinzuholen, doch war der Kohlenpreis seit Jahren gebunden und brachte den Zechen oft nicht einmal eine Deckung der betriebsnotwendigen Abschreibungen und des Kapitaldienstes. Durch das Investitionshilfegesetz wurde versucht, dem Bergbau die Investitionen durch Selbstfinanzierung zu erleichtern, indem man ihm Sonderabschreibungen zubilligte. Betriebswirtschaftlich gesehen waren die Summen dieser Sonderabschreibungen jedoch nur kurzfristige, zinslose Darlehen, die nach kurzer Zeit wieder fällig wurden, da durch die Sonderabschreibungen praktisch nur eine Verschiebung des steuerpflichtigen Gewinns um einige Jahre ermöglicht wurde. Auch die durch die Investitionshilfe aufgebrachten Kapitalien waren bei dem grossen Kapitalbedarf des Bergbaues nur ein Tropfen auf den heissen Stein, zumal nur 1/5 der aufgebrachten Mittel, d.h. 188 Millionen von 1 Milliarden DM dem Bergbau zur Verfügung gestellt wurde.

1) Definition "betriebsnotwendiges Kapital" siehe S.171

Die Hauptkapitelquelle, nämlich der Kapitalmarkt, war aber ebenfalls für den Bergbau schwer zugänglich. Gegenüber den anderen Industriezweigen war der Bergbau längst nicht so ertragreich und bot für Kapitalgeber keinen grossen Anreiz. Ausserdem hingen und hängen auch heute noch die Sozialisierungsbestrebungen einiger politischer Kreise immer drohend über dem Bergbau und halten manchen Kapitalgeber davon ab, sein Geld im Bergbau anzulegen.

Aus all diesen Gründen kann man wohl voller Berechtigung beim Bergbau von einem "chronischen Kapitalmangel" sprechen, der sich sehr negativ auf den Bergbau auswirkte. Die Folge war, dass die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Steinkohlenbergbau weit hinter der der übrigen Industriezweige zurückblieb. Während die Arbeitsproduktivität nach Angaben des statistischen Bundesamtes von 1950 bis 1954 in der gesamten Industrie um 29% - im Fahrzeugbau z.B. um 61,5% - gewachsen war, hatte sie sich im Steinkohlenbergbau in dieser Zeit nur um 7,7% erhöht. Ein Vergleich mit den in Frankreich getätigten Investitionen zeigt ebenfalls ein starkes Zurückbleiben des deutschen Steinkohlenbergbaues. Nach Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau in Essen verhalten sich die Investitionen wie folgt:

Investitionen im westeuropäischen Kohlenbergbau in DM/t

Jahr	Ruhrgebiet	Frankreich
1948	2,97 (ab 21.6.)	13,63
1949	3,70	15,67
1950	3,34	14,66
1951	4,03	14,73
1952	5,71	21,61
1953	6,67	20,83
1954	7,15	18,10

Die Lösung des Problemes, wie der Bergbau mit dem chronischen Kapitalmangel fertig werden soll und wie die wenigen vorhandenen Mittel am besten eingesetzt werden können, ist also zu einer Lebensfrage des Bergbaues geworden. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass seit der Gründung der EGKS die Befugnisse und Haltung der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Investitionen mit sehr grosser Aufmerksamkeit verfolgt wurden. Welche Mittel zur Beeinflussung der Investitionen stehen nun der Hohen Behörde zur Verfügung und in welcher Weise hat sie diese Mittel gehandhabt?

22. Die Begriffsbestimmung Investitionen

Bevor man diese Frage näher untersuchen kann, muss man sich über den Begriff "Investitionen" im Klaren sein, wie er in den folgenden Kapiteln verstanden werden soll. Der Verfasser schliesst sich in seiner Definition der Begriffsbestimmung der Hohen Behörde an, die allerdings nicht genau mit der in der Betriebswirtschaft allgemein üblichen Erklärung des Begriffs "Investitionen" übereinstimmt. Die Hohe Behörde sagt:¹⁾

Investitionsaufwendungen sind die gebuchten oder zu buchenden Aufwendungen, die auf der Aktivseite der Bilanzen als Bestandteil des Anlagevermögens in dem jeweiligen Beobachtungsjahr erscheinen, ausgenommen bei den Schachtanlagen der Steinkohlengruben und den Zechenkraftwerken, bei denen die einzutragenden Aufwendungen diejenigen sind, die auf der Aktivseite der Bilanzen, in Anwendung der in Dokument AM 43 enthaltenen "Richtlinien für die Berechnung der Abschreibung der Investitionsgüter im Kohlenbergbau der EGKS", eingetragen worden sind bzw. einzutragen wären.

Nicht als Investitionsaufwendungen gelten jedoch der Bau von Arbeiterwohnungen, der Erwerb von Beteiligungen sowie die Investitionen, die sich nicht unmittelbar auf die Erzeugnisse des Vertrages beziehen (andere chemische und synthetische Erzeugnisse als die herkömmlichen Kohlenwertstoffe der Kokereien, Formguss, Röhren usw.).

1) EGKS, Hohe Behörde: Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft Juli 1956, Anlage 1

23. Die rechtlichen Grundlagen der Einflussnahme durch
die Hohe Behörde

Nach Artikel 3 G des Vertrages haben die Organe der Gemeinschaft unter anderem die Aufgabe, die geordnete Ausweitung und Modernisierung der Erzeugung sowie die Verbesserung der Qualität zu fördern, wobei sie nach Art. 3 c aber darauf zu achten haben, dass auch bei der Forderung nach niedrigsten Preisen die erforderlichen Abschreibungen ermöglicht werden und den hereingenommenen Kapitalien normale Verzinsungsmöglichkeiten geboten werden können. Desweiteren sollen die Voraussetzungen erhalten bleiben, die einen Anreiz für die Unternehmen bieten, ihr Produktionskapital auszubauen und zu verbessern (Artikel 3 d). Hierdurch ist die Wirkungsweise der Organe schon insofern festgelegt, als ihre Betätigung nicht nur auf eine geordnete Versorgung des Marktes ausgerichtet sein soll, sondern ebenfalls die betriebswirtschaftliche Forderung nach Rentabilität lt. Vertrag berücksichtigt werden muss. Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden den Organen der Gemeinschaft durch den Vertrag verschiedene Mittel gegeben. Allgemein werden diese dargelegt in Artikel 5 des Vertrages, wo es unter anderem heisst: Die Gemeinschaft erfüllt ihre Aufgabe unter den in diesem Vertrag vorgesehenen Bedingungen durch begrenzte Eingriffe. Zu diesem Zweck

erhält und erleichtert sie das Handeln der Beteiligten dadurch, dass sie Auskünfte einholt, für Beratungen sorgt und "Allgemeine Ziele" bestimmt,

stellt sie den Unternehmen Finanzierungsmit-
tel für ihre Investitionen zur Verfügung und
beteiligt sich an den Lasten der Anpassung,

gibt sie Gründe für ihr Handeln bekannt und ergreift Massnahmen, die erforderlich sind, um die Beachtung der Bestimmungen des Vertrages zu gewährleisten.

Man kann also sagen: Grundsätzlich sind der Hohen Behörde nur begrenzte Eingriffe gestattet. Die letzte Verantwortung für die betrieblichen Belange verbleibt bei den Unternehmen. Deswegen darf man ihnen auch grundsätzlich die Entscheidungsfreiheit nicht beschneiden, denn schliesslich geht es nicht an, dass eine Stelle die Entscheidungen trifft, während ein anderer Personenkreis für diese Entscheidungen verantwortlich zeichnet. Der Hohen Behörde verbleibt also nur eine ordnende und koordinierende Tätigkeit, die gleichermassen die Belange des Marktes wie auch die der Einzelbetriebe berücksichtigen muss. Die Eingriffsmöglichkeiten selbst lassen sich in zwei grosse Gruppen scheiden: Einmal die der indirekten Massnahmen über Beratung und Unterrichtung, zum anderen die direkten Massnahmen der finanziellen Unterstützung einzelner bestimmter Projekte.

Bei allen ihren Massnahmen aber ist die Hohe Behörde gebunden an die Vorschriften des Vertrages und, was nicht weniger wichtig ist, an die einmal von ihr aufgestellten und veröffentlichten Ziele. Zur Aufstellung dieser Allgemeinen Ziele ist sie verpflichtet nach Artikel 46, in dem es heisst, dass die Hohe Behörde im Benehmen mit den Regierungen, den verschiedenen Beteiligten (Unternehmer, Arbeitnehmer, Verbraucher und Händler) und ihren Verbänden in regelmässigen Zeitabständen allgemeine Ziele für die Modernisierung, die Orientierung der Fabrikation auf lange Sicht und die Ausweitung der Produktionskapazität anzugeben hat, die sie nach Artikel 46 Absatz 4 veröffentlichen muss.

24. Die indirekte Einflussnahme auf die Investitions- tätigkeit

241. Die Meldungen an die Hohe Behörde

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben auf dem Gebiet der Investitionen, sei es durch indirekte oder direkte Massnahmen, ist es erforderlich, dass die Hohe Behörde genauestens über die Lage unterrichtet ist. Deshalb ist ihr in Artikel 47 zugebilligt worden, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte einzuholen, deren Hergabe sie sogar durch Geldbussen erzwingen kann, und die erforderlichen Nachröpfungen vornehmen zu lassen.

So führt die Hohe Behörde zu Beginn eines jeden Jahres unter Verwendung sogenannter x-y- und z-Vordrucke Erhebungen über die abgeschlossenen, die laufenden und die geplanten Investitionen durch. Stichtag ist der 1. Januar.

In den Investitions-Umfragebögen x wird getrennt nach
Schachtanlagen (Bogen x 1),
Kokereien (Bogen x 2),
Brikettfabriken (Bogen x 3),
Zeichenkraftwerken u. sonstiger Energiewirtschaft (Bogen x 4)
eine Aufstellung der Investitionen verlangt, wobei unterschieden wird zwischen

- a) vor dem jeweiligen Stichtag beendete oder in Angriff genommene Investitionen (Kategorie A),
- b) beschlossene aber am Stichtag noch nicht in Angriff genommene Investitionen (Kategorie B),
- c) andere Investitionen, deren Inangriffnahme für die nächsten 4 Jahre geplant ist (Kategorie C).

In den Investitionsumfragebogen Y wird getrennt nach
Schachtanlagen (Bogen Y 1),
Kokereien (Bogen Y 2),
Brikettfabriken (Bogen Y 3),
Zeckenkraftwerken und Zeckenenergiewirtschaft (Bogen Y 4)

eine Aufstellung der technischen Angaben verlangt, womit vor allem ein Überblick über den Verbrauch und die Erzeugung der jeweiligen Anlagen gewonnen werden soll. Dabei sollen aber nicht nur die neuen Anlagen, sondern sämtliche Anlagen erörtert werden.

In dem Vordruck Z wird von den Unternehmen eine Meldung der Grossobjekte, d.h. Grossanlagen, deren Gesamtkosten bei Neueinrichtung 500 000 Dollar und bei Ersatzbauten und Grundreparaturen 1 Million Dollar überschreiten, verlangt. In diesen Meldungen müssen sowohl genaue technische Angaben über Leistung, Förderung etc. gemacht werden, wie auch genaue Angaben über die zeitliche Planung, die Gestehungskosten, Rentabilität, Absatz, Folge für die Beschäftigung von Arbeitskräften etc. enthalten sein.

Auf Grund dieser Meldungen kann sich die Hohe Behörde ein ziemlich genaues Bild über die Investitionstätigkeit in der Gemeinschaft machen. Über die Meldungen als solche und über die Möglichkeit der Auswirkungen zum allgemeinen Nutzen soll hier noch nicht geurteilt werden, auf jeden Fall aber kann festgestellt werden, dass die Einzelbetriebe erstmalig in so weitgehendem Umfange gezwungen sind, Einzelheiten aus ihren Investitionsplanungen einer ausserbetrieblichen Stelle vorzulegen.

Auf Drängen der Gemeinsamen Versammlung¹⁾ ist die Hohe Behörde aber über diese jährlichen Meldungen noch hinaus gegangen und hat mit der Entscheidung 27/55 vom 20.7.1955²⁾ von dem ihr in Artikel 54 Absatz 3 zugestandenem Recht Gebrauch gemacht und die Unternehmen verpflichtet, gesondert von den jährlichen Meldungen ihre Investitionsvorhaben vor der Inangriffnahme mit genauen Angaben der Hohen Behörde mitzuteilen. Meldepflichtig sind hierbei alle Vorhaben, die gemäss Meldung Z unter den Begriff der Grossprojekte fallen. Lediglich bei Investitionsprogrammen für Öfen zur Stahlerzeugung und Heisswindkupolöfen, die der Stahlerzeugung dienen, ist ohne Rücksicht auf die Höhe der voraussichtlichen Aufwendungen eine vorherige Mitteilung erforderlich, da die Hohe Behörde eine genaue Übersicht über den voraussichtlichen Schrottbedarf haben möchte.³⁾ Ausser der Abgrenzung der Projekte stimmen auch die geforderten Angaben, die 3 Monate vor Beginn der Arbeit der Hohen Behörde übermittelt werden müssen, mit den im Bogen Z geforderten Angaben überein. Es liegt hier also eine doppelte Meldung vor, einmal in Form der jährlichen Z-Meldung, zum andern auf Grund der Entscheidung 27/55. In der Praxis hat sich daher mit Einverständnis der Hohen Behörde die Regelung herausgebildet, dass als Einzelmeldung gemäss Entscheidung 27/55 der Hohen Behörde mitgeteilt werden kann, das mit der Z-Meldung angegebene Vorhaben werde nunmehr in Angriff genommen. Die Entscheidung 27/55 brachte dem Bergbau also in Umfang und Form der Meldungen nichts Neues, denn die zu meldenden Vorhaben wurden schon vor der Entscheidung der Hohen Behörde mitgeteilt. Lediglich wird nun die Hohe Behörde von der

1) Vergleich Entschliessungen der Gemeinsamen Versammlung vom 16.1.54 AB 12.3.1954 Seite 243 u. vom 24.6.1955 AB 23.7.1955 Seite 849

2) Amtsblatt der EGKS 1955 Seite 872 - 873

3) Entscheidung 26/56 vom 19. Juli 1956

wirklichen Inangriffnahme des Projektes nochmals unterrichtet, so dass sie darüber orientiert ist, dass das Projekt wirklich durchgeführt wird, wohingegen die jährliche Z-Meldung eine wirkliche Durchführung des Vorhabens noch nicht verbürgt. Die Einzelmeldungen als solche sind also lediglich eine Ergänzung der jährlichen Meldung.

242. Die Stellungnahmen

Eine grundlegende Neuerung gegenüber den jährlichen Meldungen ist bei den Meldungen nach Entscheidung 27/55 aber die Tatsache, dass die Hohe Behörde gemäss Artikel 54 Absatz 4 und 5 Stellungnahmen zu den Vorhaben abgeben kann bzw. unter gewissen Voraussetzungen diese sogar abgeben muss. Zu einer Stellungnahme verpflichtet ist die Hohe Behörde,

- a) wenn das Unternehmen diese ausdrücklich verlangt,
- b) wenn die Hohe Behörde feststellt, dass die Finanzierung eines Programmes oder der sich aus dessen Durchführung ergebende Betrieb von Anlagen Subventionen, Beihilfe, Schutzmassnahmen oder Diskriminierungen mit sich bringen würde.

Die Stellungnahmen der Hohen Behörde werden dem betreffenden Unternehmen, sowie der zuständigen Regierung zugestellt. Der Wortlaut einer solchen Stellungnahme lautet z.B.:¹⁾

1) Aus dem Briefwechsel eines westdeutschen Unternehmens

Die Hohe Behörde hat Ihre Investitionsmeldung vom 3. Oktober 1956 über den Bau einer neuen Kokerei mit einer Kapazität von rd. 1.500.000 t Koks jährlich geprüft. In Anbetracht des erhöhten Koksverbrauchs mit den auf Grund der Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie zu rechnen ist, ist die Hohe Behörde der Auffassung, dass dieses Vorhaben in Einklang mit den Allgemeinen Zielen steht.

Es sei hier ausdrücklich nochmals darauf hingewiesen, dass sich die Hohe Behörde bei ihren Stellungnahmen auf die von ihr veröffentlichten Allgemeinen Ziele bezieht, also in ihren Stellungnahmen schon von vornherein an diese Allgemeinen Ziele gebunden ist. Desweiteren sind bei den Stellungnahmen die Unternehmen von den Gründen in Kenntnis zu setzen, damit die Unternehmen auch über die Beweggründe der Hohen Behörde orientiert sind.

Die Stellungnahmen können günstig, ungünstig, gemischt oder mit Vorbehalten oder Warnungen versehen sein. Ein vereinfachender Schematismus kommt bei der Unterschiedlichkeit der Projekte ohnehin nicht in Frage.

Sämtliche von der Hohen Behörde abgegebenen Stellungnahmen werden im Amtsblatt in der Weise veröffentlicht, dass der Name des Unternehmens, die Art des mitgeteilten Programmes und das Datum der Stellungnahme - nicht aber die Art der Stellungnahme selbst, d.h. positiv oder negativ - bekannt gegeben werden. Seit Bestehen der Entscheidung, dem 1. September 1955, sind bis Ende 1957 insgesamt 264 Meldungen über 392 Einzelprojekte eingegangen. Davon wurden bisher 241 geprüft, wobei bei 77 eine Stellungnahme erfolgte.¹⁾

1) Nach Angaben der Hohen Behörde

Mit Ausnahme der unter b) erwähnten, gemäss Artikel 54 Absatz 5 abgegebenen ungünstigen Stellungnahmen, haben die Stellungnahmen für das Einzelunternehmen keinen verbindlichen, sondern nur empfehlenden Charakter. Trotzdem können derartige ungünstige - wenn auch unverbindliche - Stellungnahmen der Hohen Behörde für ein Unternehmen schwerwiegende Folgen haben, wenn z.B. etwaige Kapitalgeber auf Grund der ungünstigen Stellungnahme der hohen Behörde ihr Finanzierungsangebot zurückziehen und so die Finanzierung des Projektes gefährdet ist. Es ist dem Verfasser zwar kein derartiges Beispiel bekannt, doch als Beweis dafür, dass auch die unverbindlichen Stellungnahmen von den Betrieben sehr ernst genommen werden und die Betriebe davon ungünstige Folgen befürchten, mag der Einspruch eines saarländischen Unternehmens beim Gerichtshof wegen einer ungünstigen Stellungnahme gelten. Wenn also von der einen oder anderen Seite behauptet wird, die Stellungnahmen seien für die Einzelbetriebe belanglos, er mache ja doch was er wolle, so muss dem energisch widersprochen werden. Es steht hinter den Stellungnahmen zwar kein Zwang, aber die Autorität der Hohen Behörde, und diese kann von keinem Betrieb verleugnet werden, ohne dass er früher oder später auf Schwierigkeiten stösst.

Bei der Beurteilung der Stellungnahmen soll aber nicht nur die Tatsache gesehen werden, dass dem privaten Unternehmer die Freiheit seiner Investitionsentschlüsse durch die Hohe Behörde eingeschränkt wird. Eine derartige Stellungnahme kann sich auch durchaus positiv für den Betrieb auswirken. Ein Unternehmer, der sich in seinen Investitionsentschlüssen noch nicht klar ist, weil er die Lage nicht genügend beurteilen kann, kann von der Hohen Behörde eine Stel-

lungnahme zu seinen Plänen anfordern. Der Hohen Behörde ist es auf Grund ihres umfangreichen Materials und ihres besseren Überblickes über die Gesamtlage eher möglich, die Nützlichkeit eines solchen Vorhabens zu beurteilen, und sie kann so dem Unternehmen durch ihre Stellungnahme wichtige Hinweise geben. Insbesondere die ungünstigen Stellungnahmen erfolgen ja auch nicht vom Schreibtisch aus, sondern die Vertreter der Hohen Behörde besprechen die Probleme mit den Herren des Unternehmens selbst und machen sich oft auch an Ort und Stelle ein Bild von den geplanten Investitionen. Es ist dem Verfasser durchaus bekannt, dass sich Vertreter der Hohen Behörde von den Unternehmen von der Notwendigkeit eines Vorhabens überzeugen lassen, obwohl sie vorher anderer Ansicht waren. Die Stellungnahme ist also kein Diktat, sondern das Ergebnis einer genauen Untersuchung. So kann also einerseits die Hohe Behörde ein Unternehmen zu einer durchaus günstigen Investition bewegen, es andererseits aber auch vor Fehlinvestitionen bewahren.

Man kann also zusammenfassend sagen: Solange die Stellungnahmen einen beratenden Charakter tragen, können sie sich durchaus positiv für den Betrieb auswirken; erlangen sie aber durch die Autorität der Hohen Behörde ein solches Gewicht, dass eine Nichtbeachtung der Stellungnahme für den Betrieb auf anderen Gebieten schwerwiegende Folgen hat, und hemmen die Stellungnahme so die Investitionsentschlüsse der Unternehmer, so können sie auch durchaus Gefahren in sich tragen, denn schliesslich übernimmt die Hohe Behörde bei ihren Stellungnahmen nicht die Verantwortung für die Folgen, die sich aus den auf Grund der Stellungnahme unterlassenen oder in Angriff genommenen Investitionen ergeben.

243. Die Verbote

Weit bedeutungsvoller als die unverbindlichen Stellungnahmen sind die bereits oben erwähnten Stellungnahmen auf Grund des Artikels 54 Absatz 5, wo es heisst: Stellt die Hohe Behörde fest, dass die Finanzierung eines Programmes oder der sich aus dessen Durchführung ergebende Betrieb von Anlagen Subventionen, Beihilfen, Schutzmassnahmen oder Diskriminierungen mit sich bringen würde, die zu diesem Vertrag im Widerspruch stehen, so gilt die aus diesen Gründen abgegebene ungünstige Stellungnahme als Entscheidung im Sinne des Artikels 14; sie hat zur Folge, dass es dem Unternehmer verboten ist, zur Durchführung des Programmes andere als seine eigenen Mittel zu verwenden. Bei Nichtbeachtung dieses Verbotes sind sogar Geldbussen bis zum Höchstbetrag der für die Durchführung des Programmes unzulässigerweise ausgegebenen Beträge vorgesehen.

Dies ist bereits ein entscheidender Eingriff in die innerbetriebliche Investitionsplanung. Wenn auch beabsichtigt sein mag, dass damit die Errichtung von ungesunden Anlagen erschwert werden soll, so ist es doch immer der Hohen Behörde überlassen, das Urteil zu fällen, ob die Anlage ungesund sein wird oder nicht. Vor allem die Frage, ob die neue Anlage Diskriminierungen mit sich bringen wird, ist so schwierig zu beantworten, dass die Gefahr von Fehlentscheidungen nicht von der Hand zu weisen ist.

Bisher sind dem Verfasser zwar keine derartigen Entscheidungen bekannt, aber da die Möglichkeit dazu durchaus besteht, ist es an dieser Stelle erforderlich, auch auf die Auswirkungen hinzuweisen. Betracht-

tet man die Summen, um die es sich bei solchen Investitionen handelt, so bekommt man eine Vorstellung davon, was es für ein Unternehmen heisst, nur auf seine eigenen Mittel angewiesen zu sein und nicht den Kapitalmarkt benutzen zu dürfen. Oft kann die Investition gar nicht ohne fremde Hilfe durchgeführt werden. Somit sieht sich ein Unternehmen also vor die Tatsache gestellt, dass seine gesamten Planungen für die Zukunft hinfällig sind, denn schliesslich ist die Investitionsplanung ja nur ein Teil der Gesamtplanung und hängt mit dieser aufs engste zusammen.

Gerade solche Entscheidungen können aber auch zu erheblichen Diskriminierungen führen, die ja von der Hohen Behörde immer bekämpft werden. Ein Bergwerk in einem grossen Konzern z.B., dem vielleicht sogar eine Bank angehört oder ein staatliches Unternehmen, ist durchaus in der Lage, riesige Mittel im eigenen Konzern aufzubringen. Ein Nachweis, dass diese Mittel nicht aus demselben Werk stammen, ist kaum möglich, falls rechtlich überhaupt erforderlich. Ein kleines Bergwerk, das keinem finanzkräftigen Konzern angehört, sieht sich aber vor die Tatsache gestellt, dass es die Mittel nicht aus eigener Kraft aufbringen kann. Somit würde die gleiche Massnahme der Hohen Behörde ein kleines Unternehmen weit härter treffen als ein grosses Unternehmen.

Es ist erfreulich, dass die Hohe Behörde bislang noch nicht zu solch schwerwiegenden Eingriffen in die innerbetriebliche Planung gegriffen hat, und es wäre zu begrüssen, wenn sie auch in Zukunft bei Handhabung des Artikels 54 Absatz 5 sehr vorsichtig sein würde.

244. Die Beratung und Unterrichtung durch die Hohe Behörde

Neben den speziellen Stellungnahmen zu einzelnen Projekten ist ein wesentliches Mittel der Investitionspolitik der Hohen Behörde die verbesserte Orientierung und Unterrichtung aller Beteiligten, vor allem also derjenigen, in deren Händen die Entscheidung über die Durchführung von Investitionen liegt. Hier stehen an erster Stelle die schon erwähnten "Allgemeinen Ziele", zu deren Aufstellung und Veröffentlichung die Hohe Behörde nach Artikel 46 verpflichtet ist. Das Gebiet der Investitionen betreffend heisst es in dem Artikel, dass die Hohe Behörde im Benehmen mit den Unternehmen, den Arbeitnehmern, den Verbrauchern und den Händlern sowie ihren Verbänden in regelmässigen Zeitabständen allgemeine Ziele für die Modernisierung, die Orientierung der Fabrikation auf lange Sicht und die Ausweitung der Produktionskapazität anzugeben hat.

Einer verbesserten Orientierung aller Beteiligten dienen aber nicht nur die Allgemeinen Zeile, sondern auch die Veröffentlichungen der Ergebnisse der jährlichen Investitionserhebungen. Diese werden noch ergänzt und aktualisiert durch die Veröffentlichung einer vierteljährlichen Zusammenfassung der Meldungen nach Entscheidung 27/55 und 26/56, die aber nur halbjährlich mit Kommentaren versehen werden, da sich aus den Meldeergebnissen eines Zeitabschnittes von nur 3 Monaten keine sicheren Schlussfolgerungen ziehen lassen.

Alle diese Veröffentlichungen stellen für die Unternehmen ein wichtiges Hilfsmittel dar, um sie über die Investitionsplanungen von anderen zu unterrichten und ihnen gleichzeitig Aufschlüsse zu vermitteln über die

drohende Entstehung von Engpasslagen oder die Gefahr von Überkapazitäten. Die Unternehmen werden also gewarnt vor der Möglichkeit von Fehlinvestitionen auf bestimmten Teilgebieten der zur Gemeinschaft gehörenden Industrien.

Mit dieser Unterrichtung leistet die Hohe Behörde also einen wesentlichen Beitrag zur Planungstätigkeit der Einzelbetriebe und vermittelt diesen Unterlagen, die die Unternehmen sonst nie hätten erhalten können. Gleichzeitig kann sie aber durch diese Veröffentlichungen darauf hinweisen, dass die Investitionen nicht nur in der betriebswirtschaftlich richtigen sondern auch im allgemeinwirtschaftlich zu begründender Weise erfolgen.

245. Tatsächliche Lenkung?

Betrachtet man nun einmal zusammenfassend die indirekten Eingriffsmöglichkeiten der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Investitionen vom Standpunkt des Unternehmers aus, so kommt man zu folgendem Schluss: Der Unternehmer bekommt den Einfluss der Hohen Behörde durchaus zu spüren. Einerseits ist er verpflichtet, der Hohen Behörde Angaben über seine Planungen zu machen, wie er sie sonst vorher nie hat irgendeiner Stelle machen müssen. Er muss sogar mit Einsprüchen der Hohen Behörde rechnen. Andererseits aber erhält er umfangreiche Unterlagen, die für seine Planungen sehr wichtig sind. Er hat die Möglichkeit, sich genauestens über die kommende Entwicklung zu orientieren und darauf seine Planungen abzustellen. Wie so oft bei Gesetzen aber kommt es auch in diesem Fall weniger darauf an,

was der Vertrag vorschreibt, sondern wie er ausgelegt wird. Wendet man sich also von der theoretischen Betrachtung der Möglichkeiten der Praxis zu, so kann man feststellen, dass zwischen dem Steinkohlenbergbau der Ruhr und der Hohen Behörde keinerlei grundlegende Gegensätzlichkeiten bestehen, sondern dass von beiden Seiten versucht wird, das wirklich Gute aus diesen Bestimmungen herauszuholen und zum allgemeinen Nutzen anzuwenden. Man kann also keineswegs davon sprechen, dass die Hohe Behörde versucht, dem deutschen Bergbau im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Willen aufzuzwingen und bestimmend in die Investitionsplanung einzugreifen, sondern die letzte Entscheidung ist ein Ergebnis von beiderseitigen Beratungen, oder wie ein Vertreter der Hohen Behörde dem Verfasser sagte: Die Hohe Behörde will nicht lenken, sondern nur mit leichter Hand zu ordnen versuchen.

25. Finanzielle Hilfe

251. Allgemeines

Über die in den vorangegangenen Kapiteln ausgeführte indirekte Einflussnahme auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen hinaus hat die Hohe Behörde auch die Möglichkeit, direkt auf dem Investitionsgebiet durch ihre Finanztätigkeit einzugreifen. Die schwierige Lage auf dem Kapitalmarkt, unter dem besonders der westdeutsche Bergbau zu leiden hat, wurde bereits geschildert, und die Bedeutung einer zusätzlichen finanziellen Hilfe ist daraus leicht zu ersehen.

Der finanziellen Tätigkeit der Hohen Behörde sind durch den Montanvertrag allerdings einige Schranken gesetzt. So darf nach Artikel 51 Absatz 4 die Hohe Behörde die Banktätigkeit, die sich aus ihren finanziellen Aufgaben ergibt, nicht selbst ausüben. Da der Hohen Behörde lt. Vertrag die Verwendung ihrer Mittel genau vorgeschrieben ist, kann sie diese auch nicht zu Beteiligungen verwenden.¹⁾

Die rechtliche Grundlage für die Hohe Behörde zur finanziellen Unterstützung der Unternehmen auf dem Gebiet der Investitionen ergibt sich aus Artikel 54 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 49 und 51. In Artikel 49 wird die Hohe Behörde zur Aufnahme von Anleihen berechtigt, in der Verwendung dieser Anleihen aber durch Artikel 51 Absatz 1 auf die Gewährung von Krediten beschränkt. In der für die Investitionskredite massgebenden Spezialvorschrift des Artikels 54 Absatz 1 heisst es dann:

1) Vergleich Artikel 50 Absatz 1, 51 Absatz 1, 55, 56, 78 u. § 31 Absatz 2 Ü.A.

Die Hohe Behörde kann die Durchführung der Investitionsprogramme dadurch erleichtern, dass sie den Unternehmen Kredite bewilligt oder für die anderen von ihnen aufgenommenen Anleihen die Gewährleistung übernimmt.

Nach diesen Artikeln kann die Hohe Behörde also

1. Anleihen aufnehmen und die Mittel den Unternehmen als Investitionskredite zur Verfügung stellen,
2. die Garantie für die von den Unternehmen selbst aufgenommenen Anleihen übernehmen.

252. Die Grundlagen der Kreditwürdigkeit der Hohen Behörde

Sowohl für die Aufnahme von Anleihen, wie für die Bürgschaftsübernahme für fremde Anleihen ist es aber erforderlich, dass die Hohe Behörde eine entsprechende Kreditwürdigkeit besitzt. Ihr Ansehen als internationale Behörde allein kann diese Kreditwürdigkeit nicht geben, wenn nicht auch materielle und rechtliche Grundlagen für eine gegebenenfalls notwendige Befriedigung des Gläubigers durch die Hohe Behörde die nötige Sicherheit schaffen.

Diese Grundlagen sind im wesentlichen

- a) die Steuerhoheit der Hohen Behörde, d.h. das Recht, eine Umlage zu erheben,
- b) ein Garantiefonds als verantwortliches Kapital,
- c) dingliche Sicherheiten, die die kreditnehmenden Unternehmen der Hohen Behörde geben müssen und die diese weiter abtreten muss.

2521. Die Steuerhoheit

Die Hohe Behörde ist nach Artikel 49 berechtigt, von den Montanunternehmen eine Umlage auf die Erzeugung von Kohle und Stahl zu erheben. Die Umlage wird auf Grund eines Durchschnittswertes des Erzeugnisses berechnet und jährlich erhoben. Sie darf aber nur mit Zustimmung des Ministerrates die Höhe von 1% des Durchschnittswertes übersteigen. So wurden erhoben:¹⁾

vom 1.1.1953 bis 28. 2.1953	0,3%
vom 1.3.1953 bis 30. 4.1953	0,5%
vom 1.5.1953 bis 30. 6.1953	0,7%
vom 1.7.1953 bis 30.6.1955	0,9%
vom 1.7.1955 bis 31.12.1955	0,7%
vom 1.1.1956 bis 30. 6.1957	0,45%
vom 1.7.1957 an	0,35%

Das Aufkommen dieser Umlage betrug bis Ende 1956 173,74 Millionen EZU-Einheiten. Davon wurden von den einzelnen Mitgliedstaaten aufgebracht:²⁾

Umlageaufkommen (in Mio EZU-Rechnungseinheiten) ³⁾						
Land	1953	1954	1955	1956	Total	Anteil in %
Deutschland (BR)	15,23	25,03	25,67	16,03	81,96	47,2
Belgien	3,84	5,80	5,86	3,58	19,08	11,0
Frankreich	7,88	12,11	12,33	7,45	39,77	22,9
Italien	1,72	2,89	3,43	2,26	10,30	6,0
Luxemburg	1,07	1,62	1,71	1,06	5,46	3,0
Niederlande	1,35	2,00	1,88	1,09	6,32	3,7
Saar	2,25	3,32	3,31	1,97	10,85	6,2
Gemeinschaft	33,34	52,77	54,19	33,44	173,74	100,0
=====						

1) Langhans a.a.O., Seite 23, Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau

2) Finanzbericht 1956 Seite 10

3) 1 EZU-Rechnungseinheit (1 RE) = 1 US-Dollar

Von der Umlage werden die Verwaltungskosten sowie die Aufwendungen bzw. Rückstellungen für Anpassungsmassnahmen und Forschungsbeihilfen gedeckt. Der grösste Betrag aber dient der Deckung der Anleihen und der übernommenen Bürgschaften und wird zu diesem Zweck einem Garantiefonds zugeführt.

Diese Steuerhoheit allein bereits gibt Gläubigern der Hohen Behörde weitgehende Sicherheiten.

2522. Der Garantiefonds

Doch schien diese bei Staatsanleihen genügende Sicherung nach allgemeiner Auffassung der massgebenden Kreise bei den Anleihen der Montanunion nicht zu genügen. Vielleicht war man der Auffassung, dass der Hohen Behörde als gänzlich neue Institution nicht ein solches Vertrauen entgegengebracht werden könne. Es wurde daher von der Hohen Behörde von den überschüssigen Umlagebeträgen ein Garantiefonds gebildet, dessen Höhe vorerst auf 100 Millionen EZU-Einheiten begrenzt wurde. Dieser von den Geldern der Montanindustrie der Gemeinschaft aufgebrachte Garantiefonds soll bei den Anleiheoperationen der Hohen Behörde zur Sicherung aller ihrer Gläubiger verwandt werden. Der Garantiefonds, d.h. das verantwortliche Kapital, soll der Deckung von Verlusten oder vorübergehenden Ausfällen dienen, die sich im Zuge der Kredit- und Garantieoperationen der Hohen Behörde ergeben könnten. Sein Vorhandensein soll die beste Gewähr für die pünktliche Erfüllung des Zins- und Tilgungsdienstes der von der Hohen Behörde aufgenommenen Anleihen bieten. Die Höhe des Garantiefonds ist durch den Vertrag nicht be-

grenzt, doch hat die Hohe Behörde vorläufig eine Höchstgrenze von 100 Millionen EZU-Einheiten festgelegt. Da von der Hohen Behörde ein Verhältnis von 1 : 5 von Eigen- zu Fremdkapital als angemessen betrachtet wird, würde der Fonds Anleihen bis zu insgesamt 500 Millionen EZU-Einheiten gestatten.

Wie in dem "Grundsatz der Hohen Behörde in den Fragen der Investitionsfinanzierung"¹⁾ festgelegt ist, darf der Garantiefonds nicht zersplittert werden, sondern es sollen alle unmittelbaren oder mittelbaren Anleihegläubiger der Hohen Behörde hinsichtlich ihrer Forderungen gleiche Rechte daran haben. Es können also keinem Gläubiger Vorzugsrechte eingeräumt werden.

2523. Das besondere Pfand

Besonders auf Wunsch der amerikanischen Anleihegläubiger wurde noch eine dritte Sicherheit geschaffen in Form einer Sicherungsvereinbarung zwischen der Hohen Behörde und der Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel. Die BIZ wurde von der Hohen Behörde mit der Durchführung ihrer Anleihe- und Kreditgeschäfte und mit der Verwahrung der der Hohen Behörde gegebenen Kreditsicherungen als Pfandhalter für die Anleihegläubiger beauftragt.

Dieses als "act of pledge" bezeichnete Sicherungsvereinbarung gilt für alle gegenwärtigen und zukünftigen Anleihegläubiger der EGKS. Der Grundgedanke dieser Vereinbarung, der aus dem amerikanischen Wirtschaftsrecht stammt, ist der, dass alle Forderungen der Hohen Behörde an ihre Kreditnehmer und alle ihr gestellten

1) Amtsblatt 1954 Seite 457 - 459

Sicherheiten ein "gemeinsames Pfand (common pledge)" bilden, an dem die Anleihegläubiger Vorzugsrechte haben.

So heisst es in dem Prospekt der Hohen Behörde für ihre 35 Millionen-Dollar-Anleihe auf dem privaten amerikanischen Kapitalmarkt unter anderem: Für jeden Kredit gibt das Unternehmen ein Schuldversprechen oder ein anderes Schuldbekenntnis, sowie dingliche Sicherheiten oder Garantien der Mitgliedstaaten von Banken, bekannten Firmen, Industriekonzernen usw. Diese Schuldversprechen der kreditnehmenden Unternehmen, sowie die gegebenen Sicherheiten (sogenannte Enterprise Obligations) werden der BIZ als Pfand übertragen, wenn dem Unternehmen der Kredit gegeben wird. Diese "Enterprise Obligations" verwahrt die BIZ als "gemeinsames Pfand" für alle jetzigen und zukünftigen Anleihegläubiger der Hohen Behörde.

Der Ausdruck "gemeinsames Pfand" ist in der Öffentlichkeit oft falsch interpretiert worden. Man glaubte, dass die Unternehmen gemeinsam mit ihren Sicherheiten für die Gesamtschuld haften. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. In Wirklichkeit haftet jeder Schuldner der Hohen Behörde mit seinen eigenen Sicherheiten für seine eigenen von ihm aufgenommenen Kredite. Der Ausdruck "gemeinsames Pfand" hat nur den Gläubigern gegenüber eine solidarische Bedeutung. Mit anderen Worten: Jeder Gläubiger ist an dem "gemeinsamen Pfand" im Falle der Realisierung nur mit der gleichen Quote beteiligt, wie die anderen Gläubiger. Dieses Verfahren hat für die Gläubiger den Vorteil der breiteren Risikostreuung ähnlich wie bei dem Investmentsparen. Je grösser das Portefeuille des "gemeinsamen Pfandes" ist, desto breiter ist die Streuung.

Kreditsicherheiten von Unternehmen für Kredite, deren Gelder nicht von aufgenommenen Anleihen, sondern aus anderer Quelle, z.B. aus Zinsen für Bankguthaben der Hohen Behörde, stammen, fallen allerdings nicht unter die "act of pledge".

253. Durchführung der Anleihe- und Kreditoperationen

Da die Anleihen der Hohen Behörde keine Wirtschaftshilfe wie z.B. die ERP-Hilfsmassnahmen darstellen, sondern Operationen nach rein kommerziellen Gesichtspunkten sind, konnten für die Unterbringung von Montanunionanleihen nur solche Kapitalmärkte in Frage kommen, wo der Zinssatz günstiger lag als in den Ländern, deren Industrien mit Krediten versorgt werden sollten. Die Hohe Behörde versuchte daher in den vergangenen Jahren, vor allem in den U.S.A., in Holland und in der Schweiz ihre Anleihen unterzubringen. Die Unterbringung der Anleihen erfolgt nach den jeweils üblichen Gepflogenheiten des betreffenden Landes. Wie bei jeder anderen Privatanleihe, so wurden auch die Anleihen der Hohen Behörde, soweit sie auf den privaten Kapitalmarkt kamen, durch Prospekte ausgeschrieben, die die genauen Bedingungen und Verpflichtungen über Verwendung der Gelder enthielten und durch eine Bank oder Bankenkonsortium angeboten.

Von diesen Anleiheoperationen der Hohen Behörde werden die zuständigen Verbände der Industrie in den einzelnen Mitgliedstaaten verständigt, und die Verbände wiederum unterrichten ihre Mitglieder. Die einzelnen Unternehmen können dann ihre Kreditanträge bei der Hohen Behörde einreichen. In der Praxis hat sich aber die Verfahrensweise herausgebildet, dass

die Unternehmen in Zusammenarbeit mit ihrem Verband die Kreditanträge vorbereiten, um von Anfang an aussichtslose Anträge auszuschalten. Die Verbände leiten dann wiederum die Anträge weiter an die Hohe Behörde und vertreten auch dort die Interessen ihrer Mitglieder. So übernimmt z.B. für den Steinkohlenbergbau an der Ruhr der Unternehmensverband Ruhrbergbau in Essen die Vermittlung solcher Kredite, wie er überhaupt die Verbindung zwischen der Hohen Behörde und den Einzelunternehmen herstellt. Die Hohe Behörde beurteilt dann in Zusammenarbeit mit gemischten regionalen Ausschüssen aus Vertretern der Unternehmer, Gewerkschaften, Handel und Regierungen die Anträge. Im deutschen Steinkohlenbergbau sind Ausschüsse für Schachtanlagen und Wärmekraftwerke im Ruhrgebiet, im Aachener und Niedersächsischen Revier tätig. Hinzu kommt ein Ausschuss für die gesamten Kokereien der Bundesrepublik. Bei der Beurteilung der Anträge werden auch teilweise Rücksprachen bei den einzelnen Unternehmen vorgenommen, damit sich die Hohe Behörde ein möglichst genaues Bild über die einzelnen Projekte machen kann. Die Beurteilung der Kreditwürdigkeit des Unternehmens in finanzieller Hinsicht überlässt die Hohe Behörde ihren zuständigen Agentenbanken, in der Bundesrepublik der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Die Anträge selbst müssen eine genaue Projektbeschreibung mit einem Wirtschaftsbericht und einem technischen Bericht enthalten. Für den Fall, dass ein Unternehmen einen Kredit erhält, ist es an die Verwendung der Gelder zu dem beschriebenen Projekt gebunden und muss ausserdem jährlich einen Fortschrittsbericht über den Bau des Projektes einreichen.

Bei der Auswahl der Kreditanträge geht die Hohe Behörde nach bestimmten Prinzipien vor.

So werden nur solche Projekte gefördert, die den Allgemeinen Zielen der Hohen Behörde entsprechen, wodurch sie die Investitionen in die von ihr gewünschte Richtung zu lenken vermag. Z.B. würde die Hohe Behörde durchaus den Bau von Schachtanlagen, Hochöfen und Erzaufbereitungsanlagen unterstützen, niemals jedoch den Bau von Elektroöfen, da diese wegen ihres hohen Schrottverbrauches den sowieso schon angespannten Schrottmarkt noch mehr belasten würden.

Bei der Auswahl werden vor allem die Projekte mit den besten wirtschaftlichen Effekten bevorzugt, wobei allerdings nur solche Projekte in Frage kommen, die nach spätestens 3 Jahren effektive Ergebnisse zeigen. Neuerdings scheint die Hohe Behörde aber ihre diesbezügliche Ansicht ändern zu wollen, so dass die Hoffnung besteht, dass auch der Bau von Schachtanlagen - deren Ausbau bis zur Fertigstellung ca. 10-15 Jahre dauert - finanziell unterstützt wird. Bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Effektes werden allerdings nur Produktivitätsuntersuchungen und keine Rentabilitätsuntersuchungen angestellt. Die Fragen nach der Rentabilität, ein rein betriebswirtschaftliches Problem also, bleibt eine Angelegenheit des Unternehmen selbst.

Desweiteren wird darauf geachtet, dass keine zu grosse Zersplitterung der Gelder vorgenommen wird, denn nur ein wirklich grosser Kredit kann für ein Unternehmen eine wirkungsvolle Hilfe sein. Dabei will die Hohe Behörde aber nie das gesamte Projekt finanzieren, sondern nimmt immer nur eine Spitzenfinanzierung mit 20% bis 30% der Gesamtkosten vor. Sie verlangt aber den

Nachweis, dass die Gesamtfinanzierung sichergestellt ist. Einerseits soll dadurch die Initiative und volle Verantwortung für die Investitionen den Werken überlassen bleiben, andererseits aber will die Hohe Behörde dadurch auch einen Druck auf die vermittelnden Banken ausüben, die ja geschäftlich an solchen Kreditvermittlungen interessiert sind, ihrerseits das Projekt auch finanziell zu unterstützen.

Die Bedingungen, zu denen die Hohe Behörde die Kredite an die Unternehmen weitergibt, richten sich in jedem Fall nach den Bedingungen der von ihr aufgenommenen Anleihen. Dabei ist die Hohe Behörde bemüht, die Kredite möglichst billig zu halten. Sie hat daher bislang von der ihr durch Artikel 51 Absatz 3 gegebenen Möglichkeit, durch Zinsgewinne und Erhebung von Provisionen einen Reservefonds zu bilden, noch keinen Gebrauch gemacht. Sie berechnet lediglich die eigenen effektiven Kosten. Die BIZ erhält eine Provision in Höhe von 1%, während die Banken, die als Agenten auftreten, zumeist eine solche von höchstens 0,25% fordern. Der Zinssatz für den Kreditnehmer liegt daher meistens um 0,25% - 0,75% über dem von der Hohen Behörde zu zahlenden Zins. Dass bei den in Deutschland aufgenommenen Darlehen die Differenz ca. 0,75% - 1% beträgt, liegt daran, dass zur Finanzierung des Arbeiterwohnungsbaues noch zusätzlich die Hypothekenbanken eingeschaltet werden müssen.¹⁾

Der Vertrag über den Kredit wird zwischen der Hohen Behörde und den Unternehmen abgeschlossen. Trotzdem die Hohe Behörde gegenüber ihren Anleihegläubigern ihre Anleihen sehr hoch absichern muss, wurden ihr von ihren Gläubigern für die Weitergabe der Anleiherlöse als Kredite an die Unternehmen noch verschiede-

1) Langhans Seite 30-31 a.a.O.

ne Bedingungen bezüglich der Absicherung der Kredite gemacht. So wird in dem Anleihevertrag für die erste U.S.-Anleihe verlangt:

1. Die Ausstellung eines abstrakten Schuldversprechens an die Order der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich. Diese Schuldscheine müssen in Dollar und für jeden Zahlungstermin einzeln ausgestellt werden.
2. Die dingliche Sicherung des gesamten Kreditbetrages durch einen oder mehrere Grundschuldbriefe auf den Namen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich oder durch Eigentümergrundschuldbriefe, die der gleichen Bank notariell abzutreten sind. Die Grundschuld muss sich auf den gesamten betrieblichen Grundbesitz einschliesslich der Be-rechtsame und des zu finanzierenden Projektes erstrecken, kann aber aus einem Gleichrangrahmen stammen. Dieser Rahmen darf jedoch 80% des Verkaufswertes des der Pfandhaft unterliegenden Vermögens nicht übersteigen. An die Stelle der dinglichen Sicherung kann auch eine Bürgschaft der Regierung, einer Bank oder eines Unternehmensverbandes treten. Ferner ist die Belastung anderer Gegenstände als der Betriebsgrundstücke und Anlagen möglich.
3. Die Beibringung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau für den gesamten Kreditbetrag und die Zinsen. Ferner ist auf jedem vom Schuldner ausgestellten Schuldversprechen eine gleiche Bürgschaftserklärung der Kreditanstalt anzubringen.

Zu dieser starken Sicherung muss der Kreditnehmer auch das Währungsrisiko übernehmen, da er sich verpflichten muss, alle Zahlungen in U.S.-Dollar zu leisten.¹⁾

Sind alle vertraglichen Angelegenheiten geregelt, so wird das Geld von der BIZ, die auf Anweisung der Hohen Behörde die Anleiheerlöse erhalten hat, über die Kreditanstalt für Wiederaufbau an die Geschäftsbanken der Unternehmen überwiesen und den Unternehmen zur Verfügung gestellt. Bei Fälligkeit von Zinsen und Tilgungen zahlen die Kreditnehmer der Hohen Behörde die von ihnen geschuldeten Beträge auf die Konten der BIZ ein, welche die so eingegangenen Beträge automatisch für den Zins- und Tilgungsdienst der von der Hohen Behörde aufgenommenen Anleihen verwendet.

254. Die Anleihen der Hohen Behörde und ihre Verwendung²⁾

2541. Die erste U.S.-Dollaranleihe

Die erste Anleihe an die Montanunion, eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe, wurde 1954 von der amerikanischen Regierung über die Export-Importbank gewährt. Obwohl es sich um eine Anleihe der amerikanischen Regierung handelt, steht sie auf rein kommerzieller Basis und ist mit dem späteren privaten Anleihen in allen Punkten, wie Verzinsung, Sicherheit, Tilgung usw. vergleichbar. Die Laufzeit der Anleihe beträgt 25 Jahre bei einem Zinssatz von $3 \frac{7}{8}\%$. Sie muss nach 3 Freijahren in von 2,9% - 6,6% sich steigernden Raten amortisiert werden. Die Verwendung der Anleihe wurde jedoch auf Projekte im Steinkohlen- und Erzbergbau be-

1) Langhans a.a.O., Seite 32

2) nach Angaben der Hohen Behörde in ihren Finanzberichten 1953-1956 sowie nach mündlichen Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau und Langhans a.a.O., Seite 26

schränkt, da die U.S.A. eine Konkurrenz der deutschen Stahlindustrie fürchtete.

Aus den im Jahre 1954 gültigen Erwägungen heraus entschloss sich die Hohe Behörde, aus diesen Mitteln folgende Zweige der Montanindustrie zu finanzieren:

- a) Ausrüstung der Kohlengruben,
- b) Zechenkraftwerke,
- c) Kokereien,
- d) Erzgewinnung und Aufbereitung.

Ursprünglich hatte man geplant, einen Teil der Anleihe, und zwar 25 Millionen Dollar, für den Wohnungsbau zu verwenden. Da Devisenkredite für den Wohnungsbau wegen des damit verbundenen Kursrisikos aber nicht geeignet sind und die Export-Importbank die abzuzweigenden Beträge in den Währungen der einzelnen Länder nicht zur Verfügung stellen konnte, wurde dieser Plan aufgegeben und es wurden für den Wohnungsbau andere Finanzierungsquellen erschlossen.

Als die Hohe Behörde bekanntgab, dass sie Kredite in Höhe von 100 Millionen Dollar bereitstellen könne, gingen bei ihr aus den Ländern der Gemeinschaft - ausgenommen die Niederlande - Anträge mit einem Gesamtkostenaufwand von rd. 500 Millionen Dollar ein, aus denen die Hohe Behörde die nach ihrer Ansicht besonders förderungswürdigen Projekte aussuchte. Die Gesamtkosten der ausgewählten Vorhaben betrugen 370 Millionen Dollar, woran sich die Hohe Behörde mit Krediten in der vorgesehenen Höhe von 100 Millionen Dollar beteiligte. Der Zinssatz für den Endkreditnehmer betrug einschliesslich sämtlicher Kosten 4,1% p.a. Die Aufteilung der amerikanischen 100-Millionen-Dollar-Anleihe zeigt nachstehende Aufstellung:

Aufteilung der amerikanischen 100-Millionen-
Dollar-Anleihe¹⁾

	gemeldete Vorhaben	gebilligte Vorhaben	bewilligte Kredite	Anteil der bew. Kredite an den gem. Vorhaben
	in Mio EZU			in %
<u>Schacht-</u> <u>anlagen</u>				
Ruhr	58,14	48,79	14,44	24,8
Aachen	18,55	18,55	6,50	35,0
Frankr.	63,31	38,46	6,30	10,0
Saar	11,83	11,83	4,20	35,6
	151,83	117,63	31,44	20,7
<u>Kokereien</u>				
Ruhr	15,77	9,78	3,00	19,0
Frankr.	9,43	-,-	-,-	-,-
Saar	23,45	1,54	0,70	3,0
	48,65	11,32	3,70	7,6
<u>Zechen-</u> <u>Kraftwerke</u>				
Ruhr	56,54	56,54	18,91	33,4
Belgien	88,88	56,00	14,00	15,7
Frankr.	53,56	53,56	7,70	14,4
Saar	17,14	17,14	5,50	32,1
Italien	11,20	-,-	-,-	-,-
	227,32	183,24	46,11	20,3
<u>Steinkohlen-</u> <u>bergbau</u>	427,80	312,19	81,25	19,0
<u>Eisenerz-</u> <u>bergbau</u>	60,33	58,33	18,75	31,1
Summe:	488,13	370,52	100,00	20,5
davon				
Steinkohlen-				
bergbau Ruhr	130,45	115,11	36,35	27,9

1) Langhans a.a.O. Seite 36

Die Aufteilung nach Ländern ergibt folgendes Bild:¹⁾

Deutsche Unternehmen	47,6 Millionen Dollar
belgische Unternehmen	14,0 Millionen Dollar
französische Unternehmen	21,8 Millionen Dollar
saarländische Unternehmen	10,4 Millionen Dollar
italienische Unternehmen	5,2 Millionen Dollar
luxemburg. Unternehmen	<u>1,0 Millionen Dollar</u>
	100,0 Millionen Dollar
	=====

2542. Weitere fünf Anleihen

Für den Wohnungsbau konnte die Hohe Behörde in den Jahren 1955/56 weitere Anleihen in den Ländern der Gemeinschaft aufnehmen, die vor allem von befreundeten Banken finanziert wurden. Auch konnte sie durch eigene Mittel weitere neue Kredite für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.²⁾

2543. Die Schweizer Anleihe

Nachdem die Verhandlungen mit den Niederlanden - die über einen sehr günstigen Kapitalmarkt verfügten - gescheitert waren, schloss am 6. Juni 1956 die Hohe Behörde mit einem schweizerischen Bankenkonsortium einen Vertrag ab über die Emission einer 4 1/2%igen Obligationsanleihe mit 18jähriger Laufzeit über 50 Millionen Schweizer Franken.

1) Finanzbericht 1953 - 1955 Seite 18

2) Vergleich Kapitel Wohnungsbau

Diese ab 15. Juli 1956 verzinsliche Anleihe ist in 50 000 Inhaberoobligationen zu nominal 1000 sfrs. eingeteilt. Der Erlös dieser Anleihe wurde zum Zinssatz von 4 7/8%, wodurch lediglich die effektiven Selbstkosten gedeckt wurden, zur Gewährung von Krediten verwendet, deren Tilgungsbedingungen mit denen der Anleihe übereinstimmen.¹⁾

Da bei der ersten U.S.-Anleihe nur der Bergbau berücksichtigt wurde, wurden die Erlöse der schweizerischen Anleihen in voller Höhe der Stahlindustrie zur Verfügung gestellt.

Auch in diesem Fall wurden die Projekte im Hinblick auf die Allgemeinen Ziele ausgesucht, so dass die Kreditmittel für solche Vorhaben eingesetzt wurden, die wesentlich zur Entspannung in der Schrott- und Koksversorgung der Industrie beitragen konnten.

Von den in der Gesamthöhe von 79,0 Millionen Dollar eingehenden Kreditgesuchen aus Deutschland, Italien und dem Saarland konnten nur einzelne herausgesucht werden, um eine Zersplitterung der Kreditmittel zu vermeiden.

Auf Grund der vorgenommenen Prüfungen hat die Hohe Behörde schliesslich 6 Projekte mit einem Gesamtkostenaufwand von 171,47 Mill.sfrs. (39,97 Millionen Dollar) ausgewählt und für diese Projekte die 50 Millionen sfrs zur Verfügung gestellt, wobei sich folgende landesmässige Verteilung ergab:²⁾

2 deutsche Unternehmen insgesamt	18 Millionen sfrs.
1 saarländisches Unternehmen	5 Millionen sfrs.
3 italienische Unternehmen	27 Millionen sfrs.

1) Finanzbericht 1956 Seite 13

2) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956, Seite 15

2544. Zweite U.S.-Anleihe

Trotz einer Versteifung des amerikanischen Kapitalmarktes wurden im Jahre 1957 mit einem amerikanischen Bankenkonsortium Verhandlungen über eine weitere Anleihe zum Abschluss gebracht. Die Anleihe wurde nach amerikanischen Kapitalmarktgepflogenheiten in eine mittelfristige Tranche in Höhe von 10 Millionen Dollar mit 50jähriger Laufzeit und einer langfristigen, bis zum 1. April 1975 laufenden Tranche zu 25 Millionen Dollar zerlegt.

Die kurzfristige Anleihe mit einer Verzinsung von 5% ist rückzahlbar in 3 Jahresraten ab 1. April 1960.

Die langfristige Anleihe mit einem Zinssatz von $5 \frac{1}{2}\%$ ist rückzahlbar ab 1. April 1963 in 13 gleichen Jahresraten.¹⁾ Über die Verwendung liegen im Augenblick noch keine abschliessenden offiziellen Zahlen vor, weswegen diese Anleihe in den weiteren Ausführungen noch unberücksichtigt bleibt.

2545. Gesamtüberblick über die Anleihe- und Kreditoperationen

Insgesamt wurden damit von der Hohen Behörde ohne die 35-Millionen-Dollar-Anleihe Anleihen im Gegenwert von 129 Millionen EZU-Einheiten aufgenommen, die sich wie folgt zusammensetzten:²⁾

1) Prospekt 9. April 1957 a.a.O.

2) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956 Seite 17, Prospekt 9. April 1957

Land	Geldgeber		Anleihebetrag			
			in nationaler Währung	in EZU-Rech- nungsein- heiten	Lauf-Zins-Dat. zeit satz Jahre	
USA	Export-Import- Bank	⌘	100.000.000	100.000.000	25 3 7/8	1954
Deutsch- land (BR)	Rhein-Giro- zentrale u. Provinzialbank	DM	25.000.000	5.952.381	25 3 3/4	1955
Deutsch- land (BR)	Landesbank für Westfalen (Giro- zentrale)	DM	25.000.000	5.952.381	25 3 3/4	1955
Belgien	Caisse Génér- ale d'Epargne et de Retraite	bfrs	200.000.000	4.000.000	25 3 1/2	1955
Luxemburg	Caisse d' Epargne de l'Etat	bfrs	25.000.000	500.000	25 3 1/2	1955
Saar	Landesbank u. Girozentrale Saar	ffrs	350.000.000	1.000.000	20 4 1/4	1956
Schweiz	Obligations- anleihe	sfrs	50.000.000	11.655.012	18 4 1/4	1956
				129.059.774		

Unter Hinzufügung der eigenen Mittel konnten bis 31.12.1956
91 Einzelkredite und 2 Globalkredite gewährt werden mit ei-
ner Gesamtsumme von 136,92 Millionen EZU-Einheiten. Nach
ländern verteilen sich die Mittel wie folgt: ¹⁾

Insgesamt	Geldquelle	Deutsch- land (BR)	Saar	Bel- gien	Frank- reich	Ita- lien	Lux- bg.	Nieder- lande
100,0	1.US-Anleihe	47,6	10,4	14,0	21,6	5,4	1,0	-,-
11,7	Schweizer Anl.	4,2	1,2	-,-	-,-	6,3	-,-	-,-
17,4	Wohnungsbau I	11,9	1,0	4,0	-,-	-,-	0,5	-,-
7,1	Wohnungsbau II	7,1	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
0,72	Sonstige	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	0,72	-,-
136,92	insgesamt	70,8	12,6	18,0	21,6	11,7	2,22	-,-

1) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956 Seite 18

Nach Projekten wiederum ergibt sich folgende Verteilung:

Schachtanlagen (einschl.Kokereien)	35,14
Zechenkraftwerke	46,31
Eisenerzgewinnung und -aufbereitung	18,55
Rohseisenerzeugung	11,66
Wohnungsbau	24,54
Sonstige	<u>0,72</u>
insgesamt	136,92
	=====

Der westdeutsche Steinkohlenbergbau erhielt insgesamt Kredite im Gegenwert von 42,85 Millionen EZU-Einheiten gleich 180 Millionen DM oder 52,8% der an den Steinkohlenbergbau der Gemeinschaftsländer vergebenen Kreditsumme. Dieser Anteil entspricht dem der Bundesrepublik an der Steinkohlenförderung der EGKS im Jahre 1954 (53%) und damit auch in etwa ihrer Beteiligung am Umlageaufkommen aus der Kohlenförderung. Für den Ruhrbergbau trifft, wie die folgende Aufstellung zeigt, diese Behauptung nicht ganz zu, da die Schachtanlagen des Aachener Reviers relativ stärker berücksichtigt wurden.

	1) Bewilligte Kredite in Mio EZU		Anteil a.d. Kreditsumme in %	Förderanteil 1954 in %
Ruhr	36,35	=	44,8	49,1
Aachen	6,50	=	8,0	2,9
Niedersachsen	-, -	=	-, -	1,0
Bundesrepublik	42,85	=	52,8	53,0
Frankreich	14,0	=	17,2	22,6
Belgien	14,0	=	17,2	12,1
Saar	10,40	=	12,8	6,9
Niederlande	-, -	=	-, -	5,0
Italien	-, -	=	-, -	0,4
Gemeinschaft	81,25	=	100,0	100,0
=====				

255. Weitere durch Einfluss der Hohen Behörde gewährte Kredite

Über die direkte Kreditvermittlung hinaus will die Hohe Behörde auch die Kreditbewilligung der Banken an die Montanindustrie günstig beeinflussen. So hat sie mit einem Teil ihrer Agentenbanken Vereinbarungen getroffen, in denen sich diese verpflichten, einen Teil der Finanzierung solcher Projekte zu übernehmen, deren Spitzenfinanzierung durch die Hohe Behörde erfolgt. Bei der ersten US.-Dollar-Anleihe, von der der deutsche Bergbau 47,4 Millionen EZU-Einheiten = 199,1 Millionen DM erhielt, stellte die Kreditanstalt für Wiederaufbau Ergänzungskredite in Höhe von 160 Millionen DM zur Verfügung, von denen dem Ruhrbergbau 110,6 Millionen DM zufließen. Der Zinssatz dieses Kredites lag zwischen 7% und $7 \frac{1}{4}\%$ und damit unter dem normalen deutschen Zinssatz, der zu der Zeit über 8% betrug.¹⁾

Weitere Kredithergaben ermöglichte die Hohe Behörde dadurch, dass sie ihre eigenen Mittel, wie den Garantiefonds, ihre Rücklagen und Reserven etc. bei Geschäftsbanken in den Ländern der Gemeinschaft als Termineinlagen anlegte, mit der Massgabe an die Banken, als Gegenleistung den Unternehmen der Montanunion in eigener Verantwortlichkeit mittelfristige Kredite zu ermäßigten Zinssätzen zu gewähren. Dadurch konnten der Montanindustrie der Gemeinschaft bis Anfang 1956 bereits Kredite im Gegenwert von 42 Millionen DM bei 5jähriger Laufzeit zu günstigem Zinssatz vermittelt werden. Eine Übersicht über derartige Kredite gibt folgende Tabelle:²⁾

1) Langhans a.a.O. Seite 40

2) Langhans a.a.O. Seite 40

Land	Kreditbetrag		Zinssatz
	in Landes- währung	in Mio EZU	
Bundesrepublik	100 Mio DM	24	4 7/8%
Belgien	300 Mio bfrs	6	4 1/2%
Frankreich	2500 Mio ffrs	7	4 1/2%
Italien	2000 Mio Lire	3	5 1/4%
Luxemburg	100 Mio bfrs	2	4 1/2%
Gemeinschaft		42	
=====			

Von der Gesamtsumme von 100 Mio DM in der Bundesrepublik erhielt der Steinkohlenbergbau 55 Millionen DM und davon wiederum 48,7 Millionen DM der Ruhrbergbau. Die übrigen 45 Millionen DM erhielt die Eisen- und Stahlindustrie.

Die deutschen Kredite mussten mit einem Satz von 4 7/8% bis 5 3/8% verzinst werden, wohingegen der normale deutsche Zinssatz für mittelfristige Kredite in der damaligen Zeit 6 1/2% bis 7% betrug. Mit diesen Bemühungen versuchte die Hohe Behörde auch insofern auf den Kapitalmarkt einzuwirken, als sie mit ihren Krediten den landesüblichen Zinssatz unterbot, um so die anderen Kreditgeber zu zwingen, auch ihre Zinssätze zu senken. Da die Gesamtsumme der Montanunionkredite aber auf den einzelnen Kapitalmärkten infolge ihrer geringen Höhe kaum ins Gewicht fällt, ist dieses Ziel bislang noch nicht erreicht worden.

256. Übernahme von Gewährleistungen

Nach Artikel 54 Absatz 1 ist die Hohe Behörde auch berechtigt, für Anleihen, die die Unternehmen selbst auf-

genommen haben, die Gewährleistung zu übernehmen. Für derartige Bürgschaften verlangt die Hohe Behörde eine Provision, jedoch keine weiteren dinglichen Sicherheiten, wie des öfteren behauptet wurde.

Durch die Garantie der Hohen Behörde soll es den Unternehmen ermöglicht werden, auch selbst auf solchen Kapitalmärkten um Kreditmittel nachzusuchen, die ihnen ohne Garantie der Hohen Behörde verschlossen wären. Hierzu gehören vor allem die ausländischen Märkte, auf denen ein Einzelunternehmen oft nicht so bekannt ist und nicht so viel Vertrauen genießt, wie die Hohe Behörde. Die Hohe Behörde beabsichtigt, nachdem ihre Kreditwürdigkeit auf den einzelnen Kapitalmärkten genügend bekannt ist, mehr und mehr von der direkten Kreditvermittlung abzukommen und sich auf solche Bürgschaften zu beschränken. Leider scheint die Hohe Behörde von diesem Ziel augenblicklich noch sehr weit entfernt zu sein. Selbst die Beschaffung von Krediten unter eigenem Namen fällt ihr sehr schwer, wieviel schwerer muss es für ein unbekanntes Unternehmen sein, nur mit der Bürgschaft der Hohen Behörde auf diesen Kapitalmärkten Anleihen aufzunehmen.

Daher wurde bislang die Hohe Behörde auch nicht von Unternehmen der Montanindustrie um Übernahme von Bürgschaften ersucht.

257. Beurteilung der Kreditstätigkeit der Hohen Behörde aus betriebswirtschaftlicher Sicht

Wie in den letzten Kapiteln dargelegt wurde, ist die Hohe Behörde bemüht gewesen, der Montanindustrie, so-

weit es in ihren Kräften stand, finanzielle Unterstützung bei ihren Investitionsvorhaben zu vermitteln. Es sollen nun einmal die Kredit- und Anleiheoperationen der Hohen Behörde aus der Sicht der Industrie untersucht werden. Dabei ergeben sich vor allem folgende grundsätzliche Fragen, die für die Industrie interessant sind:

- a) In welchem Umfang im Vergleich zu den Gesamtinvestitionen konnte die Hohe Behörde unterstützend eingreifen?
- b) Welche Belastungen musste die Industrie im allgemeinen auf sich nehmen, um die Kreditfähigkeit der Hohen Behörde zu ermöglichen?
- c) Wie sind die von der Hohen Behörde gewährten Kredite aus betriebswirtschaftlicher Sicht zu beurteilen in Bezug auf Kapitaldienst, Laufzeit, Sicherheit und sonstige Bedingungen?

2571. Vergleich des Kreditvolumens mit den gesamten Investitionsaufwendungen

Ein Vergleich der Gesamtinvestitionen in der Montanindustrie mit den zur Verfügung gestellten Krediten zeigt folgendes Bild:¹⁾

Investitionsaufwendungen der Montanindustrie der Gemeinschaft von 1952 bis 1957 ca.

5060.- Millionen Dollar = 100%

Von der Hohen Behörde direkt zur Verfügung gestellte Kredite

111,7 Millionen Dollar = 2,21%

Durch Einwirkung der Hohen Behörde erlangte Ergänzungskredite

62.- Millionen Dollar = 1,22%

Bankkredite auf Grund der Einlage von Umlagemitteln

42.- Millionen Dollar = 0,83%

Gesamtsumme

215,7 Millionen Dollar = 4,26%

1) Zahlenmaterial wurde errechnet und zusammengestellt aus Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau, Finanzberichte der Hohen Behörde 1953/56, Langhans a.a.O. Seite 52

Für die deutsche Montanindustrie ergeben sich folgende Werte:

Investitionsaufwendungen insgesamt 2024 Mill.Dollar = 100%	
Von der Hohen Behörde direkt zur Verfügung gestellte Kredite	53,8 Mill.Dollar = 2,66%
Durch Einwirkung der Hohen Behörde erlangte Ergänzungskredite	38,- Mill.Dollar = 1,88%
Bankkredite auf Grund der Einlage von Umlagemitteln	24,- Mill.Dollar = 1,18%
Gesamtsumme	115,8 Mill.Dollar = 5,72%
=====	

Für den Ruhrbergbau ergeben sich folgende Werte bis 1957:

Investitionsaufwendungen insgesamt 798.- Mill.Dollar = 100%	
Von der Hohen Behörde direkt zur Verfügung gestellte Kredite	36,35 Mill.Dollar = 4,5%
Durch Einwirkung der Hohen Behörde erlangte Ergänzungskredite	26,33 Mill.Dollar = 3,3%
Bankkredite auf Grund der Einlage von Umlagemitteln	11,60 Mill.Dollar = 1,45%
Gesamtsumme	74,28 Mill.Dollar = 9,25%
=====	

Betrachtet man die obigen Gegenüberstellungen, so ergibt sich für die deutsche Montanindustrie das erfreuliche Bild, dass sie entgegen mancher anders lautenden Meinung im Verhältnis zu ihren Gesamtinvestitionen durchaus gut berücksichtigt wurde. Die Kreditunterstützung der Hohen Behörde für die deutsche Montanindustrie in Höhe von 53,8 Millionen Dollar oder 2,66% der Gesamtinvestitionsaufwendungen liegt immerhin über dem Durchschnitt der Gemeinschaft, der nur 2,21% der Gesamtinvestitionen beträgt. Diese scheinbare Besserstellung ist aber nicht eine Folge einer Bevorzugung.

Setzt man nämlich die Kreditsumme im Vergleich zum Umlageaufkommen - oder beim Bergbau z.B. zum Förderanteil - so ergibt sich ein durchaus ausgeglichenes Bild. Man muss aber aus der Sicht der deutschen Industrie heraus sagen, dass es der Hohen Behörde bislang nicht gelungen ist, einen wesentlichen Beitrag zur Investitionsfinanzierung zu leisten. Auch wenn man die Mittel hinzufügt, die auf Einwirkung der Hohen Behörde zurückzuführen sind und die in Deutschland durch das Entgegenkommen der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Vergleich zu anderen Ländern hoch sind, sowie die Gelder, deren Hergebe den Banken durch die Deponierung der Umlagegelder möglich wurde und die in Deutschland durch das hohe Umlageaufkommen auch sehr hoch sind, so kommt man doch nur auf eine Hilfe in Höhe von 5,72% der Gesamtinvestitionen oder 115,8 Mio Dollar von insgesamt über 2 Mrd. Dollar Investitionsaufwendungen. Auch im Ruhrbergbau ist das Bild, wenn auch etwas, so doch nicht viel günstiger. Wenn auch jede zusätzliche Kreditquelle zu begrüßen ist, so sind die von der Hohen Behörde flüssig gemachten Mittel für die Montanindustrie absolut nicht von spürbarer Wirkung.

Demgegenüber wurden aus eigenen Mitteln, z.B. im westdeutschen Steinkohlenbergbau, aufgebracht:¹⁾

1952 = 58,3% der Gesamtinvestitionen

1953 = 52,3% der Gesamtinvestitionen

1954 = 58,7% der Gesamtinvestitionen

1955 = 58,2% der Gesamtinvestitionen

während der Rest aus fremden Finanzierungsquellen stammt. Wenn trotzdem den von der Hohen Behörde vermittelten Krediten eine gewisse Bedeutung zukommt, so

1) Langhans a.a.O. Seite 54

deshalb, weil die Kreditmittel vornehmlich zur Behebung von Engpässen angesetzt worden sind. (Die Argumentation, dass das durch die Hohe Behörde unmittelbar beeinflusste Investitionsvorhaben auf 10-12% oder 500 - 600 Mio ~~/~~ geschätzt werden kann, ist nicht ganz stichhaltig, denn die übrigen Ergänzungsmittel hätten höchstwahrscheinlich sowieso der Industrie zur Verfügung gestanden.)

2472. Der Garantiefonds als Sicherheit

Stellt man die wenigen von der Hohen Behörde aufgebrauchten Mittel den Belastungen der Montanindustrie, die sie durch die Errichtung der Hohen Behörde hat auf sich nehmen müssen, gegenüber, so wird das Bild noch ungünstiger. So mussten vom Ruhrbergbau folgende Beträge an die Hohe Behörde in Form der Umlage abgeführt werden:¹⁾

1953	=	38,4 Mio DM	=	9,16 EZU-RE
1954	=	50,8 Mio DM	=	12,10 EZU-RE
1955	=	46,1 Mio DM	=	11,00 EZU-RE
1956	=	13,3 Mio DM	=	3,17 EZU-RE I.Halbjahr
Gesamt	=	148,6 Mio DM	=	35,43 EZU-RE
=====				

Ferner mussten noch nachstehende Summen als Ausgleichsumlage zu Beihilfezahlungen an belgische und italienische Gruben aufgebracht werden:²⁾

1953	=	45,6 Mio DM	=	10,86 EZU-RE
1954	=	59,6 Mio DM	=	14,19 EZU-RE
1955	=	47,1 Mio DM	=	11,21 EZU-RE
1956	=	18,- Mio DM	=	4,29 EZU-RE I.Halbjahr
Gesamt	=	170,3 Mio DM	=	40,55 EZU-RE
=====				

1) Langhans a.a.O.Seite 59

2) Langhans a.a.O.Seite 59

Die Gesamtsumme der Umlagemittel betrug somit

Anfang 1953 bis Mitte 1956	318,9 Mio DM = 75,98 Mio \$
Demgegenüber stehen nur insgesamt	54,25 Mio Dollar Investitionskr.
und für den Wohnungsbau	9,69 Mio Dollar.

Zieht man die von deutschen Banken als Ergänzungskredite aufgebrachten Summen ab, so ergeben sich an direkten Montankrediten 36,35 Mio Dollar Investitionskredite und 9,69 Mio Dollar für Wohnungsbau.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass ein Grossteil der Umlagemittel nicht für die Anlageoperation der Hohen Behörde Verwendung findet, also nicht dem Garantiefonds zugeführt wird, sondern anderen Zwecken dient, die wieder der Industrie Nutzen bringen, so sind doch vom Ruhrbergbau immerhin ca. 25% des Garantiefonds, also ca. 25 Mio Dollar aufgebracht worden.

Die an den Ruhrbergbau gezahlten Kredite einschliesslich Wohnungsbau in Höhe von 46 Millionen Dollar sind also nicht einmal das doppelte des Betrages des vom Ruhrbergbau finanzierten Sicherheitsfonds, dessen Gelder immerhin verloren sind.

Rechnet man einmal die für den Garantiefonds gezahlten Gelder um in jährliche Zinsen für Anleihen in Höhe von 46 Millionen Dollar mit einer Laufzeit von 20 Jahren, so ergibt sich folgende Rechnung:

Anfangsbetrag	25.- Millionen Dollar
ergibt bei einem Zinssatz von 6% für 20 Jahre eine jährliche Rente bzw. Zinsen von	2,2 Millionen Dollar
es werden also für die 46 Millionen	2,2 Millionen Dollar p.a.
gezahlt, was einer Verzinsung von 4,8% entspricht.	

Zusätzlich zu der Verzinsung lt. Vertrag mussten also noch weitere 4,8% gezahlt werden. Bei dieser Rechnung wurden sowohl Laufzeit wie Zinssatz wahrscheinlich günstiger als zu ungünstig eingesetzt, so dass sich eher ein schlechteres, als ein besseres Bild ergibt.

Ausserdem ist bei allen diesen Rechnungen von der Voraussetzung ausgegangen, dass dem Unternehmen der Kredit in voller Höhe 20 Jahre lang zur Verfügung steht. In Wirklichkeit ist das aber nicht der Fall, sondern er muss nach wenigen Freijahren in jährlichen Tilgungen schon abgezahlt werden, was das Gesamtergebnis noch verschlechtert.

Dieser Aufstellung gegenüber könnte eingewandt werden, dass der Garantiefonds in der augenblicklichen Höhe ja für weit höhere Kredite vorgesehen ist. Obwohl es nicht feststeht, dass die beabsichtigte Kredithöhe, die mit dem Garantiefonds in seiner jetzigen Höhe nach Ansicht der Hohen Behörde gedeckt werden könne, jemals erreicht wird, soll einmal dieselbe Rechnung in der Weise wiederholt werden, dass der beabsichtigte Kreditbetrag zugrunde gelegt wird.

Nach Ansicht der Hohen Behörde kann mit dem Garantiefonds ein Kredit in 5facher Höhe gedeckt werden. Für die Zahl des Ruhrgebietes hiesse das, dass ein Kredit von 125 Millionen Dollar möglich wäre, für die jährlich 2,2 Millionen Dollar gezahlt worden sind. Das ergäbe immerhin noch eine zusätzliche Verzinsung von 1,8%

Man kommt also um die Feststellung nicht herum, dass die Montanunionkredite für die Industrie vor allem im Augenblick noch ziemlich teuer sind. Selbst dann, wenn noch weitere Kredite gegeben würden, müssten die Kredite immer noch 2% unter dem normalen Zinssatz liegen, um für die Industrie wirtschaftlich zu sein, ganz abgesehen von den sonstigen Absicherungsbedingungen. Wenn trotzdem so viel Kreditanträge bei der Hohen Behörde eingegangen sind, so nur deshalb, weil die Umlage ja nun so und so bezahlt werden musste und man dann auch im Rahmen der Möglichkeiten davon profitieren wollte, da man jeden Kredit dringend benötigte.

Es taucht aber bei dieser Rechnung vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus die Frage auf, ob der Garantiefonds das geeignete Mittel zur zusätzlichen Sicherung der Anleihegläubiger ist. Es erscheint durchaus verständlich, dass für etwaige Schwierigkeiten in der Abwicklung des Kapitaldienstes eine Liquiditätsreserve gehalten wird, auf die vorübergehend zurückgegriffen werden kann. Ein Garantiefonds in der augenblicklichen Höhe von 100 Millionen Dollar jedoch erscheint betriebswirtschaftlich durchaus zweifelhaft. Es ist immerhin zu begrüßen, dass die Hohe Behörde die Höchstgrenze festgelegt hat und auch der Industrie durch Herabsetzung der Umlage Erleichterung geschaffen hat. Trotzdem ist festzustellen, dass aus der Sicht der Industrie heraus die Hohe Behörde noch immer eine zu grosszügige Reservepolitik treibt, wie es die nachfolgende Darstellung zeigt:¹⁾

1) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956 Seite 11

	1953	1954	1955	1956
I - a) Garantiefonds	20,0	52,5	95,0	100,0
b) Sonderreserve	-, -	1,5	1,7	8,7
II- Rückstellungen:				
a) Für die Finanzierung von Anpassungsmassnahmen	3,8	12,7	15,9	21,8
b) für die Finanzierung von Forschungsarbeiten	0,2	3,0	3,6	7,0
c) für Verwaltungsausgaben (einschliesslich noch nicht verfügbarer Beträge)	1,0	1,0	2,8	7,1
Insgesamt	25,0	70,7	119,0	144,6
	=====	=====	=====	=====

Es zeigt sich also, dass nominell der Garantiefonds die festgesetzte Höhe von 100 Millionen noch nicht überschritten hat, dass bereits aber zusätzlich eine Sonderreserve von 8,7 Millionen gebildet wurde, die sich offensichtlich wohl nur durch den Namen von dem Garantiefonds unterscheidet, da ja keine anderweitige Verwendung dafür vorgesehen ist. Inwieweit in den Rückstellungen von 35,9 Millionen EZU-Einheiten noch weitere Reserven enthalten sind, lässt sich nicht abschätzen. Es ist aber durchaus anzunehmen, dass diese Rückstellungen nicht sehr knapp berechnet wurden, da die Montanunion eine sehr scharfe Rechnung bei den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln nicht nötig hat.

Es wurde zwar angesichts dieser Entwicklung der Umlagesatz auf 0,35% ermässigt, doch bleiben auch der Hohen Behörde bei diesem Satz noch grosse Mittel zur Reservebildung.

Wenn diese Mittel grösstenteils auch nicht zu Zwecken der Kreditbeschaffung zurückgestellt werden, so sollte

trotzdem auch bei den andersartigen Reserven überlegt werden, ob es für die Industrie nicht vorteilhafter ist, wenn sie die Mittel behält und mit ihnen arbeiten kann, als sie im Notfall erst als "letzte Rettung" zurückzubekommen, eine Frage, auf die in anderen Zusammenhängen nochmals eingegangen wird.

2573. Die sonstigen Kreditbedingungen

Eine weitere Betrachtung aus betriebswirtschaftlicher Sicht verlangen die neben dem Garantiefonds noch bestehenden Sicherungen. Folgende Übersicht gibt ein Bild von den Sicherheiten, die aufgebracht werden müssen, ehe das Geld vom eigentlichen Kreditgeber - dem Anleihegläubiger der Hohen Behörde - bis zum Kreditnehmer - dem Unternehmen - gekommen ist. Als Beispiel soll die 100-Millionen-Dollar-Anleihe genommen werden.

a. Sicherheiten von Unternehmen an die Hohe Behörde

- a a) Ausstellung eines abstrakten Schuldversprechens in Dollar und für jeden Zahlungstermin einzeln
- a b) hundertprozentige dingliche Sicherung durch Grundschuldbriefe, wobei nur 80% des Verkaufswertes als Wert angenommen werden, oder Bürgschaften von Regierungen, namhaften Banken oder zuständigen Unternehmensverbänden;
- a c) selbstschuldnerische Bürgschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau;

b. Sicherheiten der Hohen Behörde an die Anleihegläubiger

- b a) Abtretung sämtlicher oben aufgeführten Sicherungsrechte, die die Hohe Behörde von den Unternehmen erhält (common pledge);
- b b) Steueraufkommen der Hohen Behörde;
- b c) vorhandener Garantiefonds.

Wenn auch das Vertragsverhältnis und damit die erwähnten Sicherheiten zwischen Hoher Behörde und Unternehmen und der Hohen Behörde und den Anleihegläubigern rechtlich vollkommen voneinander getrennt sind, so müssen doch letzten Endes sämtliche Sicherheiten für die Kredite von der Industrie aufgebracht werden. Ausserdem stehen sämtliche auch von der Industrie an die Hohe Behörde gewährten Sicherheiten dem Anleihegläubiger zur Realisierung zur Verfügung. Man kann also sagen, von der Industrie müssen an den eigentlichen Kreditgeber folgende Sicherheiten gegeben werden:

- a) ein abstraktes Schuldversprechen in Dollar und für jeden Zahlungstermin einzeln;
- b) hundertprozentige dingliche Sicherheit;
- c) hundertprozentige selbstschuldernische Bürgschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau;
- d) jährliche Abgaben der gesamten Industrie, die je nach Bedarf erhöht werden können;
- e) ein Garantiefonds, der bei höchster Ausnutzung 20% der Gesamtsumme der an die Industrie gegebenen Kredite ausmacht;

f) ausserdem trägt die Industrie das gesamte Währungsrisiko.

Bei Beurteilung der Sicherheiten kommt man zu folgender Feststellung: Das abstrakte Schuldversprechen ermöglicht ein erleichtertes Verfahren des zwangsweisen Einzuges der Gelder, da keinerlei anderweitige Beweisführung mehr erforderlich ist, und ist somit ein wertvolles Hilfsmittel des Gläubigers.

Die hundertprozentige dingliche Besicherung durch Grundschuldbriefe, in denen der Wert nur mit 80% des wahren Verkaufswertes zugrunde gelegt wird, ergibt eine Besicherung von 125%. Dazu ist noch zu sagen, dass die Schätzung des Verkaufswertes wahrscheinlich nicht sehr grosszügig gehandhabt wurde. Auch kann der Verkaufswert eines Bergwerkes selbst bei Schwierigkeiten des Werkes nicht allzu erheblich sinken. Die Sicherheit muss also durchaus als gut und vollwertig angesprochen werden.

Dazu kommt als zweite Absicherung die hundertprozentige Bürgschaft der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Dass die selbstschuldnerische Bürgschaft dieses Instituts selbst in wirtschaftlich schwierigen Zeiten als vollwertige hundertprozentige Sicherung anzusehen ist, wird wohl kaum angezweifelt werden können. Ausserdem kann es bei jedem Zahlungstermin in Anspruch genommen werden, da es jedes einzelne abstrakte Schuldversprechen des Unternehmens selbstschuldnerisch verbürgen muss.

Dass die jährlichen Abgaben der Industrie, also das Steueraufkommen der Hohen Behörde, als genügende Sicherheit angesehen werden kann, wurde des öfteren

bezweifelt, da man argumentierte: Wenn die Industrie schon in Schwierigkeiten ist, so kann sie nicht noch ein erhöhtes Steueraufkommen aufbringen. Dagegen muss eingewandt werden, dass bei jeder Staatsanleihe das Steueraufkommen - das ja schliesslich auch zum grössten Teil von der Industrie stammt - als massgebende Sicherheit genügt. Wie kann man die Hohe Behörde, die man sonst als eine mit finanziellen Machtbefugnissen ausgestattete internationale, den Staatsregierungen ähnliche Körperschaft ansprechen will und deren wirtschaftliche Macht und finanzielle Bonität durch die Produktionskraft der gesamten Montanindustrie von sechs europäischen Ländern gewährleistet wird, in ihrer Kreditwürdigkeit geringer einstufen als die Staatsregierung eines einzelnen Staates. Auch bei einer rein zahlenmässigen Betrachtung muss man zu dem Ergebnis kommen, dass das Steueraufkommen eine durchaus vollwertige Sicherheit darstellt. So wurden z.B. im Jahre 1953 - 1955 140,3 Mio RE durch die Umlage aufgebracht. Die Verwaltungsaufwendungen vom 10.8.1952 - 31.12.1955 betrugen aber nur 24,55 Mio RE = ca. 17%.¹⁾ Es bleibt also der Hohen Behörde ein ganz ansehnlicher Betrag zur freien Verfügung. Stellt man diesen Zahlen einmal das Steueraufkommen abzüglich der gesetzlich notwendigen Ausgaben beliebiger Staaten in Vergleich zu den aufgenommenen Staatsanleihen gegenüber, so stellt man fest, dass keine Staatsanleihe materiell so gesichert ist wie die Anleihen der Hohen Behörde allein durch das Steueraufkommen.

Trotzdem aber hielt man es für nötig, als zum Steueraufkommen zusätzliche Sicherheit den Garantiefonds als Liquiditätsreserve zu schaffen, dessen Höhe auch beim

1) Finanzbericht der Hohen Behörde 1953 - 1955 Seite 13

endgültigen Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital immerhin noch im Verhältnis die Liquiditätsreserve jeder Geschäftsbank bei weitem übertrifft und somit ohne Zweifel als vierte vollwertige Sicherheit zu gelten hat. Zu diesen Sicherheiten muss die Industrie auch noch das grösste Risiko, das es bei internationalen Krediten gibt, nämlich das Währungsrisiko, selbst übernehmen. Somit wird durch obige Sicherheiten dem Anleihegläubiger im Endergebnis tatsächlich nur das Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers abgedeckt, ein Risiko, das er auf jedem inländischen Markt in gleicher Höhe hat.

Geht man also von der kaum anzunehmenden Voraussetzung aus, ein Kreditnehmer würde vollständig zahlungsunfähig, so stehen dem Gläubiger immerhin sofort vier absolut sichere Möglichkeiten zur Verfügung, aus denen er sich jeweils hundertprozentig befriedigen könnte. Angesichts dieser Tatsache ist es durchaus verständlich, wenn die Industrie von nicht gerechtfertigter Übersicherung der Kredite spricht. Es muss allerdings dabei hinzugefügt werden, dass dies zum grössten Teil auf das Drängen der Gläubiger zurückzuführen ist, und nicht auf ein zu grosszügiges Verhalten der Hohen Behörde in der Sicherheitengewährung. Es sollen hier auch keine Vorwürfe erhoben oder Schuldfragen untersucht, sondern nur die Tatsache beleuchtet werden, wie die Montanunionkredite aus der Sicht der Industrie heraus nach betriebswirtschaftlichen Überlegungen zu beurteilen sind. Ehe man aber zu einem endgültigen Urteil kommt, muss man auch die Fragen der Tilgung und Verzinsung untersuchen, und da ergibt sich ein durchaus erfreuliches Ergebnis.

Wenn man von dem oben schon behandelten Währungsrisiko absieht, ist die Tilgung der Kredite mit innerdeutschen ähnlichen Krediten durchaus zu vergleichen und diesen gleichzusetzen.

Die Verzinsung der Kredite ist dagegen weit günstiger als auf deutschen Märkten. So wurde die erste US.-Anleihe, von der der deutsche Bergbau einen Grossteil bekam, vom endgültigen Kreditnehmer einschliesslich sämtlicher Kosten nur mit 4,1% verzinst. Die Schweizer Anleihe war mit 4 7/8% auch noch sehr günstig. Trotzdem die Kredite in der Folgezeit sich weiterhin verteuerten, lagen sie in ihrem Nominalzinssatz immer noch unter dem normalen deutschen Kapitalmarktzins, der in den Jahren 1954 - 1955 zwischen 6% und 7% schwankte und später sogar auf 8% stieg. Die Absicht der Hohen Behörde, die neben der rein finanziellen Unterstützung besteht, nämlich durch die Kreditbewilligung die Investitionen in eine von ihr als wünschenswert angesehene Richtung zu lenken, konnte allerdings nicht erfüllt werden, da hierzu der Umfang der Mittel viel zu gering war. In diesem Zusammenhang muss auch gesagt werden, dass es für den Ruhrbergbau sehr enttäuschend war, dass bislang nur Projekte unterstützt wurden, die nach spätestens 3 Jahren effektive Ergebnisse zeigen. Im Ruhrbergbau hatte man gehofft, dass vor allem auch der dringend notwendige Bau von Schachtanlagen gefördert würde.

2574. Zusammenfassende Beurteilung.

Zusammenfassend kann man über die finanzielle Hilfe der Hohen Behörde also sagen:

Der Umfang der Hilfe war verhältnismässig klein und als wirkliche Unterstützung kaum spürbar. Trotzdem sollte das Bemühen der Hohen Behörde anerkannt und die Hoffnung nicht aufgegeben werden, dass die Hohe Behörde in Zukunft umfangreichere Summen vermitteln kann. Die Bedingungen und Kosten der Kredite selbst müssen aber in Zukunft günstiger werden, sofern sie auf die Dauer für die Industrie reizvoll sein sollen. Wenn auch der Nominalzinssatz durchaus günstig ist, so sind doch die übrigen Bedingungen und Aufwendungen unverhältnismässig ungünstig. Wenn trotzdem von der Industrie mehr Kreditanträge eingegangen sind, als Mittel vorhanden waren, ist es darauf zurückzuführen, dass einerseits ein Teil der Aufwendungen - nämlich die Umlage - so und so aufgebracht werden musste, also bei der Beurteilung des Einzelkredites nicht mehr berücksichtigt wurde und andererseits ein derartiger Bedarf an Kapital bestand, dass auch die anderen ungünstigen Bedingungen mit in Kauf genommen wurden. Es bleibt aber zu hoffen, dass in Zukunft der anfangs schon erwähnte chronische Kapitalmangel des Bergbaues einmal nachlässt und dann automatisch eine Besserung der Kreditbedingungen eintreten muss, wenn die Kredite überhaupt in Anspruch genommen werden wollen.

26. Die technische Forschung

26¹. Vertragliche Regelung

Wenn die Forschung eigentlich auch keine typische industrielle Aufgabe ist und bei betriebswirtschaftlichen Betrachtungen daher fehl am Platz erscheint, ist es heute doch so, dass die Entwicklung der modernen Industrie von dem Stand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse derart abhängig ist, dass eine kurze Erörterung der Tätigkeit der Hohen Behörde auf dem Gebiet der technischen Forschung auch bei einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung durchaus notwendig erscheint.

In allen stark industrialisierten Ländern der Welt wird die Forschungstätigkeit von der Industrie und - in verschiedener Form - auch vom Staat gefördert. Daher verpflichtet auch der Montanvertrag die Hohe Behörde in Artikel 55, die technische und wirtschaftliche Forschung für die Erzeugung und die Steigerung des Verbrauches von Kohle und Stahl, sowie die Betriebssicherheit in diesen Industrien zu fördern.

Die Hohe Behörde erfüllt auf diesem Gebiet eine doppelte Aufgabe. Einmal beruft sie Sachverständige, um einen Überblick über die Arbeiten der Forschungsinstitute zu gewinnen. Sie trägt damit zu einer Zusammenfassung der Anstrengungen und einer gemeinsamen Auswertung der Ergebnisse bei, durch die Arbeitsüberschneidungen eingeschränkt und etwaige Lücken geschlossen werden können. Zum anderen kann sie die Entwicklung der Forschungstätigkeit durch

unmittelbare finanzielle Beihilfen anregen und erleichtern, indem sie hierfür einen Teil des Aufkommens der auf die Kohle- und Stahlproduktion erhobenen Umlagen oder ihr zur Verfügung gestellte unentgeltliche Zuwendungen verwendet.¹⁾ Nach Artikel 55 Absatz 2 darf sie die Umlagemittel aber nur mit Zustimmung des Rates verwenden. Die Ergebnisse der so finanzierten Forschungen sind allen Beteiligten der Gemeinschaft zugänglich zu machen.

Was die Patentrechte anbetrifft, so erfolgt die Regelung nach folgenden Grundsätzen:

Soweit das patentierte Verfahren vollständig aus eigener Kraft eines Unternehmens oder eines Institutes entwickelt wurde, erfolgt die Patentierung in normaler Weise. Ist die Entwicklung teilweise von der Hohen Behörde finanziert worden, so wird von den anderen Unternehmen der Gemeinschaft bei Benutzung des Patentes die Patentgebühr teilweise erhoben, und zwar so, dass der zu zahlende Anteil den von dem entwickelnden Institut gezahlten Kosten entspricht. Ist also z.B. die Entwicklung eines Verfahrens zu 40% von der Hohen Behörde und zu 60% von dem Werk selbst finanziert worden, so haben die Unternehmen der Gemeinschaft bei Benutzung des Patentes 60% der Patentgebühr zu zahlen. Unternehmen ausserhalb der Gemeinschaft dagegen haben die volle Patentgebühr zu entrichten.

Die Auswahl der zu fördernden Vorhaben erfolgt nach gewissen Kriterien, die jedoch keine starren Regeln darstellen. Vor allem legt die Hohe Behörde besonderen Wert auf folgende Gesichtspunkte:

1) 4.Gesamtbericht a.a.O., Seite 212-213

- a) Bedeutung der geplanten Forschung als Beitrag zur Erreichung der von der Hohen Behörde festgelegten Allgemeinen Ziele;
- b) Anregung der Privatinitiative durch Förderung der die Gemeinschaft interessierenden Vorhaben, die aber in ihrer Entwicklung durch unzureichende Geldmittel gehemmt sind;
- c) Bedeutung von Versuchsreihen mit neuen Geräten oder Verfahren zur Bestimmung der wirtschaftlichen Vorteile bei ihrer Anwendung im Rahmen der Industrie;
- d) unmittelbare oder mittelbare Bedeutung für eine genügend grosse Zahl von Unternehmen, die durch die Zielsetzung berührt werden;
- e) Durchführung der Forschungen im Rahmen internationaler Zusammenarbeit mit allen oder zumindest mit mehreren Ländern der Gemeinschaft;
- f) grossmöglicher Nutzen der Beihilfen der Hohen Behörden. Dies ist der Fall bei Forschungen, die für ein einzelnes Land zu kostspielig sind oder bei solchen, die gleichzeitig von verschiedenen Werken oder Laboratorien durchgeführt werden; es kann sich dann als nützlich erweisen, wenn eine Koordinierungsstelle vorhanden ist, um den Wettbewerb anzuregen, die Arbeit zu organisieren und die von der Industrie unmittelbar zu leistenden Aufwendungen aufzuteilen.¹⁾

1) Aufzeichnungen für den Vorsitzenden und die Mitglieder der Arbeitsgruppe Allgemeine Ziele
Dokument-Nr. 6198/57 d der Hohen Behörde

262. Massnahmen der Hohen Behörde

Seit dem 29. April 1953 besteht bei der Hohen Behörde ein Ausschuss für technische Forschung auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlindustrie. Ihm gehören als Mitglieder Vertreter der entsprechenden Institutionen in den einzelnen Ländern an.

Für den Kohlenbergbau wurden im April 1953 zwei Ausschüsse eingesetzt, und zwar:

1. ein Ausschuss für Bergtechnik,
2. ein Ausschuss für Verkokung und Kohleveredelung.

Diese Ausschüsse, von denen jeder aus etwa 30 Angehörigen der Länder der Gemeinschaft und des Vereinigten Königreiches besteht, halten ihre Sitzungen in den einzelnen Kohlerevieren ab. Sie untersuchen die dort angewandten Verfahren und führen darüber einen Meinungsaustausch durch, der zu einer ausgedehnten Anwendung dieser Verfahren beiträgt. Die bisher untersuchten Probleme lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Ausschuss für Bergtechnik

- a) Mechanisierung der Abbauarbeiten, des Streb- und Streckentransportes. Einsatz von Abbaumaschinen, die nach den verschiedenen Hobel- und Schrämmethoden arbeiten,
- b) Schneller Streckenvortrieb im Gestein und im Flöz,
- c) Entgasung der Flöze und Wassereinspritzungen zur Staubbekämpfung,
- d) Abbau geringmächtiger Flöze,
- e) die Methoden des Vorsatzbaues und des Streckenausbaues in Schächten von grosser Teufe bei starkem Gebirgsdruck,

- r) Studium des Ausbaues und des sogenannten schreitenden hydraulischen Ausbaues,
- g) Studium eines neuen Schachtabteufverfahrens, das eine Verringerung der Sicherheitspfeiler gestattet,
- h) Studium der Zusammenlegung von Förderschächten und der Betriebszusammenfassung unter Tage mit dem Ziel, die unproduktiven Faktoren zu verringern, die Leistung zu steigern und die Gesteinskosten zu senken.

2. Ausschuss für Verkokung und Kohleveredelung

Folgende Fragen wurden untersucht:

- a) Vorherige mechanische Aufbereitung der Koks-kohle, um die Skala der verkokungsfähigen Kohle zu vergrössern,
- b) das Problem der Rationalisierung der Verkokung durch den Bau grosser leistungsfähiger Zentralkokereien mit hohem Ausstoss je Ofen, die bei sehr weitgehender Mechanisierung wenig Arbeitskräfte erfordern, statt Aufsplitterung der Verkokung auf mehrere Kokereien von geringer Kapazität,
- c) Studium mit dem Ziel, bei der Verkokung je eingesetzter t Kohle mehr und bessere Kohlenwertstoffe zu erhalten,
- d) Untersuchung über die rationellste Verwendung der Ballastkohle, z.B. durch vollständige Vergasung nach neuzeitlichen Verfahren,
- e) Studium der Erzeugung von Erdgas und seiner industriellen Verwendungsmöglichkeiten,
- f) Studium der Verbundwirtschaft zwischen Kokereien und ihren chemischen Nebenbetrieben.

Diese beiden Ausschüsse treten zweimal im Jahr in den verschiedenen Revieren der Gemeinschaft und in Grossbritannien zusammen.¹⁾

Wenn die Sachverständigen der Industrie und die Vertreter der Kohlenbergbauunternehmen auch einstimmig den Wert der Ergebnisse dieser Arbeiten und Besichtigungen anerkennen, so stehen sie doch einer finanziellen Beteiligung der Hohen Behörde an der Durchführung von Versuchen und Forschungen sehr zurückhaltend gegenüber.

So sind in der Praxis die Anträge auf finanzielle Beihilfen zahlreicher aus den Ländern, in denen die technische Forschung zentralisiert ist und weitgehend unter staatlichem Einfluss steht, als auch Ländern, wo sie in den grossen Unternehmen selbstständig durchgeführt wird.

Trotzdem ist die hohe Behörde bemüht gewesen, allgemein nützliche Forschungsarbeiten zu unterstützen. So wurden folgende finanzielle Beiträge geleistet:²⁾

Finanzierung von Forschungseinheiten (in 1000 EZU-RE)

<u>Zweckbestimmung</u>	<u>1953</u>	<u>1954</u>	<u>1955</u>	<u>1956</u>	<u>Insgesamt</u>
Versuchsbau von Arbeiterwohnungen	-	300	423	159	882
Walzversuche	-	-	82	35	117
Zeitschrift "Acier-Stahl-Steel"	-	-	40	-	40
Flammenstrahlung	-	-	79	26	105
Arbeitshygiene und -medizin	-	-	-	138	138
Reduzierung des Koksverbrauches	-	-	-	-	-
Versuche mit Silikatsteinen	-	-	-	134	134
Apparate für Grubensicherheit	-	-	-	-	-
	-	300	624	492	1416
=====					

1) Dokument Nr. 2613/1/57 d der Hohen Behörde, Seite 25-27

2) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956, Seite 20

Wenn man die ca. 1,5 Millionen Dollar für 3 Jahre in Vergleich setzt zu den Gesamtaufwendungen für Forschung, die in den Ländern der Gemeinschaft allein für die Eisen- und Stahlindustrie im Jahre 1955 knapp 18 Millionen Dollar ausmachten, so kann man auch hierbei nicht von einer sehr grossen Unterstützung sprechen. Wirkungsvoll ist sie aber trotzdem gewesen, da die Hohe Behörde ihre Mittel vor allem einzelnen bestimmten Projekten zuführte. Ausserdem waren der Hohen Behörde, wie oben schon erwähnt, insofern die Hände gebunden, als die Industrie sich gegen die Gelder sträubte, da sie lieber auf die Gelder verzichtete und die Umlage dafür gesenkt haben möchte.¹⁾ Sie argumentiert in der Weise, dass sie sagt: Die Flöz- und Gebirgsverhältnisse sind so verschieden, dass nur jedes Unternehmen für sein eigenes Gebiet die besten Verfahren entwickeln kann und daher das Geld lieber der Industrie belassen werden sollte. In gewisser Weise muss der Auffassung der Industrie zugestimmt werden, dennoch gibt es durchaus Probleme, die gemeinsam ausgearbeitet und dann auch gemeinsam finanziert werden können bzw. wo eine gemeinsame Forschung weit günstiger ist. Es sollte hier also ein Kompromiss gefunden werden, dass einerseits die Industrie der Forschungstätigkeit der Hohen Behörde nicht vollständig ablehnend gegenüber steht, andererseits aber die Hohe Behörde sich nur auf gewisse Probleme beschränkt. Zur Finanzierung dieser allgemein interessierenden Forschungsarbeiten sollte dann die Hohe Behörde von Fall zu Fall eine zweckgebundene Umlage von den Industrien erheben, anstatt ungewisse Reservepolitik für Forschungsarbeiten zu treiben. Dann würde es auch nicht vorkommen, dass z.B. von der Hohen

1) Anlage I zum Dokument Nr. 2613/1/57 d der Hohen Behörde

Behörde bis zum 31.12.1956 Finanzierungen von Forschungsarbeiten in Höhe von 9,52 Millionen Dollar vorgesehen waren, effektiv aber nur Auszahlungen im Rahmen dieser Vormerkungen in Höhe von 1,416 Millionen EZU-Einheiten erfolgten.¹⁾

1) Finanzbericht der Hohen Behörde 1956

3. Auswirkungen durch die das Arbeitskräfte- problem betreffenden Forschriften

31. Die Beschäftigungslage im Kohlenbergbau

Es wurde bereits erwähnt, dass der Bergbau sehr arbeitsintensiv ist. Diese starke Abhängigkeit von der Arbeitskraft war für den Bergbau schon immer ein besonderes, auch betriebswirtschaftliches Problem. Insbesondere in Zeiten des Arbeitskräftemangels gibt es in dieser Beziehung für den Bergbau immer wieder grosse Schwierigkeiten. So wirkten sich der niedrige Belegschaftsstand zu Ende des 2. Weltkrieges, die Belegschaftsentwicklung in den folgenden Jahren allgemein, sowie insbesondere der ungünstige Altersaufbau sehr nachteilig auf den Bergbau aus. Die Bergwerksgesellschaften bemühten sich laufend, die bergmännische Belegschaft wieder aufzubauen. Wohl wurden bis 1954 rund 600.000 Arbeitskräfte angeworben, infolge starker Fluktuation wurde jedoch nur eine Verstärkung der Belegschaft um 172.800 auf rund 300.300 Mann erreicht. Die übermässige Fluktuation der Arbeitskräfte erschwert nicht nur die fachliche Ausbildung des Personals, sondern beeinträchtigt auch die Betriebssicherheit und die allgemeine Produktivität des Unternehmens. Auch der Altersaufbau konnte noch nicht die notwendige Zusammensetzung erhalten. Zu sehr machte sich das Fehlen der Kriegsjahrgänge bemerkbar, wie aus der folgenden Übersicht zu ersehen ist:

Der Altersaufbau der Ruhrbergarbeiter
Mitte 1935 und 1954

Altersgruppe Jahre	Mitte 1935		Mitte 1954	
	Mann	%	Mann	%
14 - 20	19 867	8,46	76 452	17,52
21 - 25	22 660	9,66	60 331	13,80
26 - 30	41 175	17,55	57 459	13,16
31 - 35	49 707	21,18	44 815	10,27
36 - 40	36 909	15,73	27 641	6,33
41 - 45	25 911	11,05	39 406	9,02
46 - 50	22 627	9,65	49 482	11,33
51 - 55	10 864	4,63	45 708	10,47
56 - 60	4 004	1,71	24 285	5,55
61 und älter	898	0,38	11 158	2,55
Insgesamt	234 622	100,00	436 737	100,00
=====				

Angesichts dieser Lage befasst sich auch die Hohe Behörde mit dem Arbeitskräfteproblem. Sie stützt sich dabei insbesondere auf die Artikel 3 c (Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen), Artikel 46 W (Einholung von Auskünften über Arbeitsbedingungen), Artikel 67 § 2 II (Änderung von Lohn- und Arbeitsbedingungen), Artikel 68 (Löhne), Artikel 69 (Freizügigkeit) und Artikel 56 (Wiederbeschäftigung). Im Rahmen ihrer Zielsetzung richtete die Hohe Behörde in erster Linie ihre Aufmerksamkeit auf die Wiederbeschäftigung der Arbeitskräfte, die Freizügigkeit und den Arbeiterwohnungsbau. Gleichzeitig hat sich die Hohe Behörde auf dem Gebiet der Berufsausbildung, der Betriebssicherheit und der Arbeitshygiene betätigt, sowie Erhebungen über die Löhne und Arbeitsbedingungen angestellt.

Eine grundlegende Änderung der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt kann aber nur dadurch erfolgen, dass für weite Kreise der Arbeiterschaft der Bergmannsberuf attraktiv genug wird. Die Regierungen und Produzenten haben in Gemeinschaftsarbeit mit der Hohen Behörde

über hierzu geeignete Massnahmen beraten. Die empfohlenen Massnahmen weisen sehr verschiedenartige Aspekte auf:

Erhöhung der Alters- und Invalidenrente, regelmässigkeit der Beschäftigung und garantiertes Arbeitseinkommen, Arbeitsdauer, Befreiung von einzelnen militärischen verpflichtungen, Verstärkung der Berufsausbildung, Wohnungsbau, Beförderungen vom Wohnort zur Arbeitsstelle, Umzugs- und Einrichtungsbeihilfen für die in grosser Entfernung von dem Unternehmen angeworbenen Arbeiter, Dienstalterszulage, Treueprämien usw.

Inwieweit die Hohe Behörde im Einzelnen tätig geworden ist und welche Ergebnisse diese Bemühungen für den Einzelbetrieb gezeigt haben, soll im Folgenden kurz dargelegt werden.

32. Berufsausbildung

eine besondere Rolle bei der Anwerbung von Arbeitskräften spielt die Frage der Ausbildung des Nachwuchses. Mit der Gemeinschaft ist eine einzigartige Gelegenheit gegeben, um allen Ländern und Gebieten die Erfahrungen derjenigen zugute kommen zu lassen, die in den letzten Jahren besonders bemerkenswerte Leistungen erzielt haben. Die Hohe Behörde hat über die Lage der Berufsausbildung im Kohlenbergbau der einzelnen Länder genaue Auskünfte eingeholt und hat im Ruhrgebiet und in Niederländisch-Limburg eine Tagung über die Berufsausbildung der Jungarbeiter unter Tage veranstaltet. Ausserdem hat sie verschiedene Ausarbeitungen und Veröffentlichungen über die Berufsausbildung herausgegeben. Desweiteren wurde eine Stelle für den Austausch von Filmen und pädagogischen Hilfsmitteln geschaffen. Auch zur Finanzierung des Baues von Lehrlingsheimen hat sie beigetragen.¹⁾ Eine Weisungsbefugnis irgendwelcher Art hat die Hohe Behörde jedoch nicht.

Die Hohe Behörde ist also bemüht, soweit es in ihren Kräften steht, der Industrie bei der Ausbildung zu helfen, Dass auf diesem Gebiet keine umfangreiche Hilfe geleistet werden konnte, liegt in der Natur der Sache, da Einzelmassnahmen ja nur auf das einzelne Unternehmen zugeschnitten sein können.

1) Vergleich Kapitel Wohnungsbau

33. Arbeitsbedingungen

Die Hohe Behörde hat sich auch in anderen Punkten bemüht, gemäss den Bestimmungen des Vertrages "auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter" hinzuwirken, dem Beteiligten in der Lösung der schwebenden Probleme behilflich zu sein. Sie stellte Untersuchungen an über Fragen der Arbeitszeit und Urlaubsregelung und über Mittel, die zur Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen innerhalb der Gemeinschaft beitragen können. Sie gab eine Reihe von Monographien heraus und berief die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen der Stahlindustrie zu Besprechungen. Kurz gesagt, sie bemühte sich um Erfahrungsaustausch und Angleichung und versuchte so weit wie möglich, vermittelnd und beratend einzuspringen. Besonders auf dem Gebiet der Betriebssicherheit und Arbeitshygiene versuchte die Hohe Behörde, weitere Fortschritte zu erzielen.

Veröffentlichungen und Beratungen sollen für nötige Aufklärung der Beteiligten sorgen. Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben, um die Entwicklung widerstandsfähiger und praktischer Geräte zum Aufspüren und zur raschen und genauen Messung des Grubengases, Kohlenoxydgases und Sauerstoffgehaltes aus den Anbaustellen zu fördern. 1956 wurde auf Vorschlag der Hohen Behörde durch den Rat eine Konferenz über die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau einberufen, die sogenannte Grubensicherheitskommission. Die Kommission sowie ihre vier Ausschüsse befassten sich mit den in den einzelnen Ländern geltenden Sicherheitsvorschriften und den angewandten Methoden und arbeiteten einige Vorschläge aus. Diese betreffen:

Schutzmassnahmen gegen offene und verdeckte Grubenbrände, Schlagwetter und Staubbekämpfung, Mechanisierung, Elektrifizierung, Schiessarbeiten und Kontrolle des Hangenden, die Organisation des Rettungswesens, die Ausarbeitung von Vorschriften und die Kontrolle ihrer Einhaltung, die Beteiligung der Arbeiter an der Ausarbeitung der Vorschriften und an den Sicherheitsüberwachungen, die menschlichen Faktoren und die statistische Erfassung von Unfällen und besonderen Vorkommnissen.

Auf dem Gebiet der Arbeitshygiene ist bereits auch ein Programm der Hohen Behörde angelaufen. Silikose, Kohlenoxydvergiftungen, Hitzearbeit und Lärmbekämpfung sind als die dringlichsten Probleme anerkannt worden. Im Dezember 1955 wurden 66 Forschungen genehmigt, wofür die betreffenden Institute auf Grund der von Fall zu Fall getroffenen Vereinbarungen Beihilfen für den nötigen Ankauf der Forschungseinrichtungen, sowie für die Honorare der Forscher erhalten. Bis zum Mai 1957 sind von den für diese Forschungen bereitgestellten Gesamtmitteln in Höhe von 1.200.000 RE etwa 570.000 RE ausgegeben worden, und zwar 540.000 RE für die eigentliche Forschung und 30.000 RE für Studienreisen, Studienaufenthalte, Sitzungen und Sachverständigenhonorare¹⁾.

Im Laufe des Jahres 1956 konnte in 19 Arbeitsgruppen unter massgeblicher Beteiligung von Mitgliedern des Forschungsausschusses ein Gedanken- und Erfahrungsaustausch über neue Ideen, über die laufenden Versuche in den Instituten, über die bisher erzielten Ergebnisse, sowie über gewisse Fehlschläge durchgeführt werden. Auf diese Weise konnten neue Vor-

1) V.Gesamtbericht a.a.O. Seite 240

stellungen gewonnen und die in Zukunft einzuschlagenden Wege genauer abgesteckt werden.

Neben diesen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten hat sich die Hohe Behörde um den gegenseitigen Informationsaustausch der Werksärzte bemüht, die auf dem Kohlen- und Stahlsektor in besonders grosser Zahl tätig sind. Zwei Gruppen von Werksärzten treten regelmässig zusammen, um sich über die wichtigsten Ergebnisse der Arbeitsmedizin zu informieren, die jeweils aufgetretenen Schwierigkeiten zu erörtern und die Probleme anzugeben, die den Forschungsinstituten zur Untersuchung vorgelegt werden.

34. Lohn- und Sozialpolitik

Grundsätzlich bleibt die Lohn- und Sozialpolitik den Regierungen der Mitgliedstaaten bzw. den Tarifpartnern überlassen. Ein Eingreifen der Hohen Behörde erfolgt nur bei aussergewöhnlichen Fällen. Stellt die Hohe Behörde z.B. fest, dass ein oder mehrere Unternehmen ungewöhnlich niedrige Preise anwenden, die die Folge von Löhnen sind, die im Vergleich zu den Löhnen desselben Gebietes ungewöhnlich niedrig sind, so richtet sie nach Stellungnahme des beratenden Ausschusses die entsprechenden Empfehlungen an diese Unternehmen¹⁾. Sind die Löhne auf Regierungsentscheidungen zurückzuführen, so setzt sich die Hohe Behörde mit den beteiligten Regierungen ins Benehmen. Ausserdem ist jede Lohnsenkung (von wenigen Ausnahmen abgesehen), von der ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft betroffen wird, der Hohen Behörde nach Artikel 68 § 4 zu melden. Werden derartige Empfehlungen von den Unternehmen nicht befolgt, so kann ihnen die Hohe Behörde Geldbussen und Zwangsgelder bis zur doppelten Höhe der unzulässigerweise erzielten Lohneinsparungen auferlegen.

Bislang hat sich die Hohe Behörde aber noch nicht mit derartigen einzelne Unternehmen betreffenden Vorkommnissen beschäftigt, sondern ihre Tätigkeit umfasste Untersuchungen und Massnahmen allgemeiner Art. So stellte sie Material zum Lohnvergleich zusammen, was besonders schwierig dadurch wurde, dass die Statistiken der einzelnen Länder kaum vergleichbar sind, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die sich aus der Vergleichbarkeit verschiedener Währungen ergeben. Auch die Sozialleistungen in den einzelnen Ländern

1) Artikel 68 des Vertrages

wurden genau untersucht.

Bislang kann man aber von wesentlichen praktischen Auswirkungen auf den Einzelbetrieb noch nicht sprechen. Es besteht jedoch durchaus die Möglichkeit, dass einmal Bestrebungen, die Löhne anzugleichen, ernsthaft durchgesetzt werden.

35. Anpassung

Der Wettbewerb auf dem Gemeinsamen Markt soll die Erzielung der besten Produktion ermöglichen, was eine ständige Verbesserung der Ausrüstung und eine laufende Steigerung der Produktivität erfordert. Es gibt aber keinen Fortschritt ohne Veränderungen, und derartige Veränderungen haben oft zur Folge, dass für eine Anzahl von Arbeitskräften der Arbeitsplatz verloren geht. Das bedeutet nicht, dass zu viel Arbeitskräfte vorhanden sind. Lediglich an ihrem gewohnten Arbeitsplatz gibt es keine Beschäftigung mehr für diese Arbeiten. Daher müssen sie auf neue artverwandte Arbeiten umgeschult oder in andere Gegenden umgesiedelt werden, wo sie noch Arbeit entsprechend ihrer ursprünglichen Ausbildung finden. Beides bedeutet für den Arbeitnehmer Lohnausfall und besondere Belastungen. Im Zuge der Anpassungsmassnahmen sollen diese Belastungen zum Teil von der Hohen Behörde getragen werden, damit dem Arbeitnehmer durch die Erzielung von Fortschritten auf dem Gebiet der Produktion keinerlei Nachteile erwachsen.

Richtet eine der Regierungen der Mitgliedstaaten an die Hohe Behörde einen Antrag auf Eingreifen, überprüft die Hohe Behörde diesen Antrag auf seine Stichhaltigkeit und kann die Bewilligung einer nicht rückzahlungspflichtigen Beihilfe beschliessen, um einen Beitrag zu leisten:

- a) zur Zahlung von Entschädigungen, die es den Arbeitern ermöglichen, ihre Wiederbeschäftigung abzuwarten¹⁾,

1) Artikel 56 und § 26 IV des Übergangsabkommens

- b) durch Zuwendungen an die Unternehmen zur Sicherstellung und Entlohnung ihres Personals bei zeitweiser Beurlaubung, die durch Änderungen ihrer Tätigkeit notwendig geworden ist,¹⁾
- c) zur Gewährung von Beihilfen an die Arbeitnehmer für die Kosten zur Erlangung eines neuen Arbeitsplatzes²⁾,
- d) zur Finanzierung der Umschulung der Arbeitnehmer, die ihre Beschäftigung wechseln müssen.³⁾

Der in Frage kommende Staat muss auch selbst einen besonderen Beitrag leisten, der mindestens so hoch wie die Beihilfe der Hohen Behörde ist, es sei denn, dass der Rat mit 2/3 Mehrheit eine Abweichung zulässt. Ferner kann die Hohe Behörde in bestimmten Fällen die Finanzierung der von ihr genehmigten Programme zur Schaffung neuer Betätigungsmöglichkeiten erleichtern, die wirtschaftlich gesund und geeignet sind, eine produktive Wiederbeschäftigung der frei gewordenen Arbeitskräfte zu sichern.

Seit Errichtung des Gemeinsamen Marktes hat die Hohe Behörde etwa 10.570.000 RE für Beihilfen gemäss § 23 Übergangsabkommen gewährt. Bis 31. Januar 1957 waren davon 2.374.260 RE verausgabt worden⁴⁾. Es wurden bis zum 31. Dezember 1956 aber bereits Rückstellungen für die Finanzierung von Anpassungsmassnahmen in Höhe von 21,8 Millionen RE gemacht⁵⁾. Man muss also feststellen, dass der Reserve von 21,8 Millionen RE nur 10,6 Millionen RE abzüglich 2,4 Millionen bereits verausgabter Mittel = 8,2 Millionen RE als geplante Ausgaben gegenüber stehen. Somit sind nur 37,5% der Rück-

1) § 23 IV ÜA

2) Artikel 56, § 23 IV ÜA

3) Artikel 56, § 23 IV ÜA

4) 5. Gesamtbericht, a.a.O. S. 229

5) Seite 11 Finanzbericht 1956

stellungen durch geplante Ausgaben berechtigt, während die restlichen 62,5% ohne jede nähere Begründung zurückgestellt wurden. Auch bei diesen Rückstellungen lässt sich demnach dasselbe feststellen, worauf bereits sowohl bei der Garantiefondsbildung als auch bei den Rückstellungen für technische Forschung hingewiesen wurde, nämlich, dass die Hohe Behörde eine sehr grosszügige Reservepolitik auf Kosten der Industrie betreibt. Für den deutschen Bergbau ist es aber durchaus nicht gleichgültig, ob mit den Mitteln, die er für andere Zwecke dringend benötigen würde, derartig grosszügig verfahren wird, oder ob nicht die Möglichkeit besteht, die Reservepolitik in vertretbaren Grenzen zu halten und lieber den werken finanzielle Erleichterung zu verschaffen. Dieses Verlangen nach strengen Massstäben ist um so mehr berechtigt, als der Ruhrbergbau von den 21,8 Millionen Reserve + 2,4 Millionen effektiven Ausgaben = 24,2 Millionen RE für Anpassungen ca. 25% = ca. 6 Millionen RE aufgebracht, aber noch keinen Pfennig davon beansprucht hat. Die aufgebrachten 6 Millionen RE sind für ihn betriebswirtschaftlich gesehen verloren; sie stärken im Gegenteil indirekt noch die Konkurrenz.

Man kommt also zu dem Schluss, dass die Massnahmen der Hohen Behörde auf dem Gebiet der Wiederbeschäftigung für den deutschen Bergbau und seine Arbeitnehmer noch keinerlei Vorteile gebracht haben, dass die Aufbringung der für andere Gebiete benötigten Mittel aber eine zusätzliche finanzielle Belastung des Bergbaues darstellt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich für den grössten Teil der Montanindustrie in der Gemeinschaft, abgesehen von den wenigen Werken, deren Arbeitnehmern wirklich die Unterstützung zugute kam. Anstatt daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Rückstellungen abzubauen und die Umlage weiter herabzusetzen, scheinen Bestrebungen im Gange zu sein, die Rückstellungen noch zu erhöhen, um die Hilfe nicht nur wie bisher bei struktureller Arbeitslosigkeit zur Verfügung zu stellen, sondern auch bei konjunktureller und saisonaler Arbeitslosigkeit. Damit wäre aber nichts anderes geschaffen, als eine zusätzliche internationale Arbeitslosenversicherung, die ganz allein vom Arbeitgeber getragen würde und für die Industrie eine grosse finanzielle Belastung bedeutete. Diese Belastung müsste letzten Endes jedoch im Preis vergütet werden und würde so seine auf den ersten Blick sozial erscheinenden Aspekte verlieren. Es bleibt zu hoffen, dass die Hohe Behörde zu derselben Einstellung kommt und ihre Reservepolitik nicht mehr so grosszügig gestaltet. Das läge nicht nur im Interesse der Industrie selbst, sondern ebenso im Interesse der Arbeitnehmer und Verbraucher.

36. Die Freizügigkeit

Ein weiterer Weg zur sozialen Angleichung und zum Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt ist die Möglichkeit, den Arbeitsplatzwechsel von Land zu Land dem Wechsel innerhalb eines Landes gleichzusetzen. So ist auch im Artikel 69 vorgesehen, jede Beschränkung der Freizügigkeit von anerkannten Kohle- und Stahl-Facharbeitern zwischen den Mitgliedstaaten zu beseitigen. Ein entsprechendes Abkommen ist im Dezember 1954 abgeschlossen worden. Im Juni und Juli 1956 hat sich die Hohe Behörde über die Massnahmen unterrichtet, welche die einzelnen Regierungen getroffen haben, um ihre Einwanderungsbestimmungen zu ändern. Grosse Schwierigkeiten ergaben sich für die Arbeitnehmer aber aus den Rechtsvorschriften der einzelnen Länder über die Sozialversicherung. Wohl waren einige bilaterale und multilaterale Abkommen in dieser Beziehung geschlossen worden, die aber keineswegs voll befriedigten. Im Dezember 1957 wurde dann in Rom das europäische Abkommen über die soziale Sicherheit der Wanderarbeiter unterzeichnet. Das Abkommen gilt für alle Zweige der sozialen Sicherheit. Es beruht auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Wanderarbeiter (die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der EGKS besitzen) mit den inländischen Arbeitern bei der Anwendung der Sozialversicherungsgesetze des Staates, in dem sie sich befinden, und auf dem Grundsatz der Erhaltung der nach diesen Gesetzen zu gewährenden Leistungen ohne Rücksicht auf die Wohnsitzverlegung der Arbeitnehmer und ihrer Familien innerhalb der Gemeinschaft.¹⁾

1) Dokument Nr. 8422/57 d, Europäisches Abkommen über die soziale Sicherheit der Wanderarbeitnehmer Seite 8

Mit diesem Abkommen wären juristisch gesehen die Beschränkungen der Freizügigkeit beseitigt. Praktisch aber machen die Arbeitnehmer nicht viel Gebrauch von dem Recht der Freizügigkeit. Zuviel andere Faktoren halten sie in ihrer Heimat. Bedeutende Hindernisse sind z.B. die verschiedene Sprache, das Alter, die Bindung an die Familie, die Entfernung, die Freizeitgestaltung, die Wohnung, die soziale und kulturelle Umgebung, Einstellung der Umwelt, Besitz eines Hauses usw. Alle diese Hemmnisse lassen sich kaum durch gesetzliche Bestimmungen beseitigen, sondern liegen in der Person des Arbeiters selbst begründet.

So hat sich diese immerhin begrüßenswerte Regelung der vollständigen Freizügigkeit bislang nicht ausgewirkt. Wohl werden auch im deutschen Steinkohlenbergbau Ausländer beschäftigt. Insgesamt waren dies an der Ruhr aber 1955 aus den Ländern der Montanunion nur 1.465 gegenüber 3.498 sonstigen Ausländern. Bei einer Gesamtzahl von 522.386 Beschäftigten fallen diese wenigen Personen kaum ins Gewicht. Auch Abwanderungen deutscher Arbeiter in ausserdeutsche Gebiete sind nicht erfolgt. Somit kann man wohl sagen, betriebswirtschaftlich hat sich die Einführung der vollständigen Freizügigkeit im deutschen Steinkohlenbergbau noch nicht bemerkbar gemacht.

27. Wohnungsbau

Neben der Beseitigung der betrieblichen Kriegsschäden war zur Sicherung und Steigerung der Kohlenförderung und zum Wiederaufbau der Belegschaft der Wohnungsbau eine dringliche Aufgabe. Daher muss auch in einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung dieses Gebiet wenigstens im grossen Rahmen berührt werden.

Die Hohe Behörde hat seit Beginn ihrer Tätigkeit die Förderung des Wohnungsbaues für die Arbeiter des Kohlenbergbaues und der Stahlindustrie als eine ihrer Hauptaufgaben im sozialen Bereich angesehen. Sie stützt sich hierbei auf die Artikel 2 und 3 des Vertrages, die ihr die Aufgaben zuweisen, zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung beizutragen und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer voranzutreiben¹⁾.

Die Hohe Behörde beabsichtigt damit, Arbeitskräfte zu gewinnen, die volle Wirksamkeit der Arbeitskräfte sicherzustellen, sowie insbesondere günstigere Lebensbedingungen zu schaffen.

Die Förderung erfolgt vor allem auf folgende drei Arten:

- a) durch Gewährung von Krediten aus Anleihemitteln,
- b) durch Gewährung von Krediten aus dem Aufkommen von Bankenzinsen und sonstigen Einnahmen,
- c) durch verlorene Zuschüsse aus Umlagegeldern.

Die von der Hohen Behörde zur Verfügung gestellten Mittel werden - genau wie die Investitionsunterstützung - aber nur zur Spitzenfinanzierung zur Verfügung gestellt.

1) Dok.8315/57 d der Hohen Behörde, zusätzl. Notiz z. Pressekonf., Inform.v.30.12.57

Da der Wohnungsbau heute nicht mehr im grossen Masse von den Werken selbst, sondern von den Werken angeschlossenen Wohnungsbauengesellschaften betrieben wird, die aber nicht der Hohen Behörde unterstehen, war zur Bewilligung von Krediten an diese Gesellschaften nach Artikel 54 Absatz 2 die Zustimmung des Ministerrates erforderlich. Diese wurde am 22. März 1955 erteilt¹⁾. Das Einverständnis zur Übernahme von Bürgschaften in solchen Fällen wurde am 2.5.1955 gegeben²⁾. Im übrigen ist der Ablauf der Anleihe- und Kreditoperationen der Hohen Behörde für den Wohnungsbau entsprechend dem Verfahren bei den Investitionskrediten geregelt, mit dem einzigen Unterschied, dass noch Hypothekenbanken bei der Vermittlung eingeschaltet werden müssen.

Wie bereits im Abschnitt über die Investitionen ausgeführt wurde, war ursprünglich beabsichtigt gewesen, von der 100-Millionen-Dollar US-Anleihe 25 Millionen Dollar für den Wohnungsbau abzuzweigen. Nachdem sich das zerschlagen hatte, versuchte die Hohe Behörde, auf den jeweiligen inländischen Kapitalmärkten Anleihen aufzunehmen. Insgesamt konnte sie 5 Darlehen zur Wohnungsbaufinanzierung aufnehmen. In der Bundesrepublik wurden von der Rheinischen Girozentrale Düsseldorf und der Landesbank für Westfalen Münster jeweils 25 Millionen DM = 5,95 RE zur Verfügung gestellt. Der Zinssatz beträgt $3 \frac{3}{4}\%$ ³⁾ bei einer Laufzeit von 26 Jahren. Der günstige Zinssatz wurde durch langfristige Anlagen von Umlagemitteln bei den Banken ermöglicht. Weitergegeben wurden die Gelder von der Hohen Behörde für den Bergarbeiterwohnungsbau ausschliesslich in Form von 1. Hypotheken über verschiedene Realkreditinstitute. Sie wurden mit $4 \frac{1}{2}\%$ bis $4 \frac{3}{4}\%$ verzinst bei einer Tilgung von 2,5%, wohingegen zu der damaligen Zeit Hypo-

1) Amtsblatt 1955 Seite 663

2) Amtsblatt 1955 Seite 744

3) Vergleich Tabelle Seite 100

thekendarlehen nur zu 6 1/2% Zinsen und 1% Tilgung erhältlich waren¹⁾.

Mit diesen Geldern wurde ein Bauprogramm unterstützt, das 10.000 Wohnungen umfasste und dessen Gesamtkosten 200 Millionen DM betrugen. Die Hohe Behörde beteiligte sich also an der Finanzierung mit 25% der Kosten. Von den 10.000 Wohnungen in der Bundesrepublik waren für Arbeiter des Eisenerzbergbaues 1000, für Bergleute des Aachener Reviers 800 und für den Ruhrbergbau 8.200 Wohnungen bestimmt. Danach entfielen auf den Ruhrbergbau von den 50 Millionen DM insgesamt 40,7 Millionen DM²⁾.

In weiterer Verfolgung der Finanzierungshilfe zum Bau von Arbeiterwohnungen hat die Hohe Behörde 15 Millionen RE aus ihren eigenen Mitteln bereitgestellt (Zinsen und sonstige Einnahmen). Dieser Betrag erhöht sich durch Mittel aus den jeweiligen nationalen Kapitalmärkten auf 30 Millionen RE. Der Zinssatz, der sich aus dem Zinssatz für die eigenen Mittel der Hohen Behörde und dem Zins der aufgenommenen Anleihen errechnet, beträgt 5% mit einer Tilgung von 1 1/2% bei 30-jähriger Laufzeit. Der Ministerrat erteilte am 3.5.1956 seine Zustimmung zu dem Vorhaben³⁾. Das Programm ermöglicht den Bau von ca. 26.000 Arbeiterwohnungen, wovon bis November 1957 10.000 fertiggestellt und 11.000 im Bau waren⁴⁾. Von den zur Verfügung gestellten Mitteln entfielen auf den deutschen Bergbau 45 Millionen DM, davon auf den Ruhrbergbau 33 Millionen DM.

1) Langhans a.a.O. Seite 47

2) Langhans a.a.O. Seite 46

3) Amtsblatt 1956 Seite 150

4) Dokument 8315/57 d 10.11.1957 der Hohen Behörde

Desweiteren gibt die Hohe Behörde verlorene Zuschüsse aus den Umlagemitteln. Sie stützt sich dabei auf Artikel 55 Absatz 2 c, wonach ihr die Unterstützung von technischer und wirtschaftlicher Forschung aus der Umlage mit Zustimmung des Rates möglich ist. Der Rat gab seine Zustimmung am 10.4.1954 zur Bereitstellung von 1 Million RE¹⁾ für das erste Programm. Dieses Forschungsprogramm sah den Bau von 1022 Wohnungen vor. Die Forschungsarbeiten wurden im Zeichen des internationalen Rates für Bauforschung von verschiedenen mit dem Vergleich der Baukosten beauftragten Instituten durchgeführt. Die Wohnungen verteilen sich auf folgende Länder:

Bundesrepublik	400 Wohnungen
Frankreich	250 Wohnungen
Belgien	150 Wohnungen
Italien	68 Wohnungen
Niederlande	54 Wohnungen
Luxemburg	50 Wohnungen
Saar	50 Wohnungen

Von den 400 deutschen Wohnungen entstanden im Ruhrgebiet insgesamt 350.

Für ein weiteres Programm stellte die Hohe Behörde aus Umlagemitteln 4 Millionen RE zur Verfügung, davon 1 Million als verlorenen Zuschuss und 3 Millionen als Kredit zu einem Zinssatz von 3% für die Dauer von höchstens 35 Jahren. Die Forschungsarbeiten erstrecken sich auf die Anwendung der Grundsätze der Normung und der Koordinierung der Modelle in der Verwendung von traditionellen und nicht traditionellen Bautypen und ganz

1) Amtsblatt 1954 Seite 311

besonders auf eine erhöhte Stahlverwendung. Die 4 Millionen sind wie folgt aufgeteilt worden:¹⁾

		<u>Kredite</u>	<u>Verlorene</u>
		<u>Dollar</u>	<u>Zuschüsse</u>
			<u>Dollar</u>
Deutschland	825 Wohnungen	1.237.500	412.500
Belgien	300 Wohnungen	450.000	150.000
Frankreich	525 Wohnungen	787.500	262.500
Italien	150 Wohnungen	225.000	75.000
Luxemburg	50 Wohnungen	75.000	25.000
Niederlande	150 Wohnungen	225.000	75.000
	2.000 Wohnungen	3.000.000	1.000.000
		=====	=====

Von den deutschen Wohnungen sind 325 für Ruhrbergleute, 100 für solche aus dem Aachener Gebiet und 400 für Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie bestimmt. In jedem Fall ist je Wohnung ein verlorener Zuschuss in Höhe von 2000 DM vorgesehen, während 6000 DM als 1. Hypothek eingetragen werden sollen²⁾.

Zusammenfassend ergibt sich also, dass folgende Beträge zur Verfügung gestellt wurden:

Bis 1. Januar 1958 abgeschlossene Massnahmen für den Ruhrbergbau:

Kredite aus Anleihen	40,7 Millionen DM
verlorene Zuschüsse	<u>0,6 Millionen DM</u>
Gesamtsumme:	41,3 Millionen DM
	=====

Weitere bis 1. Januar 1958 noch nicht abgeschlossene Massnahmen:

1) Dokument 8315/57 d Seite 2 der Hohen Behörde

2) Langhans a.a.O. Seite 50

EGKS. in EZU-RE Ruhr in DM

Kredite aus Mitteln der Hohen Behörde	15 Mio	} 33 Mio
Kredite aus fremden Ka- pitalquellen	15 Mio	
Kredite aus Mitteln der Hohen Behörde (2.For- schungsprogramm)	3 Mio	1,89 Mio
verlorene Zuschüsse (2.Forschungsprogramm)	1 Mio	0,63 Mio

Die Kredite sind sehr günstig in Bezug auf den Zinssatz und halten sich auch in ihren sonstigen Bedingungen durchaus im üblichen Rahmen. Daher sind diese Wohnungsbaukredite unbedingt zu begrüßen. Leider muss aber auch hier gesagt werden, dass sie sich gegenüber den Gesamtaufwendungen für den Wohnungsbau nur in sehr geringem Umfang halten.

So wurden dem Unternehmensverband Ruhrbergbau in den Jahren 1952-1956 folgende Bauvorhaben für Bergarbeiterwohnungen im Ruhrgebiet gemeldet:¹⁾

	Wohnungen	Gesamtkosten (in Mio DM)	Beitrag der Unternehmen
1952	30 200	420	120
1953	28 500	445	113
1954	26 600	446	107
1955	18 800	375	81
1956	12 300	276	54
	116 400	1 962	475
	=====		

Gegenüber den Gesamtkosten von 1.962 Millionen DM, an denen sich die Unternehmungen allein mit 475 Millionen DM = 24,2% beteiligten, hat die Hohe Behörde nur 41,3

1) Langhans a.a.O.Seite 57

Millionen DM = 2,1% zur Verfügung gestellt.

Es ist aber erfreulich, dass die Hohe Behörde die Vermittlung stark forcieren und für 1957/58 weitere Mittel zur Verfügung stellen konnte.

38. Zusammenfassende Beurteilung

Die Lösung des Arbeitskräfteproblems ist auch von der Hohen Behörde als sehr wichtig für die weitere Entwicklung des Bergbaues anerkannt worden. Daher war die Hohe Behörde von Anfang an bemüht, bei diesen Fragen die Industrie, so weit es möglich war, zu unterstützen. Da aber die hauptsächliche Schwierigkeit in der menschlichen Sphäre liegt, nämlich in der weitverbreiteten Abneigung gegenüber dem Bergmannsberuf, lassen sich diese Fragen nicht durch obrigkeitliche Vorschriften lösen. Die Hauptaufgabe verbleibt daher bei den einzelnen Unternehmen, die im näheren persönlichen Kontakt zum Arbeitnehmer stehen. Die Möglichkeit, die der Hohen Behörde verbleibt, ist, dazu beizutragen, den Bergmannsberuf attraktiver zu machen.

In diesem Sinne bemühte sich die Hohe Behörde um eine Verbesserung der Ausbildung und der Arbeitsbedingungen. Sie ist bestrebt, in der Lohn- und Sozialpolitik darauf zu achten, dass Preiskämpfe nicht durch Verminderung der Lohn- und Sozialleistungen ausgetragen werden. Auch konnte sie die volle Freizügigkeit für Kohle- und Stahlfacharbeiter durchsetzen. Durch die Anpassungsbeihilfe versucht sie Härten, die durch produktionstechnische Fortschritte entstehen können, vom Arbeitnehmer so weit wie möglich fernzuhalten. Im Grunde aber haben alle diese lobenswerten Bemühungen noch keine grossen Auswirkungen gezeigt. Schon immer war die Industrie selbst bemüht, in derselben Weise zu handeln, so dass die Tätigkeit der Hohen Behörde nur eine Ergänzung darstellt. Diese Ergänzung mag für einzelne und auf einzelnen gebie-

ten durchaus bemerkenswert sein, betriebswirtschaftlich wurde sie aber für den deutschen Steinkohlenbergbau kaum spürbar. Dasselbe gilt auch für die Unterstützung beim Wohnungsbau. Im Verhältnis zum gesamten Wohnungsbau des deutschen Steinkohlenbergbaues ist die Unterstützung sehr gering.

Trotzdem aber sollte die Tätigkeit der Hohen Behörde nicht verworfen werden. Wenn sie für den Einzelbetrieb jetzt auch noch nicht spürbar wurde, so hat die Hohe Behörde doch zum internationalen Erfahrungsaustausch und zur Zusammenarbeit über die Staatsgrenzen hinweg auch in Bezug auf das Arbeitskräfteproblem beigetragen. Dadurch mag der Grundstein für manche spätere internationale Lösung der Fragen gelegt sein, zumindest aber wurden dadurch die Bindungen zwischen den einzelnen Ländern verstärkt und der Zusammenschluss der Völker weiter gefördert.

4. Die Auswirkungen auf die Kosten- und Er- lösrechnung

41. Die Kostenrechnung als Kontrollmittel der Hohen Behörde

411. Die vertragliche Regelung

Wie bereits dargelegt, ist es die Aufgabe der Hohen Behörde, die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe bei möglichst niedrigen Preisen zu sichern und gleichzeitig eine ausreichende Ertragslage zu gewährleisten. Um aber die Lage der einzelnen Betriebe und Reviere richtig einschätzen und die erforderlichen Massnahmen ergreifen zu können, ist eine genaue Kenntnis der Kostenlage der einzelnen Betriebe bzw. Reviere erforderlich, denn bekanntlich bietet eine spezifizierte Kosten- und Ertragsrechnung einen guten Überblick über das gesamte Betriebsgeschehen und seine Entwicklung. Gerade weil aber die Kostenrechnung einen so guten Einblick in die ganze wirtschaftliche Lage eines Betriebes gibt, wird diese innerhalb der Betriebe nur einem begrenzten Personenkreis streng vertraulich zugänglich gemacht. Trotzdem haben sich die Werke der Kohle- und Stahlindustrie in Anbetracht der Notwendigkeit einer erfolgreichen Arbeit der Hohen Behörde bereit erklärt, ihr weitgehend Einblick in ihre Kostenrechnung zu gewähren. Die Auskünfte über die Kostenlage der Unternehmen werden der Hohen Behörde in Form von vierteljährlichen Meldungen gegeben. Ausserdem erfolgt auf Anforderung eine Jahresendabrechnung. In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass diese Meldungen an die Hohe Behörde keine Einzelmeldungen der Unternehmen sind, sondern

in Form einer Durchschnittskostenrechnung für das gesamte Revier vom Unternehmensverband zentral aufgestellt werden.

Die Hohe Behörde stützt sich bei ihrer Forderung nach Auskunft über die Kosten der Unternehmen auf Artikel 47, nach dem sie die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte einholen kann. Sie kann sogar gegen Unternehmen mit Geldbussen vorgehen, die sich weigern, solche Auskünfte zu gewähren, oder wesentlich falsche Angaben machen.

Die Hohe Behörde ist allerdings verpflichtet, Auskünfte, die ihrem Wesen nach unter das Berufsgeheimnis fallen, nicht bekanntzugeben. Dies gilt insbesondere für Auskünfte über Unternehmen, die ihre Geschäftsbeziehungen oder ihre Kostenelemente betreffen.

Hat ein Unternehmen dadurch Schaden erlitten, dass die Hone Behörde die Wahrung des Berufsgeheimnisses nicht beachtet hat, kann das Unternehmen beim Gerichtshof auf Schadenersatz klagen.

Der Artikel 47 ermächtigt die Hohe Behörde aber nicht nur, Auskünfte einzuholen, sondern sie kann auch selbst die erforderlichen Nachprüfungen machen lassen. Diese Nachprüfungen, Enqueten genannt, wurden beim Ruhrbergbau bisher zweimal vorgenommen.

412. Der internationale Kostenvergleich und seine Schwierigkeiten

Im vorigen Abschnitt ist auf die Notwendigkeit und die rechtliche Grundlage der Kostenkontrolle durch die

Hohe Behörde eingegangen worden. Diese Kostenkontrolle hat aber für die Hohe Behörde erst ihren wirklichen Zweck erfüllt, wenn die Kosten der Erzeuger in den verschiedenen Ländern verglichen werden können. Während aber schon ein zwischenbetrieblicher Kostenvergleich innerhalb eines Landes auf erhebliche Schwierigkeiten stösst, sind bei einem internationalen Kostenvergleich die Probleme weit grösser.

Das Haupthindernis eines solchen internationalen Kostenvergleiches sind die verschiedenen Währungen. Das Zahlenmaterial muss auf eine gemeinsame Einheit umgerechnet werden, um überhaupt vergleichbar zu sein. Dabei taucht die Frage auf, nach welchem Kurs die Angaben umgerechnet werden sollen. Es ist bekannt, dass die offiziellen Wechselkurse nicht den wirklichen Wertverhältnissen der Währungen entsprechen. Eine Umrechnung nach den offiziellen Wechselkursen kann daher kein einwandfreies Bild geben.

Dieser nominellen Umrechnung über den Wechselkurs steht die reale Umrechnung nach Kaufkraft gegenüber, die vor allem bei internationalen Realeinkommensvergleichen angewendet wird. Hierbei unterscheidet man vor allem drei Arten: den Warenkorbvergleich, die Umrechnung der Güterpreise auf Arbeitsstundenaufwand und die Inbeziehungsetzung von Nominallohn und Lebenshaltungskostenindex. Alle diese Methoden haben ihre Vor- und Nachteile, auf die im Rahmen dieser betriebswirtschaftlichen Arbeit aber nicht näher eingegangen werden kann.

Beim Lohnvergleich im Bereich der westeuropäischen Länder hat man sich für eine reale Umwertung in der Weise

entschieden, dass für 200 wichtige Verbrauchsgüter und Dienstleistungen die Preise in allen Vergleichsländern möglichst genau ermittelt und anschliessend hieraus die Preisrelationen von Land zu Land errechnet werden. Aus diesen Preisrelationen werden durchschnittliche Korrekturfaktoren für die Wechselkurse gewonnen¹⁾.

Die nominale Umrechnung ist aber für Wettbewerbsuntersuchungen durchaus ausreichend, da für den Güteraustausch die nominale Umrechnung nach den amtlichen Wechselkursen massgebend ist.

Zu diesem Hauptproblem des internationalen Kostenvergleichs treten noch die Schwierigkeiten, die sich schon bei anderen zwischenbetrieblichen Kostenvergleichen ergeben, die sich aber im internationalen Kostenvergleich noch verstärken.

In diese Kategorie gehört z.B. die Tatsache, dass die Abgrenzung der Kostenarten, Kostenstellen und Kostenträger in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich ist. Um überhaupt die Grundlage für einen Vergleich zu schaffen, mussten also die Berechnungsverfahren vereinheitlicht werden. Diese Vereinheitlichung musste schon bei der Definition der Kostenträger beginnen. Einmal muss die Art des Kostenträgers genau bestimmt werden, zum anderen auch seine Einheit. Während z.B. in Deutschland die Kostenberechnung auf der Grundlage t verwertbare Förderung (tvF) erfolgt, wird in Frankreich die geförderte Tonne also (t=t) zugrunde gelegt. Gleichermassen müssen die Kostenstellen eine einheitliche Abgrenzung erfahren und erst recht die

1) Statistische Information der EGKS Heft 7 Juni 1954
Seite 10-13

Kostenarten müssen genau definiert und das Verfahren ihrer Berechnung festgelegt werden. Z.B. war die Berechnung der Abschreibungen und Kapitaldienste in den Ländern der Gemeinschaft sehr unterschiedlich, was natürlich die Vergleichbarkeit der auf so verschiedenen Wegen errechneten Werte verminderte.

Die Hohe Behörde sah sich also bei Beginn ihrer Tätigkeit vor die Aufgabe gestellt, auf die Industrien der einzelnen Länder einzuwirken, dass sie ihre Kostenrechnung einander anglichen, damit die Hohe Behörde überhaupt eine gewisse Möglichkeit hatte, die Kosten zu vergleichen.

413. Die erforderliche Umstellung der Kostenrechnung

4131. Grundsätzliche Umstellungen und Vereinheitlichungen

Beim Bergbau in der Bundesrepublik ist von allen anderen Ländern die Kostenrechnung am weitesten ausgebaut. Der Kostenrechnung des westdeutschen Bergbaues liegt das Bergbaukostenstandard-System (BKSS) zugrunde, das eine sehr ausgefeilte und ins einzelne gehende Kostenrechnung darstellt. Auf Grund dieses beim Bergbau einheitlich eingeführten Schemas wurden bereits über den zuständigen Unternehmensverband zwischenbetriebliche Kostenvergleiche durchgeführt.

Eine ähnliche Vereinheitlichung der Kostenrechnung, wie sie für den westdeutschen Bergbau bereits bestand, musste also für die gesamte Montanunion erfolgen, um

dem internationalen Kostenvergleich durch die Hohe Behörde überhaupt eine Grundlage zu geben.

Es wurde schon gesagt, dass es bei einem Kostenvergleich auf die Einheitlichkeit der Abgrenzung und Definition der Kostenträger, Kostenstellen und Kostenarten ankommt.

Als Kostenträger kommt in diesem Fall nur Kohle in Frage, denn über die weiteren im BKSS vorgesehenen Kostenträger verlangt die Hohe Behörde keine Meldungen. Eine Unterteilung des Kostenträgers Kohle in verschiedene Arten und Sorten wird nicht gefordert. Aber die Einheit des Kostenträgers Kohle ist unterschiedlich. Beim BKSS liegt als Einheit Tonne verwertbare Förderung (tvF) zugrunde, d.h. die Förderung wird retrograd ermittelt aus dem Absatz, den Deputaten und dem Selbstverbrauch unter Berücksichtigung der Lagerveränderung. Die minderwertigen Brennstoffe werden nach ihrem Ballastgehalt auf Vollwertkohle umgerechnet.

Demgegenüber verlangt die Hohe Behörde die Meldungen nach dem Verfahren Frankreichs, Belgiens und der Saar, wo als Förderung die Rohförderung abzüglich Wasch- und Leseberge zugrunde gelegt wird. Hierbei werden die minderwertigen Brennstoffe aber nicht auf Vollwertkohle umgerechnet. Als Einheit liegt den Meldungen also Tonne = Tonne (t = t) zugrunde.

Desweiteren wäre die Vereinheitlichung der Kostenstellen von Wichtigkeit. Weil die Hohe Behörde aber nur Meldungen über die Grubenbetriebe insgesamt verlangt, fällt eine Kostenstellenaufteilung fort. Somit mussten nur für die Kostenarten einheitliche Abgrenzungen

und Berechnungsverfahren erstellt werden.

Für die Meldungen an die Hohe Behörde wurde dementsprechend von Sachverständigen ein Kostenschema, das sogenannte Luxemburger Schema, ausgearbeitet, wie nachstehend dargestellt. Dieses Luxemburger Schema stellt eine Kostenartenrechnung der Grubenbetriebe für den Kostenträger Kohle dar. Es sind zwar für die Meldungen an die Hohe Behörde keine besonderen Vordrucke herausgegeben worden, doch haben die Meldungen nach diesem Luxemburger Schema zu erfolgen, das sich in einigen Positionen von dem BKSS unterscheidet. Deshalb ist eine Umrechnung erforderlich. Eine gesamte Umstellung des Rechnungswesens der Industrie vom BKSS auf das Luxemburger Schema ist allerdings in absehbarer Zeit nicht möglich. Die Umrechnung wird daher beim Unternehmensverband Ruhrbergbau zentral vorgenommen. Die Positionen Abschreibungen und Kapitaldienst, bei denen die wesentlichsten Änderungen erfolgten, werden inzwischen jedoch von den Werken direkt nach einheitlichen Richtlinien errechnet und so dem Unternehmensverband gemeldet. Dieser stellt dann aus den gesamten, ihm vorliegenden Unterlagen die Meldungen für die Hohe Behörde zusammen (Hierzu vergleiche Kapitel Abschreibungen, Kapitaldienst).

Es sollen nun einmal die einzelnen Positionen des Luxemburger Schemas daraufhin untersucht werden, inwieweit sie mit dem BKSS übereinstimmen und inwieweit sich Änderungen ergeben haben. Wie gesagt, hat sich die Industrie in der Kostenrechnung bereits in den Positionen Abschreibungen und Kapitaldienst auf neue einheitliche internationale Richtlinien umgestellt. Es werden daher im folgenden die neuen Richtlinien den alten Verfahren

gegenübergestellt. Sodann werden die übrigen Positionen des Luxemburger Schemas daraufhin untersucht, welche Umrechnungen zentral beim Unternehmensverband notwendig sind.

Kosten-, Erlöse und Ergebnisrechnung der
Grubenbetriebe einschliesslich Hilfsbetriebe
- Ruhrrevier -

Förderung	t.v.F.
"	t = t
Schichtleistung unter Tage	kg v.F.
" " "	kg = kg

Kosten- Erlöse und Ergebnis	DM/t = t g /t = t
-----------------------------	------------------------------

1. Arbeitskosten
2. Materialversorgung
3. Abschreibungen
4. Kapitaldienst
5. Energieverbrauch
6. Reparaturen und Unterhaltung
7. Interner Transport
8. Bergschäden
9. Verwaltungs-, Gemeinkosten, Steuern ohne Umsatz-, Einkommen- und Gewinnsteuern

10. Gesamtselbstkosten

11. Erlöse

12. Ergebnis Grubetriebe

=====

4132. Abschreibungen

Ein besonderes Gewicht in der bergbaulichen Kostenrechnung haben die Abschreibungen und der Kapitaldienst. Wie bereits erwähnt, ist der Bergbau ein anlageintensiver Industriezweig. Im westeuropäischen Bergbau liegt die Kapitalumschlagsziffer (Gesamterlös zu Kapitalbindung) im Durchschnitt unter 1 und damit wesentlich niedriger als in den meisten anderen Industriezweigen. Aus diesem Grunde stellen die Kapitalkosten eine wichtige Grösse der Gesamtkosten dar, obwohl nach der Kostenstruktur der Bergbau als eine arbeitsintensive Industrie angesprochen werden muss. Auch der Vertrag hat auf diese Kosten besonders hingewiesen, indem er in Artikel 3 c sagt, dass die Organe der Gemeinschaft die erforderlichen Abschreibungen ermöglichen und den hereingenommenen Kapitalien normale verzinsungsmöglichkeiten bieten sollen. Der Hohen Behörde ist auch im § 2 Ziffer 5 Übergangsabkommen vorgeschrieben, zu untersuchen, wie die Berechnung der Abschreibungsrückstellungen vergleichbar gemacht werden kann. Aus allen diesen Gründen hat der Studienausschuss des westeuropäischen Kohlenbergbaues einen besonderen Arbeitskreis Kosten und Erlöse ins Leben gerufen. Dieser hat die in den verschiedenen Ländern geübten Abschreibungsverfahren untersucht und dabei grundsätzliche Unterschiede festgestellt. Daher kam man zu der Ansicht, dass eine Vergleichbarmachung der Abschreibungen mit Hilfe von Umrechnungen nicht möglich ist, und gelangte zu der Auffassung, einheitliche Abschreibungsvorschriften für alle Mitgliedstaaten auszuarbeiten. So entwickelte der Ausschuss die Richtlinien für die Berechnung der Abschreibungen auf Anlagegüter im Steinkohlenbergbau der Länder der Europäi-

schen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die sogenannten Brüsseler Richtlinien. Im folgenden sollen die neuen grundsätzlichen Richtlinien der bisherigen Regelung gegenübergestellt und anschliessend an einzelnen wichtigen Positionen die Auswirkungen schematisch dargelegt werden.

Der Begriff der Abschreibungen:

In der Definition der Brüsseler Richtlinien heisst es unter anderem:¹⁾ Die Abschreibungen als rata temporis dienen dazu, stossweise auftretende Ausgaben für Anlagen, deren Werteverzehr durch die laufende Nutzung zwar kontinuierlich abstrakt vorhanden, im einzelnen aber konkret nicht zu erfassen und damit nicht messbar ist, auf alle mit Hilfe der Anlagen hergestellten Leistungen entsprechend der zeitlichen Inanspruchnahme zu verteilen. An anderer Stelle wird von Anlagenverzehr gesprochen, der in Form der Abschreibungen in die Kostenrechnung eingehe. Mit dieser Begriffsbestimmung befinden sich die Richtlinien im wesentlichen in Übereinstimmung mit der betriebswirtschaftlich allgemein gültigen Definition. Auch gegenüber dem BKSS besteht kein Unterschied.

Der Abschreibungsausgangswert:

Als Ausgangswert des abzuschreibenden Gutes zur Berechnung der Abschreibungen unterscheidet man in der Betriebswirtschaft drei Werte: den Anschaffungswert, den Tageswert und den Wiederbeschaffungswert. Bei den Brüsseler Richtlinien hat man sich für die Abschreibungen vom Tagesneuwert entschieden. Dieser anzusetzende Tagesneuwert ist derjenige Wert, der sich für einen vorhandenen und im Betrieb befindlichen Gegenstand

1) Seite 11 Brüsseler Richtlinien a.a.O.

auf Grund der im Bewertungszeitpunkt gültigen Preise ergibt. Da ein Marktpreis für Gegenstände gleicher Konstruktion und Leistungsfähigkeit nicht immer zur Verfügung steht, wird der Tagesneuwert in der Praxis aus Gründen der Vereinfachung in der Weise ermittelt, dass man den Anschaffungspreis mit einem Index multipliziert, der die Preisveränderungen für gleichartige Gegenstände ausgleicht. Früher wurde zwar im Gegensatz hierzu beim BKSS vom Anschaffungswert ausgegangen, doch hatte man sich in den letzten Jahren schon weitgehend darauf umgestellt, die Bewertung nach dem Tageswert vorzunehmen. Es ergab sich also in den meisten Betrieben keine Änderung.

Umfang der abzuschreibenden Anlagegüter:

Aus dem Begriff der Abschreibungen ergibt sich, dass nur solche Anlagegüter, die durch ihre Mitwirkung bei der Gütererstellung einem Werteverzehr unterliegen, in die Abschreibungsrechnung einbezogen werden können. Es muss also im Einzelfall unterschieden werden, ob ein Anlagegegenstand für die Erreichung des Betriebszweckes erforderlich ist. Auch in dieser Beziehung sind keine grundlegenden Unterschiede gegenüber der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Auffassung und gegenüber dem BKSS festzustellen. Für die Betriebe ergibt sich hierin also keine Änderung. Nach den Brüsseler Richtlinien sind lediglich die Neuanschaffungen von einigen Gegenständen aktivierungspflichtig, die bislang zum Festwert gehörten und deren Anschaffungsaufwendungen sofort in die Kostenrechnung eingingen. Dadurch ist es erforderlich, dass neben dem buchhalterischen Anlagekonto diese Güter für die Kalkulation statistisch erfasst und dann kalkulatorisch abgeschrieben werden.

Abschreibungssatz:

Der Arbeitskreis hat der Abschreibungsermittlung die aus der Erfahrung der einzelnen Länder stammende mittlere Lebensdauer der Güter zugrunde gelegt. Sofern sich in der Praxis Fehlschätzungen herausstellen sollten, sollen sie korrigiert und es sollen den Mitgliedstaaten neue Sätze empfohlen werden. Die Abschreibungssätze berücksichtigen in ihrer Höhe die normalen, d.h. in längeren Fristen sich vollziehenden technischen und wirtschaftlichen Fortschritte. Der Arbeitskreis hat einen Katalog zusammengestellt, in dem die Einzelgegenstände mit den jeweiligen Abschreibungssätzen aufgeführt bzw. mehrere Gegenstände in bestimmten Gruppen mit einem mittleren Abschreibungssatz zusammengefasst werden.

Diese Abschreibungssätze unterscheiden sich teilweise von denen des BKSS und von den in der Buchhaltung der deutschen Industrie verwendeten Sätzen. Insoweit hat sich für den deutschen Bergbau also eine Neuerung ergeben.

Dauer der Abschreibungen:

Im Regelfall ist die Dauer der Abschreibungen gleich der Lebensdauer des Anlagegutes. Sofern das Anlagegut aber erst später in Betrieb genommen wird, wird es den obigen Ausführungen entsprechend nur für die Dauer seiner Verwendung in die Abschreibungsrechnung aufgenommen. Ein im Zeitpunkt der Ausserbetriebsetzung noch nicht abgeschriebener Restwert ist ausserhalb der Kostenrechnung zu verrechnen. Soweit stimmen die Richtlinien mit der allgemeinen betriebswirtschaftlichen Auffassung und mit dem BKSS überein. Als Neuerung wur-

de aber eingeführt, dass ein Gut auch über den Nullwert hinaus abgeschrieben werden kann. Bislang war es üblich, die Abschreibung zu beenden, wenn ein Gut bis auf Null bzw. bis auf den Erinnerungswert von DM 1,00 abgeschrieben worden war, auch wenn es im Fertigungsprozess weiterhin verwendet wurde. Im Gegensatz dazu heisst es in den Brüsseler Richtlinien:¹⁾

Es ist denkbar, dass gewisse Anlagegüter noch einen wirtschaftlichen Wert darstellen, obwohl ihre dem Abschreibungssatz entsprechende Lebensdauer bereits abgelaufen ist. In diesem Falle ist es zulässig, Abschreibungen über die festgelegte Grenze hinaus weiterhin in den Selbstkosten zu verrechnen. Aus praktischen Erwägungen gilt diese Annahme nur für bestimmte Anlagegüter. Inzwischen sind aber Bestrebungen im Gange, diese Neuregelung wieder aufzuheben.

Wie gesagt, ist diese Regelung eine Neuerung in der Kostenrechnung des deutschen Bergbaues, bietet aber im Rahmen der gesamten Umgestaltung keine Schwierigkeiten. Im folgenden sollen nun für die wesentlichsten Positionen die alte, noch für die Verbuchung und Bilanzierung angewandte Verfahrensweise und die neue Methode nach den Brüsseler Richtlinien gegenübergestellt werden.

Gegenüberstellung der Abschreibungen

Die Umstellung bleibt ohne Auswirkungen auf die Konten: Wohnungsgrundstücke, land- und forstwirtschaftliche Grundflächen, unbebaute Grundstücke, Anlagen zum Schrottwert, Konzessionen und Patente. Für diese Posten gibt es nach wie vor keine Abschreibungen.

1) Seite 14 Brüsseler Richtlinien

Veränderungen ergaben sich wie folgt:

1. Betriebsgrundfläche:

- a) Die Bewertung erfolgt in beiden Fällen nach den Stoppreisen.
Die Abgrenzung ist in beiden Fällen gleich.
- b) Die Brüsseler Richtlinien sehen als Neuerung eine 1%ige Abschreibung vor, während bislang keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

2. Betriebs- und Wohngebäude, gebäudeähnliche Betriebsvorrichtungen, Grundstückseinrichtungen:

- a) Die Bewertung und Abgrenzung hat sich nicht geändert.
- b) Die Abschreibungen sind nach den neuen Richtlinien mit 2% bis 10% festgesetzt, während bislang 1,5% bis 10% abgeschrieben wurden. Also ergeben sich keine wesentlichen Änderungen.

3. Berechtsame:

- a) Bis zu einer Teufe von 1.200 m wird die vorhandene Kohle mit DM/t 0,02 bewertet im Gegensatz zur früheren Bewertung, die im Durchschnitt 0,017 DM/t vorsieht.
- b) Entsprechend erfolgt die Abschreibung nach Brüssel mit 0,02 DM pro t Jahresförderung, nach der früheren Methode mit 0,017 DM pro t Förderung.

4. Schächte:

- a) Nach den Brüsseler Richtlinien dürfen nur die für den Betrieb erforderlichen Schächte bei der Abschreibung berücksichtigt werden, während bei der buchmässigen Erfassung sämtliche Schächte aufgeführt werden.

Bewertet werden die betriebsnotwendigen Schächte bis zur Teufe von 1.200 m mit dem Tagesneuwert.

Nach der buchmässigen Bewertung werden alle Schächte mit ihrer tatsächlichen Teufe bewertet und jede weitere Abteufung wird aktiviert.

- b) Die Abschreibung erfolgt nach den Brüsseler Richtlinien wie folgt:

Abschreibung =

$$\frac{\text{Tageswert des Schachtes bis zur Endteufe} \times \text{Jahresförderung}}{\text{anstehende Kohlenmenge}}$$

Unter anstehender Kohlenmenge ist hier die Kohle verstanden, die durch den Schacht insgesamt erschlossen wird und wirtschaftlich abgebaut werden kann, also der ursprünglich vorhandene Kohlenvorrat. Durch spätere Erkenntnisse über die anstehende Kohle kann sich der Abschreibungssatz verändern. Im Gegensatz dazu errechnet sich die buchmässige Abschreibung nach folgender Gleichung:

$$\text{Abschreibung} = \frac{\text{Restwert des Schachtes}}{\text{Restlebensdauer}}$$

5. Grubenbau:

- a) Nach den Brüsseler Richtlinien werden nur die Grubenbaue bei der Bewertung berücksichtigt, so weit sie auf den eigentlichen Fördersohlen zur Sicherstellung der derzeitigen Normalförderung notwendig sind und daher während der gesamten Lebensdauer der betreffenden Stollen in Betrieb bleiben und unterhalten werden. Bewertet werden sie mit dem Tagesneuwert. Bei der ursprünglichen Methode werden alle Grubenbaue mit dem Tagesneuwert bewertet.
- b) Die Abschreibungen werden nach den neuen Richtlinien auf Grund folgender Formel berechnet:

Abschreibung = $\frac{\text{Tageswert} \times \text{Jahresförderung}}{\text{anstehende Kohle}}$

Nach dem buchmässigen Verfahren sind keine Abschreibungen vorgesehen, da die Grubenbaue ein Festwert¹⁾ sind und alle diesbezüglichen Aufwendungen sofort in die Kosten eingehen.

6. Maschinen und maschinelle Einrichtungen

- a) Diese Position wird gegenüber dem buchmässigen Verfahren um die aus dem Festwert "Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung" auszusondernden Gegenstände erweitert. Hierzu zählen z. B. Förderwagen, Schrämm-Maschinen, Panzerförderer, Eisenbahnanlagen, Kraftfahrzeuge etc. Bewertet werden diese Positionen mit dem Tagesneuwert.
- b) Die Abschreibungssätze sind in den Brüsseler Richtlinien auf 5% bis 50% festgesetzt, wobei bei einzelnen Gegenständen auch Abschreibungen unter Null möglich sind. Bei den buchmässigen Abschreibungen sind Sätze zwischen 4% und 10% vorgesehen.

7. Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung

- a) Diese Position wird bei dem Brüsseler Verfahren vermindert um die in die Position "Maschinen und maschinelle Einrichtungen" übernommenen Gegenstände. Bewertet werden die Gegenstände in beiden Fällen mit dem Tagesneuwert.
- b) Für die bei dieser Position verbliebenen Gegenstände ist nach den Brüsseler Richtlinien eine 2%ige Abschreibung vom halben Tagesneuwert vorgesehen, so dass sich nach 25 Jahren diese Position auflöst. Alle neuen diesbezüglichen Aufwendungen

1) Festwert wird alle 4 Jahre festgestellt und bleibt bestehen, wenn sich nicht mehr als 10% verändert hat. Die für die unter dem Festwert erfassten Anlagen aufgewandten Kosten gehen gleich in die Kostenrechnung ein.

gehen gleich in die Kostenrechnung. Im Gegensatz dazu erfolgt eine buchmässige Abschreibung nicht, da hierfür ein Festwert besteht.

Nachdem oben schematisch die beiden Verfahren gegenübergestellt wurden, sollen nunmehr die Veränderungen einiger Bilanzpositionen zahlenmässig an Hand eines Beispiels durchleuchtet werden. Hierzu wurden die Unterlagen eines bedeutenden westdeutschen Zechenunternehmens herangezogen. Danach ergaben sich folgende Veränderungen:

Mit Einführung der Brüsseler Richtlinien haben sich die Neuwerte des Anlagevermögens für dieses Unternehmen um 6,16% erhöht. Bei den Berechtsamen tritt eine Erhöhung von 4.905.167,30 DM auf 5.381.342,30 DM = 9,71% ein. Sie beruht auf der unterschiedlichen Bewertung der Kohlenfelder, die nach der Bilanz im Durchschnitt mit 0,017 DM/t, nach Brüssel mit 0,02 DM/t Kohlen festgesetzt ist.

Bei den Grundstückseinrichtungen erhöhen sich bei Brüssel die Neuwerte um 7,27%, was auf die Übernahme einer Kaimauer im Werte von 262.460.- DM aus dem Festwert für Eisenbahn- und Hafenanlagen zurückzuführen ist.

Bei den Schachtanlagen wurde für Brüssel die theoretische Endteufe von 1.200 m zugrunde gelegt, was zu einer statistischen Erhöhung des Tagesneuwertes um 54,82% von 32.182.476.- DM auf 49.824.332.- DM führte. Die Maschinen und maschinellen Anlagen erhöhten sich insgesamt um 21,33% von 158.983.115,93 DM auf 192.887.458,17 DM. Hierin sind 18.514.883,49 DM des Festwertes für Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung enthalten, die dem Konto Maschinen und

maschinelle Anlagen statistisch zuaktiviert wurden.
Auf dem Konto Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsaus-
stattung verbleiben 19.864.956,34 DM.

Gegenüberstellung der Neuwerte zwischen Bilanz und Brüssel

	Bilanz (1)	Brüssel (2)	+ ./.	% von 1
Anlagevermögen insges.	429.311.384.-	455.741.376.-	26.429.951.-	6,16
Berechtsame	4.905.167.-	5.381.342.-	+ 476.175.-	9,71
Schachtbaue	32.182.476.-	49.824.332.-	17.641.855.-	54,82
Maschinen	158.983.115.-	192.887.458.-	33.904.342.-	21,33
Werkzeuge, Be- triebs-u.Geschäfts- ausstattung	38.379.840.-	19.864.956,-	18.514.883.-	48,24

4133. Der Kapitaldienst

Zu den Selbstkosten gehört die vergütung für Leistungen,
die für den Herstellungsprozess erforderlich sind. Zu
diesen Leistungen zählt auch die Nutzung des Kapitals.
Das Kapital ist bei der Förderung genau so unerläss-
lich, wie der Produktionsfaktor Arbeit, und seine Mit-
wirkung berechtigt daher in gleicher Weise zu einer Ver-
gütung im Rahmen der Selbstkosten.

Der Preis für die Mitwirkung des Kapitals wird als Ka-
pitaldienst in den Selbstkosten erfasst. Dies ist
eine in der Betriebswirtschaft allgemein anerkannte
Notwendigkeit.

Der Kapitaldienst setzt sich zusammen aus

der Verzinsung im engeren Sinne für die gebundenen
Kapitalien und

der Deckung des betrieblichen Bergbauwagnisses.

In diesem Sinn ist der Kapitaldienst echter Kostenfak-
tor und enthält weder Leistungsgewinne noch eine Ver-
gütung für das allgemeine Konjunkturwagnis.

Um eine Vergleichbarkeit der Selbstkosten der Bergbau-Unternehmen des Gemeinsamen Marktes zu erreichen, war es erforderlich, einheitliche Richtlinien festzulegen für

- a) die Bestimmung des betriebsnotwendigen Kapitals,
- b) den Zinssatz im engeren Sinne,
- c) das betriebliche Bergbauwagnis, das im Kapitaldienst Deckung findet,
- d) den Satz zur Deckung des betrieblichen Bergbauwagnisses.

Mit der Ausarbeitung dieser Richtlinien befasste sich wie bei den Abschreibungen der Arbeitskreis Kosten und Erlöse des Studien-Ausschusses der westeuropäischen Kohlenerzeuger. Wie im Kapitel Abschreibungen sollen nun im folgenden die vom Arbeitskreis herausgegebenen Richtlinien der bislang im westdeutschen Bergbau geübten Praxis gegenübergestellt werden.

Umfang des betriebsnotwendigen Kapitals

Die Mitwirkung des Kapitals an der Erzeugung ist von seiner rechtlichen Herkunft unabhängig. Dies bedeutet, dass die Vergütung für seine Bereitstellung für die Gesamtheit des investierten Kapitals als Kostenfaktor zu berechnen ist, unabhängig von dem Anteil der Eigenmittel und des Fremdkapitals. Es wird also in der Kostenrechnung bei der Zinsberechnung nicht nur das effektiv der Verzinsung unterliegende Fremdkapital berücksichtigt, sondern ebenfalls für das Eigenkapital ein Zins als Kosten in Ansatz gebracht. Diese Auffassung entspricht voll und ganz den allgemein gültigen betriebswirtschaftlichen Lehrmeinungen und wurde auch schon früher vom Bergbau vertreten.

Eine Vergütung für die Nutzung vom Kapital ist jedoch auf die Mittel zu beschränken, die laufend erforderlich sind, um Förderung und Absatz zu gewährleisten. Diese Mittel stellen das betriebsnotwendige Kapital dar.

Auch hierin stimmen die Richtlinien mit der im west-deutschen Bergbau bislang geübten Praxis überein. Von der Summe des betriebsnotwendigen Kapitals sind vor Berechnung des Kapitaldienstes die Mittel abzusetzen, die effektiv kostenlos zur Verfügung gestellt werden, wie Lieferantenkredite - soweit sie nicht unter Skonti-verluste in Kauf genommen werden - und Anzahlungen von Abnehmern. Diese Mittel werden das Abzugskapital genannt.

Schematisch setzt sich das betriebsnotwendige Kapital wie folgt zusammen:

$$\begin{array}{rcl} & \text{betriebsnotwendiges Anlagevermögen} & \\ + & \text{betriebsnotwendiges Umlaufvermögen} & \\ = & \text{betriebsnotwendiges Vermögen} & \\ \underline{./ \text{ Abzugskapital}} & & \\ = & \text{betriebsnotwendiges Kapital} & \end{array}$$

Während der Umfang des Kapitals im wesentlichen genau so bestimmt wird wie beim BKSS, gibt es einige Unterschiede bei der Errechnung der Ausgangswerte. Wie für die Abschreibungen ist der Kapitaldienst für den noch nicht verzehrten Teil der Anlagegüter auf der Grundlage des Tagesneuwertes zu berechnen. Der Restwert, der für die Berechnung des Kapitaldienstes zu Grunde gelegt wird, ermittelt sich dann dadurch, dass vom Tagesneuwert des Gutes die Abschreibungen subtrahiert werden. Somit ergibt sich

Tagesneuwert des Anlagegutes einschliesslich der
zugebauten Erweiterungen und Erneuerungen
./.. Abschreibungen, die auf der Grundlage
der z.Z.gültigen Tagesneuwerte bisher in der
Kostenrechnung verrechnet worden sind
= Restwert der Anlagegutes.

Für die Berechnung des Tagesneuwertes und der Abschreibungen sind dieselben Grundsätze massgebend, wie für die Ermittlung der kalkulatorischen Abschreibungen nach den Brüsseler Richtlinien. Lediglich bei der Wertbestimmung der Schächte besteht insofern ein Unterschied, als von der tatsächlichen Teufe der Schächte ausgegangen wird und nicht wie bei der Abschreibungsermittlung von der theoretischen Endteufe von 1.200 m.

Somit sind bei der Bestimmung der Ausgangswerte für die Kapitaldienstberechnung dieselben Unterschiede gegenüber den Brüsseler Richtlinien festzustellen, wie bei der Bewertung der Güter zum Zwecke der Abschreibungsermittlung.

Das Umlaufvermögen setzt sich nach den Richtlinien des Arbeitskreises zusammen aus:

flüssige Mittel
Warenforderungen
Vorräte an Fertigfabrikaten
Vorräte an Roh-, Hilfs- u.
Betriebsstoffen.

Dabei ist der Arbeitskreis zu der Auffassung gekommen, dass für die drei Positionen flüssige Mittel, Warenforderungen und Vorräte an Fertigfabrikaten anstatt des tatsächlich jeweils zu ermittelnden Standes besser ein Pauschalwert angesetzt wird, der der durchschnittlichen Höhe

in normalen Zeiten entspricht. Auf Grund von Untersuchungen hat der Arbeitskreis eine Pauschale für diese drei Positionen mit dem Wert der Erzeugung von 1 1/2 Monaten für angemessen gehalten. Für die Bestände der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wurde es jedoch für zweckmässiger gehalten, den wahren Wert der Lagerbestände anzusetzen.

Somit ist das Umlaufvermögen wie folgt zu berechnen:

$$\begin{aligned} & \text{Wert der Erzeugung von 1 1/2 Monaten} \\ + & \text{ tatsächlicher Wert der Bestände an Roh-,} \\ & \text{Hilfs- und Betriebsstoffen} \\ = & \text{betriebsnotwendiges Umlaufvermögen.} \end{aligned}$$

Demgegenüber wurde nach dem BKSS bei der Berechnung des Umlaufvermögens vom Istwert ausgegangen, wobei allerdings auch nur die betriebsnotwendige Menge Berücksichtigung fand.

Der Zinssatz

Bei der Berechnung des Zinssatzes ist ebenfalls von den Grundsätzen einer Tagespreisberechnung ausgegangen worden. Dabei sollen allerdings nicht die jeweils gültigen Kapitalmarktsätze zum Ansatz gebracht werden, da diese oft erheblichen kurzfristigen Schwankungen unterliegen, sondern die Zinssätze sollen unter Berücksichtigung der langfristigen Entwicklungstendenzen angesetzt werden. Vom Arbeitskreis wurde für Deutschland ein Zinssatz von 6 1/2% für angemessen angesehen. Die Hohe Behörde war allerdings bei ihrer Enquete des Jahres 1954 damit nicht einverstanden und hielt 5 1/2% für hoch genug. Vergewegenwärtigt man sich aber die damalige Kapitalmarktsituation, so wird man einsehen, dass 6 1/2% nicht zu hoch begriffen waren,

vor allem, wenn man die weitere Entwicklung mit ins Auge fasst. Der westdeutsche Bergbau kalkulierte damals mit 7%.

Das betriebliche Bergbauwagnis

Das gesamte, in Industriebetrieben tätige Kapital ist Risiken unterschiedlicher Art und verschiedenen Ursprungs ausgesetzt. Grundsätzlich unterscheidet man das Konjunkturwagnis und das spezielle Betriebswagnis.

Während das Konjunkturwagnis kein Kostenelement ist und aus dem Gewinn gedeckt werden muss, trägt das spezielle Betriebswagnis durchaus Kostencharakter. Ein Teil dieses Betriebswagnisses lässt sich mit genügender Sicherheit berechnen. Hierfür werden entweder Versicherungen abgeschlossen oder Rückstellungen zu Lasten der Kostenrechnung gebildet. (Z.B. Arbeitsunfälle, Bergschäden etc.) Der andere Teil des Betriebswagnisses wird, da die Bestimmung der Höhe Schwierigkeiten bereitet, weder in Form von Versicherungsbeiträgen noch über Rückstellungen in den Kosten erfasst. Der Arbeitskreis hat bei seinen Richtlinien eine ganze Reihe solcher Wagnisse im einzelnen aufgezählt¹⁾. Diese betrieblichen bergbauwagnisse werden durch den Kapitaldienst mit gedeckt, da sie im Schadensfalle zu Kapitalverlusten führen. Der Arbeitskreis hielt es für gerechtfertigt, für das Anlagevermögen den Wagnissatz von 2% festzusetzen und ihn auf die bereits oben definierten Preiswerte zu berechnen.

Das Umlaufvermögen wird von diesem Betriebswagnis nicht in derselben Masse wie das Anlagevermögen betroffen. Es erscheint dem Arbeitskreis daher angemess-

1) Vergleich Seite 11 Brüsseler Richtlinien a.a.O.

sen, die Wagnisberechnung für das Umlaufvermögen auf 1% festzusetzen. Nach dem BKSS wurden 2% vom gesamten betriebsnotwendigen Vermögen berechnet.

4134. Sonstige Kostenarten

Arbeitskosten

Unter die Arbeitskosten fallen nach dem BKSS alle direkt zu verrechnenden Löhne und Gehälter einschliesslich der entsprechenden sozialen Beiträge. Beim Luxemburger Schema sind demgegenüber unter Arbeitskosten noch die freiwilligen sozialen Aufwendungen aufzuführen. Diese werden nach dem BKSS unter den betriebsnahen Gemeinkosten erfasst. Ausserdem sind beim Luxemburger Schema unter der Position Arbeitskosten auch die Wohnungswirtschaftskosten zu verrechnen. Desweiteren ist bei den Beträgen für Deputatkohle eine Korrektur vorzunehmen, die in der andersartigen Erlösberechnung des Luxemburger Schemas begründet liegt¹⁾.

Materialversorgung

Bei der Position "Materialversorgung" des Luxemburger Schemas kommen die Aufwendungen für Grubenholz, Strebenausbau, sonst.Grubenausbau, Sprengstoffe und Sprengmittel, sowie sonst.Magazinmaterial, von denen die diesbezüglichen Betriebseinnahmen abgezogen werden, zur Verrechnung. Der Posten Materialversorgung ist also nicht identisch mit der Position "Material für Grubenausbau, sonst.Material und Leistungen" des BKSS.

Energieverbrauch

Die Position Energieverbrauch stimmt mit der Position

1) Vergleiche hierzu Kapitel Erlöse

"Brennstoff- und Energieverbrauch" des BKSS überein und umfasst Brennstoffverbrauch und Energie aus eigener Erzeugung und Energiefremdbezug.

Reparatur und Unterhaltung

Interner Transport

Diese beiden Positionen des Luxemburger Schemas tauchen in dieser Weise im BKSS nicht wieder auf. Sie umfassen die im BKSS verzeichneten Lieferungen und Leistungen durch eigene Betriebe und durch Fremde, fremde Unternehmerleistungen, sowie Unterschuss der sonst. Hilfsbetriebe. Durch repräsentativerhebungen wird von Zeit zu Zeit der Anteil der Kosten für den internen Transport ermittelt, und auf Grund des so erhaltenen Schlüssels werden diese Kosten auf die beiden Positionen des Luxemburger Schemas verteilt. In der Praxis hat sich herausgestellt, dass ca. 18%-19% dieser Kosten auf den internen Transport fallen.

Bergschäden

Die Bergschäden werden nach dem alten Verfahren berechnet und in derselben Weise weitergegeben.

Verwaltungs- und Gemeinkosten, Steuern

Hierbei werden alle die noch nicht zur Verrechnung gelangten Kosten in Ansatz gebracht, so dass die

Gesamtselbstkosten

des Luxemburger Schemas mit der Position "Kalkulatorische Gesamtselbstkosten" des BKSS übereinstimmen.

4135. Erlöse

Die Berechnung der Erlöse weist einige Unterschiede auf. Nach dem BKSS werden die Erlöse wie folgt berechnet: Beim Absatz über die Verkaufsorganisation erhalten die Zechen 96% des Listenpreises als Abschlagzahlung. Über die vorerst einbehaltenen 4% erfolgt eine Kostenabrechnung der Verkaufsgesellschaft am Schluss des Jahres, wobei verbleibende Überschüsse an die Zechen ausgeschüttet werden oder Unterschüsse von diesen nachträglich noch gedeckt werden müssen. Aus diesem Grund wird in der Erlösabrechnung der Satz von 96% ./ 4% Umsatzsteuer also 92% des Listenpreises für den Absatz über die Verkaufsorganisation angesetzt. Der zecheneigene Absatz bzw. Verbrauch wie werkseigener Verbrauch, Zechen-eigener Verbrauch, Weiterverarbeitung, Landabsatz und Deputatkohle werden mit 100% ./ 4% Umsatzsteuer = 96% verrechnet. Nach dem Luxemburger Schema muss aber auch dieser Absatz wie Fremdsatz verrechnet werden, also mit 92%. Das Ergebnis der Gruben erscheint dadurch etwas schlechter. Dies hebt sich aber im Gesamtergebnis des Bergbaus einschliesslich Weiterverarbeitung dadurch weitgehend wieder auf, dass bei dieser Erlösrechnung auch die im Eigenverbrauch bei der Weiterverarbeitung wieder als Kosten zum Ansatz gebrachte Kohle nur mit 92% des Listenpreises berechnet werden darf, die weiterverarbeitenden Betriebe wie z.B. Koke-reien also eine entsprechende Besserstellung erfahren. Auch muss bei der Berechnung der Arbeitskosten eine Umrechnung der Beträge für Deputatkohle von 96% auf 92% erfolgen.

Durch die Verrechnung des zecheneigenen Absatzes wie Fremdsatz ist aber eine bessere Möglichkeit des Vergleichs mit anderen Ländern gegeben, da z.B. in

Frankreich sämtliche Kohle unter Fremdsatz fällt.
Eine geteilte Rechnung in Deutschland würde zu Ungenauigkeiten bei Vergleichen führen.

42. Die Kosten- und Erlösrechnung als Spiegel- bild der Auswirkungen

421. Allgemeines

In den vorigen Kapiteln wurden die Auswirkungen des Montanvertrages auf den deutschen Steinkohlenbergbau in ihrer allgemeinen Art untersucht und erläutert. Im folgenden soll der Versuch unternommen werden, diese Auswirkungen an Hand der Kosten- und Erlösrechnung darzulegen, soweit sie sich hier zeigen. Da gerade dieses Zahlenmaterial einen besonders guten Einblick in das gesamte Betriebsgeschehen eines Werkes oder eines Industriezweiges gibt, ist es aber verständlich, wenn die Werke diese Zahlen nur einem beschränkten Personenkreis zur Kenntnis geben. Dem Verfasser ist es daher leider nicht möglich, an Hand genauer zahlenmässiger Aufstellungen seine Ausführungen zu untermauern, da ihm diese Zahlen aus den oben genannten Gründen nicht offengelegt wurden. Deshalb muss sich der Verfasser auf Erläuterungen beschränken und kann nur in geringem Umfang tatsächliches Zahlenmaterial als Ergänzung heranziehen. Trotzdem aber hält es der Verfasser für aufschlussreich, die in den vorigen Kapiteln festgestellten Rückwirkungen daraufhin zu untersuchen, inwieweit sie die Kosten- und Ertragslage eines Werkes beeinflussen. Es werden zu diesem Zweck die hauptsächlichsten Kostenarten und Erlösarten nacheinander auf diese Auswirkungen hin untersucht.

422. Veränderungen der Kosten

4221. Die Arbeitskosten

Die Arbeitskosten umfassen nach dem BKSS die Löhne, Ge-

hälter und die gesetzlichen sozialen Aufwendungen. Die Hohe Behörde hat kaum Einwirkungsmöglichkeiten auf die Lohn- und Sozialpolitik der Mitgliedstaaten. Somit konnte sie direkt keinen Einfluss auf die Lohnhöhe und damit auf die Lohnaufwendungen der Unternehmen nehmen.

Trotzdem die Hohe Behörde aber lt. Vertrag direkt kaum auf die Lohn- und Sozialpolitik der einzelnen Länder einwirken kann, haben sich auf diesem Gebiet doch einige Veränderungen durch ihren Einfluss ergeben. Die Bundesregierung hatte zur Unterstützung des Bergbaues zwei Massnahmen ergriffen:

- a) Es konnte ab 15.2.1956 aus dem Lohnsteueraufkommen der Zechen eine Schichtprämie an die Arbeitnehmer gezahlt werden, die für jeden Untertagearbeiter im Schichtlohn 1,25 DM und im Gedingelohn 2,50 DM pro verfahrenene Schicht ausmachte. Diese Prämie in Höhe von 2,00 DM je Schicht und Arbeiter im Durchschnitt ergibt insgesamt Aufwendungen in Höhe von 177 Millionen DM im Jahr.
- b) Desweiteren übernahm der Bund ab 1.4.1956 die Zahlung von 6,5% zur Rentenversicherung der Knappschaft, so dass die Unternehmen noch 8% und nach der Reform der Knappschaftsversicherung, also nach dem 1.6.1957, noch 8,5% zu tragen hatte.

Wie bereits im Kapitel Subventionen und Sonderlasten ausgeführt, wurden diese Massnahmen, vor allem die Zahlung der Bergmannsprämie aus dem Lohnsteueraufkommen, von verschiedenen Seiten als Subventionen angegriffen.

Die Übernahme eines Teiles der sozialen Beiträge zur Rentenversicherung durch den Bund wurde schon eher akzeptiert, da der Bergbau in dieser Beziehung gegenüber anderen Industriezweigen weit grössere Lasten tragen muss und es auch in anderen Ländern üblich ist, dass der Staat einen Teil der sozialen Lasten auf sich nimmt.

Die Zahlung der Bergmannsprämie aus dem Lohnsteueraufkommen dagegen stellt nach Ansicht der Hohen Behörde eine Subvention dar, die mit dem Vertrag nicht vereinbar ist. Sie kann nur dann gestattet werden, wenn auf anderem Gebiet der Bergbau eine etwa gleich grosse, aussergewöhnliche Last zu tragen hat. (Eine Auslegung des Vertrages, die vom juristischen Standpunkt aus sehr strittig ist). Somit ergab sich für den Bergbau die Notwendigkeit, entweder die Bergmannsprämie aus eigenen Mitteln zu zahlen oder eine andersartige gleich hohe Belastung in Kauf zu nehmen. Als solche sah man die Übernahme der vom Bund übernommenen Zahlung zur Knappschaftsrente an, die in der Grössenordnung der Zahlung der Bergmannsprämie entspricht.

Auf den ersten Blick scheint es gleichgültig, ob der Bergbau die 177 Millionen DM für die Bergmannsprämie zahlt oder ob er die etwa gleich grosse Summe für Beiträge zur Sozialversicherung aufbringt.

Geht man aber der Sache auf den Grund, zeigt sich ein anderes Bild.

Zahlt der Bergbau die vom Bund zur Verfügung gestellten 177 Millionen DM aus eigener Kraft als zusätzlichen Lohn, ergeben sich für ihn weitere Lasten für die im Zusammenhang mit dem Lohn zu zahlenden Steuern und Abgaben. Insgesamt müssten vom Bergbau aufgebracht

werden: ¹⁾

Auszahlung der Prämie in Höhe von durchschnittlich 2,00 DM je Schicht	177 Millionen
+ Steuer	71 Millionen
+ Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, Berufsgenossenschaft und Lohnsteuer	<u>58 Millionen</u>
	<u>306 Millionen</u>
	=====

Das entspräche einer zusätzlichen Belastung von 2,49 DM/t. Übernimmt der Bergbau die Beträge zur Rentenversicherung, ergibt sich eine Belastung von 1,63 DM/t.²⁾ Die effektiv vorliegenden Arbeitskostenveränderungen bis einschliesslich 1957 sind aber nicht auf diese massnahmen zurückzuführen, da die Übernahme der Beiträge zur Knappschaftsrentenversicherung erst ab 1.4.1958 erfolgte. Wohl erhöhten sich die direkten Arbeitskosten pro t verwertbarer Förderung von 13,19DM pro t verwertbarer Förderung im Jahre 1949 auf 20,39 DM pro tvF im Jahre 1957, doch ist diese Erhöhung auf die inländische Entwicklung zurückzuführen.³⁾

Auch der evtl. zur Begründung von Lohnerhöhungen mögliche Hinweis auf das Lohnniveau in anderen Mitgliedstaaten ist bei Lohnforderungen nicht ins Feld geführt worden. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass durch Rationalisierung etc. die Arbeitsproduktivität erhöht und so der Arbeitskostenanteil gesenkt worden wäre. wohl ist die Hohe Behörde bestrebt gewesen, Rationalisierungsmassnahmen zu fördern. Wie ausgeführt, unterstützte die Hohe Behörde sowohl die diesbezüglichen Investitionsmassnahmen, als auch Forschungsarbeiten und dergleichen. Es wurde aber bereits erwähnt, dass ihre Hilfeleistungen auf diesem gebiet im Verhältnis zu den gesamten Aufwendungen derart gering waren,

1) 2) 3) Lt. Angaben des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau Essen

dass man von einer tatsächlichen Auswirkung nicht sprechen kann, erst recht nicht von einer Auswirkung über Rationalisierungsmassnahmen auf die Arbeitskosten.

Sofern man also den Begriff der Arbeitskosten tatsächlich so eng fasst, wie im BKSS vorgesehenen, zeigen sich nur Auswirkungen seit 1958 auf dem Gebiet der sozialen Beiträge. Indirekt aber kann man noch einige andere Aufwendungen der Industrie zu den Arbeitskosten hinzurechnen, und diese bedürfen daher auch hier einer Untersuchung. So ist der Arbeiterwohnungsbau für die Aufrechterhaltung der notwendigen Belegschaftsstärke unbedingt erforderlich. Er ist somit betriebsnotwendig und die diesbezüglichen Aufwendungen sind demnach Kosten. Da diese Kosten letzten Endes aber die Arbeitskraft betreffen, kann man auch diese Kosten zu den Arbeitskosten rechnen. Dementsprechend werden auch bei den Meldungen an die Hohe Behörde die Arbeitskosten um die Wohnungswirtschaftskosten erhöht. Die Hohe Behörde ist bemüht gewesen, den Wohnungsbau durch zur Verfügungstellung billiger Kredite zu unterstützen. Im Kapitel Wohnungsbau ist aber bereits ausgeführt, dass sich diese Unterstützung in sehr geringem Rahmen hält, so dass die Auswirkungen auf die gesamten Wohnungsbaukosten eines Unternehmens kaum festzustellen sind. Auch von dieser Seite her kann also nicht von einer wesentlichen Beeinflussung der Arbeitskosten gesprochen werden.

Ein weiterer Aufwand für die Unternehmen ist die Umlage. Wie ausgeführt wird ein Teil der Umlage dazu verwendet, die Arbeiter bei Verlust des Arbeitsplatzes durch strukturelle Veränderungen in der Industrie zu unterstützen. Die für diese Anpassungsmassnahmen aufgewandten Mittel sind ebenfalls zu den Arbeitskosten

zu rechnen, denn sie entsprechen in ihrer Art den gesetzlichen sozialen Aufwendungen. Der Ruhrbergbau brachte für diesen Zweck ca. 6 Millionen RE (Vergleich Kapitel Anpassung), also ca. 25,2 Millionen DM in der Zeit von 1953 bis 31. Dezember 1956 auf. Bei einer Förderung von ca. 603,4 Millionen t¹⁾ in derselben Zeit macht das ca. 0,04 DM pro tvF aus.

Man kann also sagen: Abgesehen von der Wirkung der erhöhten Beitragspflicht zur Knappschaftsrentenversicherung ab 1.4.1958 hat sich der Montanvertrag auf die Arbeitskosten nicht ausgewirkt.

4222. Kapitalkosten

Bereits im Kapitel Kapitaldienst wurde auf die Kosten-
gruppe Kapitalkosten eingegangen. Dort wurden aber
nur die Veränderungen in der kalkulatorischen Berechnung
erläutert. Hier sollen nun die effektiven Kapitalkosten
auf Veränderungen hin untersucht werden. Nach der
Kostenaufstellung des Ruhrbergbaues erhöhte sich der
Aufwand für Kapitaldienst von 2,38 DM pro tvF im
Jahre 1952 auf 3,17 DM pro tvF im Jahre 1957. Inwie-
weit sind nun diese Veränderungen auf den Montanver-
trag zurückzuführen, bzw. inwieweit ist ein noch höhe-
res Ansteigen durch die Hohe Behörde verhindert worden?

Wie schon ausgeführt, fallen unter den Kapitaldienst die
Aufwendungen für die Verzinsung des betriebsnotwendi-
gen Kapitals und das Bergbauwagnis. In Bezug auf das
Bergbauwagnis hat die Hohe Behörde zwar verschiedene
Untersuchungen und Forschungen angestellt und versucht,
durch weitgehende Unterrichtung die Unternehmen vor
derartigen Verlusten zu bewahren, doch wäre es nicht

1) Statistisches Bulletin a.a.O. Sk 1

berechtigt, jetzt schon von einer Verringerung des Bergbauwagnisses zu sprechen.

Was die Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals betrifft, so kann man durchaus das Bemühen der Hohen Behörde feststellen, diese Kosten zu senken. Sie bemühte sich, billige Kredite für Investitionsvorhaben zu beschaffen. Sie förderte durch billige Kredite und Zuschüsse die Forschungsarbeiten der Industrie. In letzter Zeit trägt sie sich auch mit den Gedanken, die Finanzierung von Halden aus Umlagemitteln zu unterstützen. Zu alledem ist aber zu sagen, dass sich die effektive Hilfe in sehr kleinem Rahmen hält. Die billigen Kredite sind im Verhältnis zum gesamten Kreditvolumen der Industrie so gering, dass sie die Kapitalkosten weder direkt durch weniger Aufwand für Montankredite wesentlich zu senken vermochte, noch indirekt durch Beeinflussung der anderen Kreditkosten über den Wettbewerb. Es muss im Gegenteil festgestellt werden, dass erhebliche Summen an Umlage gezahlt werden mussten, ehe die Hohe Behörde ihre Kreditfähigkeit aufnehmen konnte und letzten Endes müssen ja auch diese Aufwände mit berücksichtigt werden (Vergleich Kapitel Investitionen).

Man kommt also zu dem Ergebnis, dass zwar in der Berechnung des kalkulatorischen Kapitaldienstes einige methodische Änderungen vorgenommen wurden, dass aber die effektiven Kapitalkosten nicht wesentlich durch das Einwirken der Hohen Behörde verändert wurden. Die Veränderungen, die wirklich zu verzeichnen sind, sind auf andere Ursachen wie Versteifung des Kapitalmarktes, Erhöhung der Kapitalintensität etc. zurückzuführen.

4223. Abschreibungen

Für die Abschreibungen ergibt sich ein ähnliches Bild, wie für die Kapitaldienstkosten. Auch bei der kalkulatorischen Berechnung der Abschreibungen zeigen sich einige Neuerungen. Davon zu unterscheiden ist aber der effektive Werteverzehr der Anlagegüter. Bislang sind in dieser Beziehung keine wesentlichen Veränderungen festzustellen. Weder die Lebensdauer, Leistungsfähigkeit, noch der Preis der Anlagen hat sich durch Einwirkung der Hohen Behörde geändert. Wenn aber Lebensdauer, Leistungsfähigkeit und Preis gleich geblieben sind, so kann auch der Werteverzehr nicht anders werden. Es haben sich zwar einzelne dieser Daten oder alle drei geändert, da in einer fortschreitenden Wirtschaft niemals solche Daten konstant bleiben, doch ist das nicht auf die Einwirkungen der Hohen Behörde zurückzuführen. Die effektive Veränderung des Werteverzehrs ist also keine Folge des Montanvertrages, sondern auf andere Ursachen zurückzuführen, auf die in diesem Zusammenhang aber nicht eingegangen zu werden braucht.

4224. Sachliche Kosten

Bei den sachlichen Kosten unterscheidet man:

die Brennstoff- und Energiekosten und die Materialkosten für Grubenausbau und sonstige Materialien und Leistungen.

Bei den Zechen selbst haben sich in dieser Beziehung keine Veränderungen gezeigt. Soweit wie möglich erfolgte die Versorgung mit Brennstoffen und Energie schon immer aus werkseigenen Quellen. Auch die sonstigen Materialkosten werden durch die Tätigkeit der Hohen Behörde nicht

beeinflusst. Wohl werden Forschungsarbeiten bezüglich Grubenbau usw. unterstützt, doch waren diese von der Hohen Behörde geförderten Forschungen noch nicht so erfolgreich, dass man von nennenswerten Kostensenkungen auf Grund billigerer Ausbauverfahren sprechen könnte. Für die Stahl- und Eisenindustrie allerdings muss gesagt werden, dass die Hohe Behörde doch erheblichen Einfluss auf ihre Rohstoffkosten hat, da die Rohstoffe dieses Industriezweiges hauptsächlich Erz, Schrott und Kohle sind und diese drei Materialien in den Zuständigkeitsbereich der Hohen Behörde fallen. Eine diesbezügliche Untersuchung ginge aber über den Rahmen dieser Arbeit hinaus, die sich nur mit dem Steinkohlenbergbau befassen soll. Auch die Möglichkeit, dass durch Zollwegfall, Eisenbahntarifänderungen und dergleichen sich die Einstandspreise für Rohmaterial beim Bergbau verändern, enträtlt, da der Bergbau keine Rohstoffe bezieht, auf die diese Veränderungen zutreffen.

Man muss also sagen, dass die sachlichen Kosten durch Einwirkung der Hohen Behörde keine Veränderungen erfahren haben.

4225 Gemeinkosten

Ein bedeutender Anstieg ist bei den Gemeinkosten zu verzeichnen. Die Betriebsgemeinkosten stiegen von 1952 = DM 2,92 pro tvF auf DM 4,67 pro tvF im Jahre 1957 und die Verwaltungsgemeinkosten in demselben Zeitraum von DM 1,73 pro tvF auf DM 3,32 pro tvF. Ohne Zweifel ist der Grossteil dieser Kostensteigerung auf die allgemeine Steigung der Löhne und Gehälter zurückzuführen. Vor allem auf die Betriebsgemeinkosten hat das Wirksamwerden der Hohen Behörde kaum einen Einfluss gehabt.

Bei den Verwaltungsgemeinkosten ist allerdings ein Einwirken der Hohen Behörde spürbar. Einmal bringen die ausführlichen Meldungen und Berichte einen zusätzlichen Arbeitsaufwand mit sich. Er lässt sich kostenmässig zwar nicht genau errechnen, doch treten unstreitbar derartige Kosten auf. Im Rahmen der Gesamtkosten werden diese zusätzlichen Kosten aber kaum ins Gewicht fallen, so dass ihnen keine grosse Bedeutung zukommt. Weit schwerer wiegt schon die Montanumlage.

Nach Artikel 49 des Vertrages ist die Hohe Behörde berechtigt, von den ihr angeschlossenen Unternehmen eine Umlage zu erheben.¹⁾ Diese stieg in der Zeit vom 1.1.1953 bis 30.6.1955 bis auf 0,9%, wurde dann schrittweise gesenkt und betrug ab 1.7.1957 noch 0,35% des Durchschnittswertes der Erzeugung. So mussten vom Ruhrbergbau folgende Beträge an die Hohe Behörde in Form der Umlage abgeführt werden²⁾

1953 =	38,4 Millionen DM	=	9,16 Millionen RE
1954 =	50,8 Millionen DM	=	12,10 Millionen RE
1955 =	46,1 Millionen DM	=	11,00 Millionen RE
1956 =	13,3 Millionen DM	=	3,17 Millionen RE I.Halbjahr
	148,6 Millionen DM	=	35,43 Millionen RE

=====

Bei einer Förderung von insgesamt 542 Millionen t ergibt das im Durchschnitt für die Jahre 1953 bis 1956 eine zusätzliche Belastung von 0,27 DM pro t. Vorübergehend, nämlich in der Zeit vom 1.7.1953 bis 30.6.1955 stieg die Belastung auf 0,47 DM pro t.

Ausser der allgemeinen Montanumlage wurde von der Hohen Behörde während der Übergangszeit auch noch eine

1) Vergleich hierzu Kapitel Lasten und Abgaben, Kapitel Steuerhoheit

2) Vergleich Kapitel Der Garantiefonds als Sicherheit

Ausgleichsumlage zur Unterstützung des belgischen und italienischen Kohlenbergbaues erhoben. Diese Ausgleichsumlage war aber kein Kostenfaktor, sondern lediglich ein Durchlaufposten. Bis zum Endabnehmer wurde die Ausgleichsumlage auf allen Rechnungen zusätzlich zum Preis gesondert aufgeführt. Wenn diese Ausgleichsumlage auch direkt für den Bergbau keine Belastung darstellte, so mussten vom Verbraucher von Ruhrkohle doch erhebliche Summen aufgebracht werden, die nicht dem Ruhrbergbau, sondern anderen Revieren zugute kamen, die aber auch der Ruhrbergbau zu Investitionszwecken dringend benötigt hätte.

Die Ausgleichsumlage betrug

vom 15.3.1953 bis 10.2.1955	65 Pfg.pro t Kohle	65 Pfg.pro t Koks
vom 10.2.1955 bis 10.2.1956	43 Pfg.pro t Kohle	58 Pfg.pro t Koks
vom 10.2.1956 bis 10.2.1957	31 Pfg.pro t Kohle	41 Pfg.pro t Koks
vom 10.2.1957 bis 10.2.1958	16 Pfg.pro t Kohle	22 Pfg.pro t Koks

Somit wurden für beide Umlagen in der Zeit von 1953 bis Ende 1956 insgesamt 348,2 Millionen DM aufgebracht, ein Betrag, der ausreicht, um eine Grossanlage mit 3 Millionen t Jahresförderung zu entwickeln.¹⁾

4226. Die Vertriebskosten

Wie in dem Kapitel über den Absatz ausgeführt, sind gerade auf dem Absatzmarkt durch die Einwirkung der Hohen Behörde besondere Auswirkungen festzustellen. Kostenmässig wirken sich diese Veränderungen in zweierlei Form aus. Einmal tritt eine Änderung der Bezugskosten des Abnehmers ein. In diese Kategorie fallen vor allem die Kostenänderungen durch Wegfall von evtl. Zöllen,

1) lt. Geschäftsbericht 1956 Essener Steinkohle

Tarifänderungen und dergleichen. Da diese den Bergbau nur insofern betreffen, als auf Grund veränderter Einstandspreise beim Abnehmer evtl. Absatzverschiebungen eintreten, soll in diesem Zusammenhang nicht noch einmal darauf eingegangen werden. Die andere Gruppe der Veränderungen auf dem Absatzmarkt betrifft den Lieferanten. Hierzu gehören in erster Linie die Änderungen auf dem Gebiet der Preise, Subventionen und Sonderlasten. Da diese aber den Erlös betreffen bzw. andere Kostengruppen, sollen sie hier nicht näher untersucht werden. Bei den eigentlichen Vertriebskosten ist nur die Tatsache von Bedeutung, dass sich auf Anordnung der Hohen Behörde die Absatzorganisation der Zechen ändern musste. Ohne Zweifel sind durch diese organisatorischen Neuordnungen Kostenveränderungen aufgetreten. Diese halten sich aber in unbedeutendem Rahmen im Verhältnis zu den Gesamtkosten. Nach wie vor erfolgt die Verrechnung mit den Verkaufsgesellschaften in der Weise, dass die Zechen 96% des Listenpreises als Abschlagszahlung erhalten und über die restlichen 4% eine Endabrechnung erfolgt und die Zechen eine Nachausschüttung erhalten bzw. bei Unterdeckung noch nachträgliche Zahlungen zur Deckung der Mehrkosten leisten müssen. Dabei kann nicht festgestellt werden, dass durch die Umorganisation erwähnenswerte Kostenveränderungen aufgetreten sind.

423. Veränderungen der Erlöse

4231. Erlösveränderungen durch die allgemeine Preisentwicklung

Um beurteilen zu können, welchen Einfluss die Entstehung der Montanunion auf die Ertragslage des westdeutschen

Bergbaues hat, müssen neben den Kosten auch die Erlöse betrachtet werden. Dabei muss unterschieden werden zwischen der allgemeinen Preisentwicklung und den Sonderpreisen.

Die Entwicklung der Kohlenpreise zeigt, von geringen Ausnahmen abgesehen, seit der Währungsreform eine aufsteigende Tendenz. Trotzdem aber haben die Erlöse sehr selten die gesamten Kosten decken können. Es wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Enqueten im Auftrage der Verwaltung für Wirtschaft, des Bundeswirtschaftsministeriums oder der Hohen Behörde ausgeführt, die fast ausschliesslich zu dem Ergebnis kamen, dass der Bergbau trotz aller Preisanstiege mit Unterschuss arbeitet.

So ergab die Enquete von 1948 einen Unterschuss von 3,44 DM/t (bzw. einschliesslich Weiterverarbeitung von 3,77 DM/t). Die Aktualisierung dieser Enquete im Jahre 1950 weist einen Unterschuss von 3,37 DM/t (einschliesslich der Weiterverarbeitung 3,21 DM/t) aus. Bei einer weiteren Aktualisierung für Oktober/November 1951 stellte man einen Unterschuss von 3,95 DM/t (einschliesslich Weiterverarbeitung 3,46 DM/t) fest. Die für die Hohe Behörde erstellte Konsultationsrechnung auf der Grundlage der Monate September, November 1952 führte zu einem Unterschuss von 3,58 DM/t (einschliesslich Weiterverarbeitung 3,74 DM/t). Die durch Sachverständige der Hohen Behörde durchgeführte Untersuchung für die Jahreswende 1954/55 ergab einen Unterschuss von 3,60 DM/t (einschliesslich Weiterverarbeitung 3,62 DM/t).

Bei den vom Unternehmensverband Ruhrbergbau selbst durchgeführten betriebsvergleichen zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Allerdings ist dabei festzustellen, dass in den letzten Jahren eine geringe Besserung eintrat, wenn auch noch immer ein erheblicher Unterschuss zu verzeichnen ist. Grundsätzlich muss also erst einmal festgestellt werden, dass die Ertragslage des Bergbaues sehr schlecht ist.

Es ergibt sich nun die Frage: wie haben sich die Erlöse seit dem Inkrafttreten des Vertrages geändert? Bekanntlich ist durch den Vertrag die Preishoheit an die Hohe Behörde übergegangen. Wie schon ausgeführt, hat die Hohen Behörde am 1. April 1956 formell die Preise freigegeben, doch kann man von einer wirklichen Preisfreigabe nicht sprechen. Der Preis unterliegt noch immer indirekt der Kontrolle der Hohen Behörde.¹⁾ Man kann also mit Recht behaupten, dass die Preise seit Inkrafttreten des Vertrages von der Hohen Behörde weitgehend bestimmt werden und somit die Erlöse des Bergbaues festgelegt sind.

Es ist schwierig, beurteilen zu wollen, wie sich die Bundesregierung in der Preisfrage verhalten hätte, wenn sie weiterhin an Stelle der Hohen Behörde gestanden hätte. Aus den Stellungnahmen der Bundesregierung zur Preispolitik der Hohen Behörde und den unternommenen Interventionsversuchen der Bundesregierung in Preisangelegenheiten für Ruhrkohlepreise ist aber zu schliessen, dass die Bundesregierung keinesfalls grosszügiger in der Preispolitik verfahren wäre. Der Verfasser meint eher zu der Auffassung kommen zu müssen, dass die Hohe Behörde für die schlechte Ertragslage des Ruhrbergbaues mehr Verständnis gezeigt

1) Vergleich hierzu Preise und Lieferbedingungen

hat und zu Preiserhöhungen und damit Erlössteigerungen in all den Jahren eher geneigt war, als die Bundesregierung. Als Gegenargument könnte auf die Preissenkung für Feinkohle und Koks von durchschnittlich 2,00 DM/t durch die Hohe Behörde am 1.4.1954 hingewiesen werden. Es besteht aber keinerlei Anlass anzunehmen, dass diese Preissenkung durch die Bundesregierung nicht vorgenommen worden wäre. Aus der Sicht der Industrie heraus kann also der Übergang der Preishoheit auf die Hohe Behörde, soweit es die allgemeine Preispolitik betrifft, keineswegs als nachteilig empfunden werden. Auf keinen Fall hat sich dadurch ein Rückgang der Erlöse und damit eine Verschlechterung in der Ertragslage ergeben.

4232. Sonderpreise

Der Artikel 4 b besagt, dass Massnahmen und Praktiken hinsichtlich der Preise und Lieferbedingungen, die eine Diskriminierung zwischen Erzeuger oder Käufer oder Verbraucher herbeiführen, verboten sind.

Das bedeutet, dass die preisliche Differenzierung zwischen Inlands- und Auslandspreisen, die beim westdeutschen Bergbau üblich war, nicht beibehalten werden durfte. Da der Bergbau sowieso schon mit Unterschuss arbeitete, war eine Senkung der Auslandspreise unmöglich, im Gegenteil, eine Erhöhung der Preise war schon seit langem nötig. Daher wurde der Höchstpreis für Ruhrkohle für das Inland ab 1.2.1953 von der Bundesregierung um 5,00 DM/t heraufgesetzt. Allerdings wurden von diesem Preisanstieg einige privilegierte Abnehmer ausgenommen, so dass weitere Schonpreise zu den schon bestehenden hinzukamen.

Der Anstoss zu dieser Preiserhöhung von 5,00 DM/t, die dem Bergbau also eine Ertragssteigerung brachte, gab ohne Zweifel das Inkrafttreten des Vertrages. Es ist aber heute nicht mehr festzustellen, ob nicht in absehbarer Zeit auf jeden Fall eine Preiserhöhung erfolgt wäre, da die Ertragslage des Bergbaues so schlecht war, dass sie in der Form auf die Dauer nicht tragbar war. Es wäre also verfehlt, die Erlössteigerung des Bergbaues allein dem Inkrafttreten des Vertrages zuzuschreiben. Es muss im Gegenteil noch festgestellt werden, dass dem Bergbau durch den Vertrag die Möglichkeit genommen wurde, aus politischen und sozialen Gründen notwendige niedrige Inlandspreise zu machen zu Lasten höherer Auslandspreise. Jede erforderliche Preisänderung zur Besserung der Ertragslage musste also auch im Inland mit allen seinen politischen und sozialen Konsequenzen durchgeführt werden. Da der Bergbau aber in seiner Preisgestaltung trotz aller Änderungen wie Preishoheit der Hohen Behörde, formelle Preisfreigabe etc. wie die Praxis beweist, immer noch von politischen Instanzen abhängig ist, bereiten nach kostenmässigen Überlegungen notwendige Preiserhöhungen oft in Folge politischer Erwägungen erhebliche Schwierigkeiten.

Neben der Preisdifferenzierung zwischen inlands- und Auslandspreisen gab es noch eine weitere Differenzierung nach Abnehmergruppen. Bestimmten inländischen Abnehmern wurden seit der Preiserhöhung vom 1.5.1952 Schonpreise gewährt, die bis zu 15,00 DM/t niedriger lagen als die normalen Preise. Dieser Erlösausfall musste allein vom Bergbau getragen werden.

Auch in diesem Fall kam der Artikel 4 b zum Zuge, der Preisunterschiede verbietet. Auf Anordnung der Hohen

Behörde wurden die Schonpreise bis zum 31.3.1954 abgebaut. Die Tabelle auf der folgenden Seite gibt einen Überblick über die Schonpreise und die Erlösausfälle des Ruhrbergbaues.

Mit der Abschaffung dieser Schonpreise wurde also dem Ruhrbergbau eine grosse Last abgenommen, die in der Zeit vom 1.5.1952 bis 31.3.1954 insgesamt 415 Millionen DM Erlösausfälle ausmachte. Diese Entlastung und damit Mehreinnahmen sind zweifellos auf das Inkrafttreten des Vertrages zurückzuführen. Es besteht keine Veranlassung anzunehmen, dass auch die Bundesregierung diese Schonpreise so schnell abgebaut hätte.

424. Zusammenfassende Beurteilung

Stellt man nun insgesamt die Entwicklung der Kosten und Erlöse unter dem Einfluss der Hohen Behörde einander gegenüber, so kommt man zu folgendem Bild:

Auf der Kostenseite sind es insbesondere zwei Positionen, die wesentliche Veränderungen erfahren haben. Einmal haben sich die sozialen Lasten und damit die Arbeitskosten durch die Übernahme der Zahlung von 6,5% des Bruttolohnes zur Knappschaftsrentenversicherung erhöht. Diese am 1.4.1956 vom Bunde übernommenen Beiträge müssen auf Anordnung der Hohen Behörde als Folge der Bergmannsprämienregelung vom 1.4.1958 wieder von den Unternehmen getragen werden. Zum anderen stiegen durch die Montanumlage die Verwaltungskosten erheblich. Während die Ausgleichsumlage mit Ablauf der Übergangszeit fortgefallen ist, wird die Montanumlage auch in Zukunft erhoben. Obwohl diese in der Zwi-

Schonungspreisverluste

	Geschonte		S c h o n u n g	
	Menge 1.000 t		DM/t Absatz	1.000 DM
1. <u>Hausbrand</u>				
1.5.1952 - 31.1.1953	8 395		11,06	92 877
1.2.1953 - 31.3.1954	13 059		16,39	213 989
	<u>21 454</u>			<u>306 866</u>
2. <u>Gaswerke für Hausbrand</u>				
1.5.1952 - 31.1.1953	600		12,07	7 242
1.2.1953 - 31.3.1954	933		15,48	14 443
	<u>1 533</u>			<u>21 685</u>
3. <u>Hochseefischerei</u>				
1.5.1952 - 31.1.1953	383		9,21	3 527
1.2.1953 - 31.3.1954	596		14,79	8 816
	<u>979</u>			<u>12 343</u>
4. <u>Seeschiffahrt</u>				
1.5.1952 - 31.1.1953	711		9,23	6 559
1.2.1953 - 31.3.1953	158		14,79	2 337
	<u>869</u>			<u>8 896</u>
5. <u>Nicht bundeseigene Eisenbahnen</u>				
1.5.1952 - 31.1.1953	249		9,67	2 408
1.2.1953 - 31.3.1953	55		15,27	840
1.4.1953 - 31.3.1954	332		5,00	1 660
	<u>636</u>			<u>4 908</u>
6. <u>Bundesbahnen</u>				
1.5.1952 - 31.5.1952	737		9,29	6 846
1.2.1953 - 31.3.1953	1 474		5,58	8 232
1.4.1953 - 31.3.1954	8 842		4,00	35 368
	<u>11 053</u>			<u>50 446</u>
7. <u>Binnenschiffahrt</u>				
1.5.1952 - 31.5.1952	59		9,27	547
1.2.1953 - 31.3.1953	118		5,53	652
1.4.1953 - 31.3.1954	709		4,00	2 836
	<u>886</u>			<u>4 035</u>
8. <u>Elektrizitäts- u. Gaswerke f. Haushaltsstrom u. -gas</u>				
1.2.1953 - 31.3.1953	1 007		5,80	5 841
	<u>38 417</u>		<u>10,88</u>	<u>415 020</u>
	=====			

schenzeit erheblich gesenkt wurde, bildet sie auch weiterhin noch eine zusätzliche Belastung der Industrie.

Bei den Kostenarten Abschreibungen und Kapitaldienst hat sich zwar in der kalkulatorischen Berechnung auf Grund der Brüsseler Richtlinien einiges geändert, doch hat dies keinen Einfluss auf die effektiven Aufwendungen gehabt. Diese konnten auch durch die Investitionspolitik und Forschungsbeihilfen der Hohen Behörde nicht erheblich beeinflusst werden, da sich die Unterstützung der Hohen Behörde zu wenig im Verhältnis zu den gesamten Aufwendungen auswirkte.

Auf die anderen Kostenarten der Kostenrechnung hat die Tätigkeit der Hohen Behörde, so weit der Verfasser reststellen konnte, noch keinen Einfluss gehabt, wenigstens nicht so wesentlich, dass er für das Unternehmen ins Gewicht fallen würde und hier mit Berechtigung erwähnt werden müsste.

Auf der Erlösseite hat es für den Bergbau einerseits eine Erlössteigerung durch die Angleichung von Inlandspreisen an die Auslandspreise gegeben. Es ist aber zweifelhaft, ob diese Erlössteigerung unterblieben wäre, wenn der Montanvertrag nicht in Kraft getreten wäre. Man kann sie also nicht ohne weiteres als Auswirkung des Vertrages betrachten. Im Gegensatz dazu ist aber der Fortfall der Sonderlasten durch die Gewährung von Schonpreisen ohne Zweifel eine Folge des Vertrages. Die so erreichte Ertragsbesserung ist demnach als Auswirkung des Vertrages anzusehen.

Bei der allgemeinen Preisentwicklung und damit Erlösänderung kann man keine eindeutige Feststellung treffen, da keiner sagen kann, was gewesen wäre, wenn

die Preishoheit nicht an die Hohe Behörde übergegangen wäre.

Auf Grund der allgemeinen Haltung der Hohen Behörde und der Bundesregierung kommt der Verfasser zu der Ansicht, dass die Preisentwicklung unter der Preishoheit der Hohen Behörde keineswegs ungünstiger für die Industrie war, als sie unter der Preishoheit der Bundesregierung gewesen wäre. Der Verfasser möchte im Gegenteil sogar behaupten, dass in dieser Beziehung die Hohe Behörde für die schlechte Ertragslage des Ruhrbergbaues mehr Verständnis gezeigt hat, als es von der Bundesregierung zu erwarten gewesen wäre. Das ist vor allem wohl auch darauf zurückzuführen, dass die Hohe Behörde die Ruhrkohlenpreise im Vergleich zu den Preisen der übrigen Reviere beurteilte, deren Preise weit höher lagen, während die Bundesregierung bei jeder Kohlepreiserhöhung hauptsächlich politische Folgen befürchtete, auf die die Hohe Behörde keine Rücksicht zu nehmen brauchte.

Stellt man also die Kosten- und Erlösentwicklung gegenüber, so kommt man zu der Feststellung, dass einerseits die kostenmässige Belastung des Bergbaues durch die Auswirkungen des Vertrages nicht unerheblich gestiegen ist, dass aber andererseits die Hohe Behörde auch bemüht war, die Ertragslage des Bergbaues zu verbessern.

SCHLUSSBETRACHTUNG

In der vorliegenden Arbeit ist der Versuch unternommen worden, darzulegen, welche Auswirkungen das Entstehen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf den westdeutschen Steinkohlenbergbau gehabt hat. Es ist dabei festgestellt worden, dass das Inkrafttreten des Vertrages den Ruhrbergbau von einer Reihe von Beschränkungen befreit hat, die ihm durch die alliierte Gesetzgebung auferlegt waren. Es muss auch hervorgehoben werden, dass sich die Hohe Behörde nach anfänglichem Zögern für die Preisfreiheit eingesetzt hat und dabei nicht erfolglos war, wenn auch die vollständige Preisfreiheit noch nicht verwirklicht werden konnte. Dies liegt aber vor allem daran, dass die Regierungen unter Hinweis auf ihre Verantwortung für die Gesamtwirtschaft ihrer Staaten nicht bereit waren, auf Interventionen zu verzichten. Allerdings musste der Bergbau auch die Auflösung und Neugestaltung seiner Verkaufsorganisation hinnehmen, was ihn vor nicht unerhebliche Schwierigkeiten stellte.

Auf dem Gebiet der Investitionen ist der Einfluss der Hohen Behörde ebenfalls durchaus spürbar geworden. Es kann aber nicht von einer Investitionslenkung durch die Hohe Behörde gesprochen werden. Die von der Hohen Behörde vermittelten Investitionskredite fallen im Verhältnis zu den gesamten Investitionsaufwendungen kaum ins Gewicht.

Am wenigsten sind die Massnahmen der Hohen Behörde in Bezug auf das Arbeitskräfteproblem zu spüren. Hier beschränkte sich die Hohe Behörde in der Hauptsache auf eine untersuchende und beratende Tätigkeit. Dies liegt aber nicht im mangelnden Interesse der Hohen Behörde an diesem Problem begründet, sondern ist auf die Natur der Sache zurückzuführen. In den meisten Fällen sind

hier obrigkeitliche Massnahmen zwecklos. Ausserdem fällt der grösste Teil dieses Komplexes in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Regierungen bzw. der Tarifpartner.

In Bezug auf die Ertragslage des Bergbaues macht sich vor allem die Belastung durch die Montanumlage und neuerdings die Übernahme des vollen Beitrages zur Knappschaftsrentenversicherung bemerkbar. Wegen dieser zusätzlichen Kosten war und ist auch heute noch die Hohe Behörde vielen Angriffen seitens der Industrie ausgesetzt.

Auch der Verfasser kommt um die Feststellung nicht herum, dass infolge einer sehr grosszügigen Reservepolitik der Hohen Behörde grosse Summen von der Industrie verlangt und festgelegt wurden, die die Industrie sehr benötigt hätte. In dieser Beziehung wären etwas strengere Massstäbe bei der Hohen Behörde zu begrüssen. Es soll aber auch nicht verkannt werden, dass durch die Hohe Behörde dem Ruhrbergbau die Sonderlasten der Schonpreise abgenommen wurden. Ausserdem muss festgestellt werden, dass bei geforderten Preiserhöhungen die Hohe Behörde diesen weit eher zugänglich war, als die Bundesregierung. Es ist also auch ein durchaus positiver Einfluss auf die Ertragslage des Bergbaues spürbar geworden.

Bei einer Beurteilung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl dürfen nicht nur die wirtschaftlichen Auswirkungen in Betracht gezogen werden. Der Vertrag hat auf politischem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Vorteile gebracht, die nicht unterschätzt werden dürfen. Bedeutungsvoll aber ist vor allem auch, dass der Vertrag der Anfang zu einer weiteren Integration Eurposas sein soll.

Literaturverzeichnis

Vertragstext

- Gaedke, J.: Das Recht der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Verlag C.H.Beck, München 1954

Allgemeines Schrifttum

- Baade¹Predöhl-Hallstein: Probleme des Schumann-Planes,
Heft 2 der Kieler Vorträge, Druck:
Broschek & Co, Hamburg 1951
- Beste, T.: Die Entflechtung der eisenverarbeitenden
Industrie, Westdeutscher Verlag,
Köln 1949
- Deckers, P.J.: Die wirtschaftliche Bedeutung der Mechanisierung für den westdeutschen Steinkohlenbergbau, Dissertation, Bonn 1952
- Deist-Hess-Heller: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, Essen, März 1949
- Etzel, Die Montanunion - ein Misserfolg?
Heft 5 der Schriftenreihe der Auslandswissenschaftlichen Gesellschaft e.V. Verlag: Leske, Darmstadt 1954
- Grosse, F.: Das Wettbewerbsproblem im Kohlenbergbau unter besonderer Berücksichtigung des Handels, Vortrag gehalten auf dem deutschen Kohlenhandelstag am 23.9.1954 in Essen, Manuskript.
- Mahn, C.: Der Schumann-Plan, Rich.Pflaum Verlag München 1953

- Hallstein, W.: Der Schumann-Plan, Heft 5 der Frankfurter Universitätsreden, Verlag Klostermann, Frankfurt/M 1951
- Hallstein-Predöhl-Baade: Probleme des Schumann-Planes, Heft 2 der Kieler Vorträge, Druck: Broschek & Co, Hamburg 1951
- Haussmann, F.: Der Schumann-Plan im europäischen Zwielficht, Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München u. Berlin 1952
- Hellwig, F.: Westeuropas Montanwirtschaft Kohle und Stahl beim Start der Montanunion, Schriftenreihe des Deutschen Industrieinstitutes, Deutsche Industrie-Verlags G.m.b.H. 1950
- Helle-Hess-Deist: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1949
- Herchenröder-Schäfer-Zapp: Die Nachfolger der Ruhrkonzerne, Econ-Verlag GmbH., Düsseldorf 1953
- Hess-Heller-Deist: Gutachten über die Kosten- und Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaus, Essen 1949
- Höffner, J.: Sozialpolitik im deutschen Bergbau, Aschendorff'sche Verlagsbuchhandlung Münster 1956
- Jacob, H.L.: Es ist im Hinblick auf die Revision des Montanvertrages im Jahre 1958 zu prüfen, inwieweit die bisherige Handhabung des Artikels 54 des Vertrages durch die Hohe Behörde dem Deutschen Steinkohlenbergbau Veranlassung bietet, eine Änderung anzustreben. Manuskript 1956

- Jerusalem, F.W.: Das Recht der Montanunion, Verlag Vahlen G.m.b.H., Berlin und Frankfurt/M. 1954
- Langhans, H.: Die Kredite der EGKS als Mittel der Investitionspolitik im Steinkohlenbergbau unter besonderer Berücksichtigung des Steinkohlenbergbaus an der Ruhr, Manuskript 1957
- Langwieler, W.: Die sozialpolitische Problematik der Montanunion, Verlag Lutzeyers Fortsetzungswerke G.m.b.H. Bonn 1953
- Monnet: Die Investitionspolitik der Hohen Behörde, Bulletin des Presse- und Informationsdienstes der Bundesregierung 1954
- Predöhl-Baade-Hallstein: Probleme des Schumann-Planes, Heft 2 der Kieler Vorträge, Druck: Broschek & Co, Hamburg 1951
- Regul, R.: Die Montangemeinschaft und das Problem der Teilintegration, Nr. 8 der Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsfor- schung, Essen 1954.
- van Rossum, O.: Die Besonderheiten des Steinkohlen- bergbaus im Vergleich mit den übrigen Wirtschaftszweigen, Verlag Glückauf G.m.B.H. Essen 1954.
- Schäfer-Lapp-Herchenröder: Die Nachfolger der Ruhrkon- zerne, Econ-Verlag G.m.b.H. Düssel- dorf 1953
- Weber, A.: Montanunion und volkswirtschaftliche Produktivität, Verlag der bayrischen Akademie der Wissenschaften 1951

- Wiel, P.: Untersuchungen zu den Kosten- und Marktproblemen der westeuropäischen Kohlenwirtschaft, Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Neue Folge Heft 5, Essen 1955.
- Zapp-Schäfer-Herchenröder: Die Nachfolger der Ruhrkonzerne, Econ-Verlag G.m.b.H., Düsseldorf 1953

Veröffentlichungen der E.G.K.S.

- Hohe Behörde: Amtsblätter der EGKS, Ausgabe in deutscher Sprache, diverse Exemplare der Jahre 1953-1957
- Ansprache der Herren H.Burckhardt und P.Finet anlässlich der Eröffnung der Ausstellung "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" in Aachen, Nov. 1956
- Ansprache des Herrn René Mayer, Präsident der Hohen Behörde vor der Gemeinsamen Versammlung, Strassburg Mai 1957
- Auf dem Wege der Europäischen Integration, Luxemburg 1956
- Bericht der Konferenz über die Betriebssicherheit im Steinkohlenbergbau, Luxemburg 1957
- Die Arbeitereinkommen der Industrie der Gemeinschaft im Realvergleich, Luxemburg 1956

Die Berufsausbildung im Steinkohlenbergbau der Länder der Gemeinschaft, Luxemburg 1956

Die Realeinkommen der Arbeiter der Gemeinschaft, Luxemburg 1957

Die Investitionen in den Kohle- und Stahlindustrien der Gemeinschaft, Erhebungen 1956 und 1957.

Europa im Aufbau, Luxemburg 1957

Exposé über die Lage der Gemeinschaft zu Beginn des Jahres 1954, Luxemburg Jan. 1954

Finanzielle Berichte für die Jahre 1953-1956.

Gesamtberichte über die Tätigkeit der Gemeinschaft, April 1953, April 1954, April 1955, April 1956, April 1957, April 1958.

Haushalt der Gemeinschaft für das 6.Rechnungsjahr, Luxemburg 1957

Hindernisse für die Beweglichkeit der Arbeitskräfte und soziale Probleme der Anpassung, Luxemburg 1957

Statistisches Bulletin, Luxemburg Mai 1957

Statistische Informationen, Luxemburg 1957

Statistisches Taschenbuch, Luxemburg 1957

Überblick über einige Arbeitsbedingungen in den Industrien der Gemeinschaft, Luxemburg 1956

Diverse interne Berichte und Dokumente

Gemeinsame Versammlung: Bericht im Namen des Ausschusses für Fragen des Gemeinsamen Marktes über die Zusammenschlüsse von Unternehmen in der Gemeinschaft (Fayat) Dok.Nr.26, Mai 1957

Bericht im Namen des Ausschusses für die Fragen der Investitionen, der Finanzierung und der Entwicklung der Produktion über die von der Hohen Behörde zu verfolgende allgemeine Investitionspolitik (de Menthon) Dok.4, Jan.1954

Bericht im Namen des Ausschusses für die Fragen der Investitionen, der Finanzierung und der Entwicklung der Produktion über die Finanz- und Investitionspolitik der Gemeinschaft (de Menthon), Dok.21, Juni 1956

Veröffentlichungen und Unterlagen verschiedener Institutionen

Bundesministerium für Wirtschaft: Wirtschaftsstatistisches Taschenbuch, Bonn Mai 1957

Institut für Bilanzanalysen, Frankfurt: Der Ruhrbergbau 1956.

Institut für Bilanzanalysen, Frankfurt: Schriftenreihe Branchenanalysen, Der Ruhrbergbau 1957

- VII -

- Kuhn, Loeb & Co The First Boston Corporation Lazard
Frères & Co, Prospekt der privaten
US-Anleihe der Hohen Behörde 9. April
1957
- Ruhrkohlen-Beratungs-GmbH. Essen, Diverse unveröffent-
lichte Unterlagen und Berichte der
Jahre 1953-1957
- ruhrkohle-verkaufsgesellschaften "Geitling", "Mausegatt",
"Präsident", Diverse Preislisten
- Studienausschuss des Westeuropäischen Kohlenbergbaus,
Arbeitskreis Kosten und Erlöse:
Richtlinien für die Berechnung der
Abschreibungen auf Anlagegüter im
Steinkohlenbergbau der Länder der
EGKS. Verlag Glückauf GmbH. Essen
1955
- Richtlinien für die Berechnung des
kapitaldienstes im Kohlenbergbau
der Länder der EGKS Manuskript,
Juli 1954
- Unternehmensverband Ruhrbergbau, Essen: Diverse ver-
öffentliche und unveröffentlichte Un-
terlagen und Berichte der Jahre 1953
bis 1957.
Jahresbericht für die Zeit vom 1.
Aug. 1953 bis 31. Dez. 1954
- Unternehmensverband Ruhrbergbau, Essen: Jahresbericht
für die Jahre 1955 bis 1957.
Richtlinien für das betriebliche
Rechnungswesen im Steinkohlenberg-
bau, Manuskript Essen 1957.
- Warum Kohlenpreiserhöhungen, Essen 1957

Geschäftsberichte

Altessener Bergwerks-A.G., Essen 1952 - 1954

Badische Anilin- & Soda-Fabrik A.G. Ludwigshafen
1956-1957

Essener Steinkohlen A.G. 1956, 1957

Farbenfabriken Bayer A.G. Leverkusen 1956, 1957

Farbwerke Hoechst A.G. Frankfurt/M. 1956, 1957

Gelsenkirchner Bergwerks-A.G. Gelsenkirchen 1955-1957

Hoesch-Werke A.G. Dortmund 1951-1957

Hüttenwerk Oberhausen, Oberhausen 1956, 1957

Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/M. 1953-1957

Klöckner-Werke A.G. Duisburg 1957

Mannesmann A.G. Düsseldorf 1955-1957

Zeitungen und Zeitschriften

Bergbau und Wirtschaft Bochum Jg. 1953 - 1957

Das Handelsblatt, Düsseldorf, Jg. 1956/57

Die Welt, Hamburg, Jg. 1953 - 1957

Der Betrieb, Düsseldorf, Jg. 1955-1957

Der Volkswirt, Frankfurt 1954-1957

Deutsche Zeitung - Wirtschaftszeitung, Stuttgart, Jg. 1956/57

Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt/M. 1956/57

Industrie-Anzeiger Essen, Jg. 1955-1957

Wirtschaft und Wettbewerb, Düsseldorf, Jg. 1956-57

L e b e n s l a u f

Am 3. Dezember 1933 wurde ich, Jürgen Ernst Hermann Bussiek, als Sohn des Kaufmanns Wilhelm Bussiek und seiner Ehefrau Gerda, geborene Sehlmeyer, in Melle geboren. Im Jahre 1935 verzogen meine Eltern nach Bünde/Westf. Dort besuchte ich von Ostern 1940 an die Bürgerschule und von Herbst 1944 an die Oberschule für Jungen, heute Neusprachliches Gymnasium, Bünde. Im Jahre 1952 wechselte ich auf die Otto-Kühne-Schule, Bad Godesberg, über und bestand dort im März 1954 die Reifeprüfung.

Im Mai 1954 begann ich mein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität München, studierte im Sommersemester 1955 in Hamburg und unterzog mich im April 1957 an der Universität München nach sechssemestrigem Studium der Diplomprüfung für Kaufleute, die ich mit "gut bestand. Während der Semesterferien hatte ich bei mehreren Firmen sowie bei einer Bank in den verschiedenen Abteilungen gearbeitet. Im Anschluss an mein Examen blieb ich noch zwei Semester an der Universität München und bin heute bei der Firma Rotring - Bussiek GmbH beschäftigt.

